

E. Altvater: Ökonomische Alphabetisierung als Ziel

B. Unmüßig/J.Haas: Ökologie und Globalisierung - Mehr als eine Handelsbeziehung

F. Kolb: Massenproteste als Schlüssel zur Macht

politische ökologie ⁸⁵

Machtspiel Globalisierung Pokern um Ökologie und Gerechtigkeit



Herausgegeben von der Attac AG „Globalisierung und Ökologie“
in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung.



Was bringt Sie in Bewegung? – Mitte September trifft sich im mexikanischen Cancún die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation und berät über die weitere Liberalisierung des Welthandels. Sie tagt nicht allein. Wie in Seattle, Genua und zuletzt in Evian werden weltweit wieder viele hunderttausend Menschen gegen die Konferenz demonstrieren. Seit Jahren nimmt der Protest gegen die Folgen des ungehemmten Freihandels konstant zu. Was bringt so viele Menschen in Bewegung? Von der indischen Landlosenbewegung über nordamerikanische Gewerkschaften bis hin zu europäischen Umweltverbänden ist die Zivilgesellschaft sich einig, dass der Welthandel ökologischer und sozial gerechter werden muss.

In Cancún steht für die Umwelt wieder einmal eine Menge auf dem Spiel. Gibt ein neues Investitionsabkommen den Unternehmen zukünftig das Recht, gegen nationale Umweltgesetzgebung zu klagen? Und werden internationale Umweltabkommen der WTO untergeordnet? Dabei ist zu bedenken, dass die WTO zwar ein wichtiger, aber nicht der einzige mächtige Akteur im Gefüge internationaler Institutionen ist. Sind multilaterale Abkommen bzw. Organisationen überhaupt der richtige Weg, um einen ökologischen Umbau der Gesellschaft voranzutreiben? Oder sind dezentrale Lösungen im Sinne einer „Deglobalisierung“ effektiver und demokratischer? Soziale Bewegungen geben auf diese Fragen naturgemäß verschiedene Antworten. Während sich große Teile der Umweltbewegung für eine ökologische Reform internationaler Institutionen stark machen, plädieren viele Globalisierungskritiker für die Abschaffung der WTO, mehr Demokratie und einen Wandel „von unten“. In letzter Zeit nähern sich in Deutschland globalisierungskritische und Umweltbewegung einander an. Was verbindet die beiden Bewegungen, was trennt sie? Und vor allem: Was können sie voneinander lernen?

„Practice what you preach“ heißt es so schön. Initiiert und konzipiert wurde dieser Schwerpunkt von einer Gruppe engagierter WissenschaftlerInnen und AktivistInnen aus globalisierungskritischer und Umweltbewegung. Die *politische ökologie* ist aufgrund ihrer interdisziplinären Ausrichtung die richtige Plattform für dieses spannende Projekt. Die bundesweite Attac-AG „Globalisierung und Ökologie“ – die sich als Schnittmenge zwischen beiden Bewegungen versteht – ist die Herausgeberin dieses Heftes. Die Heinrich-Böll-Stiftung machte dank ihrer finanziellen Unterstützung diese Zusammenarbeit möglich. – Von allen Beteiligten hat diese Arbeit im letzten halben Jahr viel Bewegung erfordert. Wir hoffen, dass das Ergebnis auch bei Ihnen einiges in Bewegung bringen wird!

Angela Oels

Tilman Santarius

Markus Steigenberger

Machtspiel Globalisierung

Pokern um Ökologie und Gerechtigkeit



Kartographie

11 Mehr als eine Handelsbeziehung

Was Ökologie und Globalisierung miteinander zu tun haben

Von *Barbara Unmüßig und Jörg Haas*

Marrakesch gängelt Rio

16 Umweltschutz als rhetorische Übung

Die Welthandelsorganisation vor ihrer fünften Ministerkonferenz

Von *Jürgen Knirsch und Markus Steigenberger*

20 Ökologischer Blindflug in

Richtung Freihandel

GATS und Umwelt

Von *Peter Fuchs*

23 Rechnung mit vielen Unbekannten

Verhandlung über internationale Investitionsabkommen

Von *Stefanie Pfahl*

26 Haarscharf am Ziel vorbei?

Das Verhältnis von Umwelt- und Handelsrecht

Von *Tilman Santarius und Markus Steigenberger*

Johannesburg oder Castrop-Rauxel?

30 Global Governance oder Deglobalisierung?

Zwei Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung

Von *Franziska Wolff und Achim Brunnengräber*

33 Ringen um die Zukunft: De-Globalisierung

Lokale Lösungen als Alternative

Von *Walden Bello*

35 Zwischen Baum und Borke

Umweltpolitik im Spannungsfeld von Globalisierung und hegemonialer Weltordnung

Von *Hermann E. Ott*

38 Den eingeschlagenen Holzweg verlassen!

Nachhaltige Globalisierung und Demokratie

Von *Ulrich Brand*



Rio meets Seattle

42 Zwei Bewegungen, ein Anliegen

Umweltzerstörung und die Krise der Gesellschaft

Von *Angela Oels* und *Tobias Döppe*

45 Massenproteste als Schlüssel zur Macht

Politische Strategien von sozialen Bewegungen im Vergleich

Von *Felix Kolb*

49 Ökonomische Alphabetisierung als Ziel

Die globalisierungskritische Bewegung aus der Innensicht

Von *Elmar Altvater*

52 Hip-Sein allein reicht nicht

Die globalisierungskritische Bewegung von außen betrachtet

Von *Gerd Leopold*



Bewegt in Berlin

56 Blick über den Tellerrand

Bewegungssplitter

59 „Green peace wird es ohne social peace nicht geben.“

Zur Zukunft der Bewegungen

Ein Gespräch mit Angelika Zahrt und Sven Giegold

Impulse

63 Projekte und Konzepte

66 Medien

Spektrum Nachhaltigkeit

70 Einstieg in die Zukunft oder Verlängerung der Vergangenheit?

Gesundheitspolitik 2003

Von *Michael Opielka*

73 Heimaterfahrung und regionale Identifikation fördern

Naturschutz und Nachhaltige Entwicklung

Von *Hildegard Eissing*, *Nils M. Franke* und *Stefan Körner*

76 Globalisierung am Mühlbach

Die Auswirkungen von biologischen Invasionen

Von *Hans Jürgen Böhmer*

78 Mit begrenzenden Faktoren

Umweltkommunikation in lokalen Tageszeitungen

Von *Marie-Luise Braun*

Rubriken

3 Editorial

80 Reaktionen

81 Vorschau/Impressum

Wir danken der Attac AG „Globalisierung und Ökologie“ für ihr Engagement bei der Realisierung dieser Ausgabe.

www.attac.de



Für die großzügige finanzielle Unterstützung bedanken wir uns bei der Heinrich-Böll-Stiftung

www.boell.de



Full House?

Die Globalisierung ist eine Baustelle. Die Bauherren sind Transnationale Unternehmen. Als Zimmerer, Maurer und Tischler haben sie nationale Regierungen unter Vertrag. Da sich diese manchmal – wenn auch eher selten – als widerspenstig erweisen, haben die Global Players ihre Angestellten zur Mitgliedschaft in der globalen Gewerkschaft WTO gezwungen. Deren Ministerkonferenz lässt sich viel leichter kontrollieren als die vielen einzelnen Länderchefs. Das nächste Richtfest soll demnächst im sonnigen Cancún gefeiert werden. Der Rohbau ist schon fast fertig. Hier ein paar seiner Bausteine:

Mitgliedsstaaten müssen vor einem Streitschlichtungsorgan beweisen, dass Regulierungen für technische Standards, Lizenzen und Qualifizierungen keine „unnötigen Handelshemmnisse“ sind und den Handel nicht mehr belasten als „unbedingt notwendig“. Unternehmensinteressen stehen natürlich über Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsrechten.

Nationale
Regelungen
einschränken

Mitgliedsstaaten verpflichten sich, den Dienstleistungssektor in weiteren Bereichen zu liberalisieren. Dies wird die Möglichkeiten zukünftiger Regierungen endlich stark einschränken, ihre demokratisch legitimierte, gesetzgebende Gewalt auszuüben.

Dienstleistungen
liberalisieren

Es ist den Regierungen selbstverständlich verboten, inländische gegenüber ausländischen Unternehmen zu bevorzugen. Damit können Regierungen nicht das eigene Wirtschaftswachstum fördern. Bis jetzt gilt dieses Verbot leider nur für einige Bereiche im GATS, aber dies wird ausgeweitet.

Keine
Inländer
bevorzugen

Die WTO fördert Rüstungsausgaben, Waffenproduktion und den internationalen Waffenhandel. Der Handel mit Waffen ist für Staaten so lange von WTO-Regeln ausgenommen, wie notwendig ist, um „die nationalen Sicherheitsinteressen zu verteidigen“. Erlaubt sind auch Subventionen in die Raumfahrt und Militärindustrie. Die Regelung ermutigt insbesondere zum (illegalem) Waffenhandel.

Nationale
Sicherheit

Im Rahmen des GATS beschlossene Handelsliberalisierungen sind in den ersten drei Jahren nicht rückgängig zu machen. Sonst muss das Land mit den Mitgliedsstaaten über „Ersatzzahlungen“ verhandeln. Es lohnt sich dies einzufordern.

Keine
Kompensationen

Handelstreitigkeiten zwischen Mitgliedern entscheidet ein Streitschlichtungsorgan. Es besteht aus nicht demokratisch gewählten Handelsexperten und tagt hinter verschlossenen Türen. Das Gremium kann dem Gewinner des Rechtsstreits erlauben, Handelssanktionen über das unterlegene Land auszusprechen, bis dies seine Gesetze ändert.

Streit schlichten

Die Streitschlichter können selbstredend auch gegen nationales oder regionales Recht vorgehen.

Angelehnt an: „The WTO/GATS Power Tools“, Quelle: www.polarisinstitute.org/games



Wir verschmutzen, ihr bezahlt

„Angeblich sind unsere Gerichte und die Regierung so besorgt über die Umweltverschmutzung – warum haben sie dann keinen besonderen Eifer gezeigt, große Betriebsstätten von bedeutenden Unternehmen zu schließen, wenn sie Flüsse verschmutzen, Wälder anholzen, das Grundwasser erschöpfen und vergiften und die Lebensgrundlage hunderttausender Menschen zerstören, deren Überleben von dieser Ressource abhängt? Die Grasim-Fabrik in Kerala, die Orient-Papiermühle in Madhya Pradesh, Industriebetriebe im „Sonnenaufgang-Gürtel“ in Gujarat, die Schadstoffe produzieren, Uranminen in Jadugoda, Aluminiumfabriken in Orissa. Hunderte andere. Das ist unsere Version der Einschüchterung, die die Erste Welt in der Debatte um die Erderwärmung betreibt, nach dem Motto: Wir verschmutzen, ihr bezahlt.“

Arundhati Roy, indische Schriftstellerin und Menschenrechtlerin

Aus „Die Politik der Macht“, München 2002, btb, S. 228f.

„Ich glaube überhaupt nicht daran, dass man die globalen Probleme auch global lösen kann. Auch die Natur löst globale Probleme, indem sie lokal etwas verändert, auf eine solche Art und Weise, die allmählich in größere Dimensionen hereinwächst.“

Hans-Peter Dürr, Physiker, Träger des Alternativen Nobelpreises

Bewegende Orte

Rio de Janeiro/Brasilien (1992) Regierungsvertreter und NGOs aus Süd und Nord kamen zur internationalen Umwelt- und Entwicklungskonferenz (UNCED) zusammen. Die Agenda 21 und die Rio-Erklärung setzen Impulse in der Nachhaltigkeitsdiskussion.

Uruguay-Runde (1986-1994) Diese Verhandlungsrunde über das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) führte zu der Gründung der Welthandelsorganisation 1994.

Marrakesch/Marokko (1994) Ort der offiziellen Gründung der Welthandelsorganisation.

Seattle/USA (1999) Dritte WTO-Ministerkonferenz. Es gelang den USA und der EU nicht, die gewünschten, weitreichenden Liberalisierungsmaßnahmen auf die Agenda zu setzen. Dies scheiterte insbesondere am Widerstand der Entwicklungsländer. Gleichzeitig protestierte ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis vor dem Konferenzgebäude gegen die WTO. Seattle gilt seither als Geburtsstunde der globalisierungskritischen Bewegungen.

Porto Alegre/Brasilien (2000 ff.) Das Weltsozialforum ist seit dem Frühjahr 2000 das jährliche, weltweite Treffen der Globalisierungskritiker – von entwicklungs- und umweltpolitischen NGOs über Gewerkschaften und Vertretern von indigenen Völkern bis hin zu kritischen Wissenschaftlern. Das Weltsozialforum versteht sich als Gegenveranstaltung des Weltwirtschaftsforum in Davos, das als inoffizielle „Kugelrunde“ zwischen Unternehmen und Regierungen in der Kritik steht.

Doha/Katar (2001) In der Hauptstadt des arabischen Emirats gelang es, die bereits für Seattle geplante neue Welthandelsrunde einzuläuten, die so genannte „Entwicklungsrunde“. Bis Ende 2004 sollen Zölle und andere Handelshemmnisse weiter abgebaut werden, etwa in den Bereichen Landwirtschaft, Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte.

Genua/Italien (2001) Mehrere Hunderttausend Globalisierungskritiker gingen im Juli gegen den G8-Gipfel in der Hafenstadt auf die Straße. Ihr Protest richtete sich gegen die neoliberale Politik der reichsten Industriestaaten. Die Polizei erschoss bei den zum Teil gewalttätigen Protesten einen Demonstranten. Nach den Ereignissen von Genua bekamen die Globalisierungskritiker in Deutschland vermehrt Zulauf.

Johannesburg/Südafrika (2002) Zehn Jahre nach Rio fand der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung statt. Verbindliche Lösungen für globale Umweltprobleme sollten gefunden werden. Umweltbewegte sahen kaum Fortschritte und protestierten bunt und lautstark.



Was bedeutet eigentlich ...?

Attac (Association pour la taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens) Vereinigung für die Besteuerung von Finanztransaktionen zur Unterstützung der Bürger

Bretton Woods-Zwillinge Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und Internationaler Währungsfonds. Bretton Woods (USA) war 1944 der Tagungsort der UN-Finanz- und Währungskonferenz auf der die beiden Institutionen gegründet wurden.

FTAA (Free Trade Area of the Americas) Freihandelszone von Nord-, Mittel- und Südamerika. Sie soll 2005 in Kraft treten.

GATS (General Agreement on Trade in Services) Allgemeines WTO-Handelsabkommen für Dienstleistungen

GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen

IMF/IWF (International Monetary Fund) Internationaler Währungsfonds

MAI (Multilateral Agreement on Investment) Multilaterales Abkommen über Investitionen. Trat nicht in Kraft.

NAFTA (North-American Free Trade Agreement) Nordamerikanisches Freihandelsabkommen zwischen Kanada, den USA und Mexiko

OECD (Organisation for Economic Co-Operation and Development) Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. In ihr sind die 29 am stärksten industrialisierten Ländern vertreten.

TRIPS (Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights) WTO-Abkommen über den Handel betreffende Aspekte geistiger Eigentumsrechte

UN (United Nations) Vereinte Nationen

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen

UNDP (United Nations Development Programme) Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen

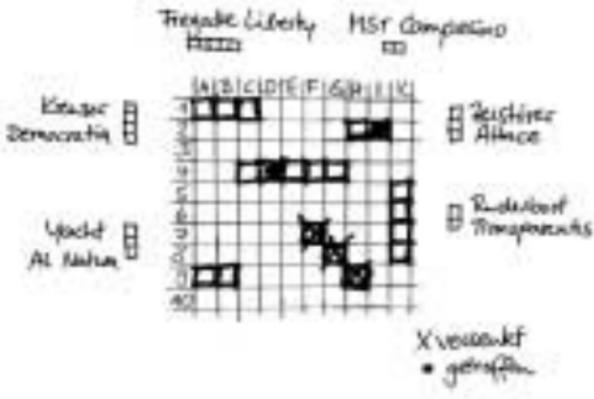
Weltbank Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

WTO (World Trade Organization) Welthandelsorganisation

Treffer, versenkt!

Wir waren schon immer neugierig, was die Global Player während der Konferenzen wirklich tun. Vor allem dann, wenn es langweilig wird. Was bietet sich im Badeort Cancún mehr an, als sich mit Schiffe-versenken die Zeit zu vertreiben?

Eine ganz pikante Variante...

**Teil des grossen Ganzen**

„Wir müssen begreifen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika von allen Ländern das Gleiche wollen: Sie sollen ihre Märkte öffnen, damit ausländische Unternehmen sie erobern und die nationalen Produkte von ihren Heimatmärkten verdrängen können. Das Resultat wird immer das Gleiche sein: mehr Arbeitslosigkeit, niedrigere Löhne, Entwurzelung der Bauern. Dies verlangt einen sehr hohen sozialen Preis, einen enormen Verlust an Souveränität und eine starke Einengung der Staaten bei ihrer Suche nach einer wirtschaftlichen Entwicklung, die jedem Freiraum bietet. Wir müssen die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA), die Gesamtamerikanische Freihandelszone (FTAA) oder die Welthandelsorganisation (WTO) und die anderen bilateralen Handelsabkommen als Teil eines grossen Ganzen begreifen. Die USA gehen Regierungen von allen Staaten an:

Diejenigen, die sie nicht in Verhandlungen um die FTAA auf ihre Seite ziehen können, versuchen die USA innerhalb der WTO einzufangen. Diejenigen, die sie trotzdem nicht für ihre Interessen gewinnen konnten, versuchen sie, in regionalen oder binationalen Verhandlungen zu packen.“

Peter Rosset, Vize-Direktor Food-First (USA)

Quelle: www.alcaabajoc.u (Übersetzung: nm)



Was Ökologie und Globalisierung miteinander zu tun haben

Mehr als eine Handelsbeziehung

Von Barbara Unmüßig und Jörg Haas

Globalisierung ist ein höchst widersprüchlicher Prozess, der immensen Reichtum und Warenfülle schafft und zugleich Verarmung und Ungleichheit erzeugt. Oberstes Gebot im globalen Wettbewerb um hochmobiles Kapital ist es, die Rendite zu steigern. Dies hat Folgen für die Umwelt und die Verteilung der natürlichen Ressourcen.

Spätestens mit dem UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 rückten globale ökologische Probleme auch international ins Zentrum der Diskussion. Der Begriff Nachhaltige Entwicklung sollte eine konzeptionelle Grundlage für eine ökologische, soziale und ökonomische Gestaltung der Globalisierung schaffen. Elf Jahre nach Rio ist aber deutlich, dass internationale Umwelt- und Nord-Süd-Politik der ökonomischen Globalisierung bei- oder untergeordnet sind und weitgehend ökonomische Interessen dominieren.

Ökologische Folgen der Globalisierung

Es führt ein kurzer Weg von betriebswirtschaftlicher Effizienz zur Ökoeffizienz, denn technologische Innovationen sparen Kosten, wenn sie weniger Ressourcen und Energie verbrauchen. Ökoeffizienz eröffnet aber auch Wachstumsperspektiven: Wer Kosten spart, kann mehr produzieren. Damit entstehen im globalen Maßstab wachsender Ressourcenabbau, steigender Energieeinsatz, erhöhte Emissionen sowie mehr Abfall und Flächenverbrauch. Expansionseffekte zehren so zumeist Effizienzeffekte auf. Die Umweltbelastungen nehmen nicht ab, sondern – im Gegenteil – zu. Außerdem profitieren Unternehmen von möglichst kostenfreien oder kostengünstigen Produktionsfaktoren wie etwa Luft, Wasser, Energie oder Fläche. Die im Standortwettbewerb gewährten staatlichen Subventionen für Energie, Wasser

oder Standortansiedlung (etwa Flächen, Verkehrsanbindung) geben hier falsche Anreize.

Die Regeln des Welthandelssystems verschärfen das Problem weiter, denn sie verbieten ökologisch differenzierte Zölle und Exportsubventionen. Ohne einen solchen Außenschutz wird jedoch die eigentlich volkswirtschaftlich gebotene Internalisierung von Umweltkosten durch Mechanismen wie etwa die Ökosteuer politisch erschwert. Auch in einem anderen Punkt fördern WTO-Regeln Ökodumping. Nationale Umwelt- und Gesundheitsstandards sind nur erlaubt, solange gleichartige Güter den gleichen Regeln unterworfen sind. Sie widersprechen jedoch WTO-Regeln, wenn Handelsmaßnahmen die Produktionsverfahren von Gütern betreffen. Denn in der WTO gilt die Gleichbehandlung importierter mit im Inland hergestellten Gütern (vgl. S. 16). Entsprechende nationale Entscheidungen wie der Atomausstieg oder das Ende der Legebatterien sind daher stets durch Importe gefährdet, wenn nicht ad absurdum geführt. Selbst verpflichtende Kennzeichnungsregeln sind in der WTO heftig umstritten.

Investition in die Umweltkrise

Transnationale Konzerne sind entscheidende Akteure wirtschaftlicher Globalisierung. Es liegt durchaus in der Logik global vereinheitlichten Managements, ökologische und soziale Standards bei der Produktion einzuhalten oder gar zur Förderung des Markenwerts diesbezüglich eine Vorreiterfunktion einzunehmen.

ökom verlag
politische ökologie 53



Wechsel ohne Deckung

Über den Zusammenhang von Geld und Ökologie

Geld regiert die Welt - versteckt oder offen spielt Geld eine herausragende Rolle in unserer Gesellschaft. So auch im ökologischen Bereich. Beispielfhaft hierfür steht die Diskussion über die Rolle von Zins und Wachstum für die Umweltzerstörung oder die zunehmende Zahl ökologischer Kapitalanlagen.

Anlaß, um einmal genauer nachzufragen, welche Wechselwirkungen zwischen Geld und Ökologie bestehen. Ist der Verzicht auf Zinsen ein gangbarer Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft? Wie kann die Macht des Geldes für eine ökologische Umsteuerung genutzt werden?

Mit Beiträgen von C. Binswanger, E. Altvater, A. Kraemer, V. Teichert, E. Redler, S. Schmidheiny, M. Fenchel, M. Deml, R. Haßler, D. Reinhard uva.

www.oekom.de

Abonnement von 6 Ausgaben für

Einzelpersonen: 55,- € (+Online-Abo: 82,50 €)
Institutionen: 95,- € (+Online-Abo: 142,50 €)
Studenten: 45,- € (+Online-Abo: 67,50 €)
Miniabo (2 Hefte): 18,- €
Einzel-/Doppelpheft: 10,- € / 15,- €
(zzgl. Versandkosten)

Erhältlich bei CONSODATA ONE-TO-ONE

Semmelweisstraße 8, D-82152 Planegg
Fon ++49 (0)89/8 57 09-155
Fax ++49 (0)89/8 57 09-131
E-Mail kontakt@oekom.de

Soziale und ökologische Mindeststandards sind insbesondere ein Problem für kleine Unternehmen, nicht jedoch für Siemens, den Otto-Versand oder VW. Die Umweltbilanz auf der Produktionsebene vieler transnationaler Konzerne - sofern sie nicht gerade unmittelbar in die Rohstofferschließung involviert sind - sieht daher häufig nicht schlecht aus. Dies ist jedoch zu relativieren: Gerade international agierende Konzerne sind die wichtigsten Protagonisten der Handelsliberalisierung. In den letzten 50 Jahren hat sich der internationale Handel um den Faktor 15 erhöht und damit hat auch der Transport gigantisch zugenommen. Der rasante Anstieg des Intra-Konzernhandels im Zuge global verteilter Produktionsketten spielt hier eine problematische Rolle. Der Verkehr ist einer der Hauptverursacher der Luftverschmutzung, des Klimawandels und wesentlicher Faktor der Meeresverschmutzung. Seit den 1990er-Jahren nehmen die Auslandsdirektinvestitionen aus den OECD-Ländern in die Schwellenländer des Südens zu - mit den entsprechenden ökologischen Langzeitwirkungen. Investitionen sind Transmissionsriemen für die weltweite Übertragung des ressourcenintensiven fossilen Entwicklungsmodells: Der Gesamtverbrauch an Rohstoffen erhöht sich und in den Schwellenländern steigen die CO₂-Emissionen steil an. Gravierend ist, dass viele Länder des Südens immer noch als Rohstofflieferanten für den Norden fungieren - gefördert mit Auslandsdirektinvestitionen. Hierzu zählt die Abholzung des tropischen Regenwaldes ebenso wie der umweltbelastende Abbau von Mineralien oder der Export von Anlagen mit niedrigen Umweltstandards. Dadurch werden nach wie vor die natürlichen Lebensgrundlagen für große Bevölkerungsteile zerstört. Die Instabilität der Finanzmärkte verstärkt dies dramatisch. Kapitalzuflüsse oder abziehendes Kapital und massive Wechselkurschwankungen können über das Wohl von Nationen entscheiden. Gerade Währungskrisen und die Schuldenspirale erhöhen den Druck, durch ver-

stärkten Ressourcenabbau den Export zu steigern, um die benötigten Devisen einzunehmen. Da viele Länder gleichzeitig ihr Angebot vergrößern, verfallen auf den Rohstoffmärkten die Preise. Dadurch sind für den Schuldendienst noch mehr Exporte zu erzielen. Die Ökobilanz dieses Teufelskreises ist verheerend.

Scheitert globale Umweltpolitik?

Globale Märkte brauchen globale Regeln, auch im Umweltschutz. Die zehnjährige Bilanz nach Rio und der Weltgipfel von Johannesburg 2002 zeigen, dass es oft ein Wunschbild bleibt, grenzüberschreitende ökologische Probleme kooperativ zu bearbeiten. Internationale Umweltverhandlungen folgen der traditionellen Machtasymmetrie. Entwicklungsländer haben die (auch diplomatisch) schwächeren Verhandlungsressourcen. Hinzu kommt die Hegemonialmacht USA, die sich im 21. Jahrhundert unter dem Einfluss neokonservativer Kreise von multilateraler Rechtssetzung verabschiedet und diese zum Teil offen bekämpft.

Johannesburg verweist auf die Krise des UN-Multilateralismus. Es ist nicht gelungen, ein Gegengewicht zur einseitig ökonomisch orientierten Welthandelsorganisation mit ihrer Liberalisierungsdoktrin zu schaffen. So verhinderten einige Süd-Delegierte und Nichtregierungsorganisationen nur in letzter Minute, dass WTO-Regeln über den Umweltabkommen der Vereinten Nationen stehen. Obwohl UN-Dokumente die negativen sozialen und ökologischen Folgen ökonomischer und politischer Fehlentwicklungen in aller Klarheit benennen, fehlt es an Mechanismen, diesen auch entgegen zu treten. Neue Formen der internationalen Kooperation und Problemlösung sind daher notwendig. Statt jedoch pauschal den Abgang auf den Multilateralismus anzustimmen, müssen Lösungen globaler Probleme auch auf subglobaler Ebene gefunden werden. Das Kyoto-Protokoll tritt hoffentlich auch ohne die USA in Kraft. Die Welt braucht Vorbilder und Initiativen



gleichgesinnter Staaten, wie die in Johannesburg geborene Koalition für erneuerbare Energien (vgl. S. 35).

Nachhaltigen Umbau vorantreiben

Solange Umweltprobleme, die die Globalisierung hervorruft, nicht multilateral gelöst werden, wäre es verantwortungslos, die Logik der Entgrenzung durch neue Liberalisierungsabkommen zu stärken. Märkte brauchen starke sozial-ökologische Grenzen. Bereits geschlossene und zukünftige Abkommen der WTO sind dringend auf ihre Umwelt- und Sozialverträglichkeit hin zu untersuchen und Kurskorrekturen einzuleiten. So sind Vorsorge- und Verursacherprinzip als Grundsätze der Umweltpolitik auch in der internationalen Handelsordnung zu verankern. Handelsrestriktionen zur Absicherung von Umwelt- und Sozialstandards müssen im Rahmen des WTO-Regelwerks zulässig, Öko- und Soziallabels als Instrument der Verbraucher- und Umweltpolitik anerkannt sein.

Insbesondere die Entwicklungsländer sperren sich gegen Sozial- und Umweltstandards in der WTO. Dahinter steckt nicht so sehr eine grundsätzliche Ablehnung von Standards als vielmehr die Angst vor weiterer Benachteiligung auf dem Weltmarkt. Während sie ihre Märkte weiter öffnen, schotten vor allem die EU und USA sich und ihre Märkte gut ab. So ist beispielsweise zu erklären, warum bei aller Predigt für den freien und ungehinderten Welthandel, handelsverzerrende Subventionen für US- und EU-Agrargüter oder hohe Zölle für Zucker, Textilien oder Stahl aufrechterhalten werden, wenn es in das ökonomische Kalkül der Industrieländer passt. Der WTO-Streitschlichtungsmechanismus ist den Entwicklungsländern dabei keine große Hilfe, weil sie aufgrund ihrer ökonomischen Situation kaum über das nötige Drohpotenzial in Form von Handelssanktionen verfügen. Dem kann nur entgegengewirkt werden, indem die Welthandelsordnung auch den Entwick-

lungsanliegen stärkere Priorität einräumt. Die Vorzugsbehandlung von Entwicklungsländern etwa durch geringere Liberalisierungsverpflichtungen und präferenziellem Marktzugang ist essenziell, um überhaupt Voraussetzungen für eine ökosoziale Reform der Welthandelsordnung zu schaffen.

Die Internalisierung nationaler und globaler Umweltkosten ist ein zentrales Element einer globalen ökologischen Umsteuerung. Dafür sind auf der nationalen und globalen Ebene verschiedene Instrumente wie Abgaben, Zertifikate und Steuern (etwa auf CO₂ oder Flugbenzin) durchzusetzen. Bei globalen Gemeinschaftsgütern – dem internationalen Luftraum, der hohen See oder der Tiefsee – bietet es sich an, Entgelte für deren Nutzung einzuführen. (1) Dieses Geld ist eindeutig für den Ausgleich der Umweltschäden zu verwenden, die auf die Nutzung von Gemeinschaftsgütern zurückgehen. Darüber hinaus stehen so Finanzmittel für ökologisch und sozial



Wann pokern Sie am höchsten...

- a) wenn ich nichts (mehr) zu verlieren habe.
b) wenn ich unbedingt etwas durchsetzen will.

Zu den Autoren

a) Barbara Unmüßig, geb. 1956, ist Diplom-Politologin. Seit April 2002 ist sie hauptamtlich im Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung tätig. In den 1980er-Jahren arbeitete sie als wiss. Mitarbeiterin bei den Grünen im Bundestag. Von 1993 bis 2002 war sie Vorsitzende der NGO „Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung“ (WEED), die zu Nord-Süd-Themen arbeitet. Zudem war sie Sprecherin des Forums Umwelt & Entwicklung.

b) Jörg Haas, geb. 1961, ist Diplom-Geograph mit den Nebenfächern Bodenkunde und Ethnologie. Aufbaustudium am Seminar für ländliche Entwicklung. In der Friedensbewegung der 1980er Jahre politisch sozialisiert, arbeitet er seit 1993 in der Heinrich-Böll-Stiftung – zuerst als Lateinamerikareferent, seit 1997 dann als Ökologiereferent.

Kontakt

Barbara Unmüßig

Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung

Jörg Haas

Referent für Ökologie und

Nachhaltige Entwicklung

Rosenthaler Str. 40/41

D-10178 Berlin

Fon ++49/(0)30/28534-116/-187

Fax ++49/(0)30/28534-108

E-Mail unmuessig@boell.de und Haas@boell.de

sinnvolle Investitionen bereit. Zentral ist auch der Abbau von Subventionen, die eine nicht nachhaltige Wirtschaftsweise fördern. Produktpreise müssen sich an der ökologischen und sozialen Wahrheit ausrichten. Dies trifft insbesondere für den Agrarsektor zu, wo gerade in der Europäischen Union zu viele Subventionen in keineswegs nachhaltige Agrarproduktion fließen.

Bewegung tut Not

Politischer Druck durch neue soziale Bewegungen und neuartige lokale, nationale und internationale Bündnisse sind nötig, um Globalisierung im Sinne einer ernst gemeinten zukunftsfähigen Entwicklung zu gestalten. Soziale und ökologische Gerechtigkeit braucht mehr denn je starke gesellschaftliche Bündnisse, neue Kooperationsformen, viele soziale Trägerinnen und Träger. Nur gemeinsam lässt sich der Reformdruck auf die Regierungen dieser Welt erhöhen. Politik ist vor allem ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess, Einmischung ihr Elixier. Potenziale der Einmischung und der Diskussion um Alternativen gibt es überall im Regionalen und mehr denn je auf der internationalen Ebene. Gerade die „junge“ globalisierungskritische Bewegung und die schon etwas „ältere“ Umweltbewegung mit ihrer in Jahrzehnten gewachsenen Infrastruktur aus mitgliederstarken Verbänden sowie kleinen und großen NGOs können hier durch verstärkte Zusammenarbeit gewinnen. Ihre gemeinsame normative Bezugsgröße ist Gerechtigkeit. Beide Bewegungen haben mit etwas unterschiedlicher Intensität und Akzentsetzung dieselbe politische Kernfrage identifiziert: Wie können Entwicklungsprozesse politisch so gestaltet werden, dass sie nicht sozialen Ausschluss von Bevölkerungsmehrheiten zur Folge haben und den Ressourcen verschwendenden Produktions- und Lebensstil des Nordens fortführen? Die Suche nach Alternativen eint beide Bewegungen ebenfalls. Differenzen gibt es also weniger in der nor-

mativen Orientierung. Umstritten sind häufiger die Instrumente und Wege für „Eine andere Welt“.

Die Umweltbewegung diskutiert allzu oft nur noch in hoch spezialisierten Zirkeln über Detailfragen der internationalen Umwelt- und Nord-Süd-Politik, zieht den Karawanen der UN-Konferenzen, der Weltbank- und WTO-Tagungen hinterher und lässt ihre Arbeit von deren Tagesordnungen bestimmen. Die globalisierungskritische Bewegung hat mit dem Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre dagegen bereits vor Jahren begonnen, unabhängig von den Themen der offiziellen Institutionen und deren Regierungen nach eigenen Antworten für das Ziel einer sozial gerechten Zukunft zu suchen. Dabei hatten die Globalisierungskritiker aber zu wenig die ökologische Dimension der Globalisierung im Blick. Die Umweltbewegten haben im Gegenzug lange Zeit Machtfragen vernachlässigt.

Die notwendige ökologische Umsteuerung der Globalisierung ist nicht in einem großen Wurf möglich, sondern durch viele einzelne Maßnahmen und Instrumente auf verschiedenen Ebenen, die sich konstruktiv ergänzen und nicht ausschließen: draußen im Straßenprotest und bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen, drinnen im NGO-Lobbying, aber auch in Parteien und Parlamenten. Die Zauberformel zum globalen sozialökologischen Umbau hat keine dieser Strategien allein. Nur wenn außerparlamentarische Bewegungen, NGOs und reformorientierte Kräfte in Parlamenten und Regierungen die kurzen Zeitfenster für grundlegende Reformen zusammen nutzen, ist es möglich, die notwendigen Schritte einzuleiten. – Die nächste Gelegenheit dazu bietet sich Mitte September bei der WTO-Ministerkonferenz in Cancún.

Anmerkung

(1) Vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2002): Sondergutachten 2002. Entgelte für die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter. Berlin.



I. MARRAKESCH GÄNGELT RIO

Die Welthandelsorganisation hat sich längst zu einem der mächtigsten Akteure auf der internationalen Bühne gemausert. Ihre Macht nutzt sie auch dafür, ernsthafte Bemühungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu unterlaufen. Schließlich reibt sich das Paradigma des ungehemmten Freihandels oft an, mühsam erkämpften, internationalen Umweltabkommen. – Wie funktioniert das WTO-Universum? Haben soziale und ökologische Erneuerung darin überhaupt noch eine Chance?

Umweltschutz als rhetorische Übung

Von Jürgen Knirsch und Markus Steigenberger

„Lasst die WTO entgleisen!“ – Mit diesem Slogan protestieren Globalisierungskritiker und Umweltorganisationen gemeinsam in Cancún gegen die laufende Welthandelsrunde. Wogegen richtet sich ihre Kritik? Eine Einführung in den WTO-Kosmos.

Die Welthandelsorganisation (WTO) existiert erst seit 1995, ist aber eine Organisation mit alter Geschichte. Denn sie ist aus dem „Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT)“ hervorgegangen, das seit 1947 den Abbau von Zöllen im Handel mit Waren regelt, um den weltweiten Freihandel zu fördern. Zusätzlich zum GATT sind zwei weitere Handelsbereiche in die WTO integriert: der Handel mit Dienstleistungen (GATS-Abkommen) und Schutzrechte des geistigen Eigentums wie Patente oder Marken (TRIPS-Abkommen). GATT, GATS und TRIPS sind die zentralen Pfeiler der WTO. Daneben gibt es weitere

Abkommen, etwa zur Landwirtschaft, zu technischen Handelshemmnissen und über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen.

Alle WTO-Abkommen bauen auf den gleichen Grundsätzen auf:

1. dem Prinzip der Meistbegünstigung: Es verpflichtet Staaten, alle handelspolitischen Vorteile, die sie einem WTO-Mitglied gewähren, auch allen anderen Mitgliedern einzuräumen.
2. dem Prinzip der Inländerbehandlung: Es verbietet den WTO-Mitgliedern, importierte Waren schlechter zu behandeln als einheimische.
3. dem Prinzip der Vorhersehbarkeit und Transparenz: Es untersagt alle Einfuhrbeschränkungen mit Ausnahme der Zölle. WTO-Mitglieder sind zudem verpflichtet, die maximale Zollbelastung für Importe im Voraus verbindlich festzulegen.

Organisatorisches Zentrum der WTO ist das Sekretariat in Genf mit rund 550 Angestellten. Die Politik bestimmen aber die derzeit 146 Mitglieder. (1) Das oberste Gremium ist die Ministerkonferenz, die alle zwei Jahre tagt. Hier sind in der Regel die Handels- und Wirtschaftsminister der Mitgliedsstaaten vertreten. Die WTO entscheidet im Konsens – selbst in den Fällen, in denen nach den WTO-Regeln eine Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit ausreicht.

Rechtssprechung als Machtfrage

Seit dem Übergang vom GATT zur WTO spielt das Streitschlichtungsverfahren

eine wichtige Rolle. Ein WTO-Mitglied kann ein anderes wegen Verstoßes gegen die WTO-Regeln verklagen. WTO-Richter entscheiden unter Ausschluss der Öffentlichkeit über den Handelskonflikt und können dem unterlegenen Staat auferlegen, seine Gesetze zu ändern. Leistet der Verlierer dem nicht Folge, kann der Sieger Strafmaßnahmen beantragen.

Dieser sehr effiziente Sanktionsmechanismus ist einzigartig im Vergleich mit anderen internationalen Strukturen. Kritisch ist unter anderem, dass dieses Streitschlichtungsverfahren zumeist ärmere Staaten benachteiligt. Nur ein starkes Land kann andere Länder mit Strafmaßnahmen, in der Regel mit Strafzöllen, tatsächlich beeindrucken. In dem Bananestreitfall zwischen den USA und der EU beispielsweise, nutzte es Ecuador wenig, dass die WTO dem Land ebenfalls zugestanden hatte, Strafmaßnahmen in Höhe von rund 200 Millionen Dollar gegen die EU zu erheben. Denn die Europäer führen dorthin nicht annähernd soviel Waren aus, als dass Ecuador die veranschlagte Strafsomme hätte ausschöpfen können. Zudem spielt das Land für die EU keine Rolle im Exportgeschäft. Bis das südamerikanische Land eine Kompensationslösung ausgehandelt hatte, war der gesamte Streitfall bereits auf Druck des Hauptklägers USA beendet. Die zugebilligten Strafmaßnahmen blieben also ohne Nutzen für Ecuador. Dieser Fall zeigt, dass die USA als wirtschaftliche Supermacht eine schnelle Lösung erzwingen können. Wirt-

„Es besteht die paradoxe Situation, dass ausgewählte Umweltfragen zwar Eingang in die WTO gefunden haben, die wirklich wichtigen Probleme jedoch außen vor bleiben.“

schaftlich unbedeutendere Länder des Südens wie Ecuador haben hierzu keinerlei Machtbasis.

Von wegen Demokratie

Viele Nichtregierungsorganisationen werfen der WTO vor, sie sei nicht transparent, undemokratisch und würde die reichen Länder bevorzugen. Was steckt hinter dem Vorwurf? In der Tat sind es vor allem die vier Mitglieder USA, Kanada, Japan und die EU, die die WTO-Verhandlungen dominieren – vorausgesetzt, sie haben ihre handelspolitischen Differenzen untereinander beigelegt. Um ihre

guay-Runde, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Landwirtschafts-, GATS- und das TRIPS-Abkommen zu verabschieden. In den letzten Jahren fordern sie, die so genannten neuen Themen Investitionen, Wettbewerb (regeln), Öffentliches Beschaffungswesen und technische Handelserleichterungen in eine neue Handelsrunde aufzunehmen. Darüber soll nun auf der Ministerkonferenz in Cancún entschieden werden. Dabei ist das WTO-Verhandlungsverfahren insgesamt problematisch: Einzelne Abkommen werden parallel verhandelt und schließlich an einem gemeinsamen

Verhandlungsweise nicht mehr akzeptierten. Sie verweigerten die Zustimmung zum Konsens. Die massiven Demonstrationen der Zivilgesellschaft stärkten ihre Position. Seitdem gilt Seattle als die Geburtsstunde der globalisierungskritischen Bewegung. Dennoch wurde 2001 in Doha, im Emirat Katar, die ursprünglich für Seattle geplante Handelsrunde erfolgreich eingeleitet. Zynischerweise bekam sie den Namen Entwicklungsrunde, was die Vermutung nahe legt, dass die Entwicklungsländer in Doha ihre Interessen hätten durchsetzen können. Doch das Gegenteil ist der Fall:



Positionen durchzusetzen, benutzen sie undemokratische Verfahren, wie das informelle Verhandeln im kleinen, von ihnen ausgewählten Kreis („Green Room Meetings“), notfalls auch den direkten Druck auf widerspenstige Länder („arm twisting“). (2)

Wer in der WTO das Sagen hat, wird daran deutlich, wer die Tagesordnung der Verhandlungen bestimmt. So gelang es den Industrieländern in der letzten Handelsrunde von 1986 bis 1994, der Uru-

Stichtag entschieden (Prinzip des „single undertaking“). Dies führt nach dem Motto „Gibst du mir, so geb’ ich dir“ zu einem Kuhhandel und zu unausgewogenen Ergebnissen.

Mittlerweile beginnen einige Entwicklungsländer, sich gegen die Dominanz der reichen Nationen zu wehren. So scheiterte die Ministerkonferenz von Seattle 1999 unter anderem daran, dass afrikanische, lateinamerikanische und karibische Staaten die undemokratische

Die Gewinnerin von Doha ist eindeutig die EU. Sie hat durchgesetzt, dass umstrittene Themen wie etwa „Umwelt und Handel“ verhandelt werden. (3)

Problem erkannt - Problem gebannt?

Was sind nun Konfliktpunkte zwischen Handel und Umwelt? Ein Grundproblem ist, dass der zunehmende Welthandel zu einem deutlichen Anstieg des Verkehrs führt. Ohne eine nachhaltige Verkehrs-



Unternehmen und Umwelt

... ist die Zeitschrift für umweltorientierte Unternehmenspolitik von future e.V.

... bietet Fachinformationen zum Umweltschutz und Best-Practice-Beispiele aus Unternehmen.

... bietet viermal im Jahr Unternehmensbeispiele, Literatur- und Veranstaltungshinweise.

Mit einem Schwerpunktthema in jedem Heft. Zum Beispiel:

- 2/03: Kapital für Nachhaltigkeit
- 1/03: Energieeffizienz
- 3-4/02: Benchmarking für Sustainability
- 2/02: Okomarketing
- 1/02: Nachhaltigkeit und Gewerbebau
- 4/01: Nachhaltigkeit im Handwerk
- 3/01: Klimaschutz
- 2/01: Nachhaltiges Investment
- 1/01: Grüne Bauwirtschaft
- 4/00: Kooperative Textilwirtschaft

Bestellen Sie ihr kostenloses Probe-Abo im Internet unter www.future-ev.de

future e.V. Büro Bochum
Am Varenholt 123
44797 Bochum
Fon: 0234/9799513
Fax: 0234/9799514
bochum@future-ev.de
www.future-ev.de



politik verursacht der globale Handel jedoch eine Reihe gravierender direkter und indirekter Umweltschäden. Um nur einige zu nennen: der verstärkte Ressourcenabbau, der massive Ausstoß von Schadstoffen, das Einschleppen unerwünschter Arten, der Flächenbedarf und die Versiegelung von Böden. Ohne nachhaltige Konsum- und Produktionspolitik verschärft der Welthandel das „Aufden-Markt-Werfen“ von Billigprodukten mit zweifelhaftem Nutzen. (4)

Aber auch die WTO selbst gerät mit der Umwelt in Konflikt. Drei Probleme sind entscheidend: Erstens ist es laut WTO-Recht nicht zulässig, Handelsmaßnahmen zu ergreifen, die sich auf die Herstellung eines Produkts beziehen. So stehen Anreize und Gütesiegel zur Förderung einer nachhaltigen Herstellungsweise unter dem Bann eines drohenden WTO-Verbotes. Auch umweltbelastende Produktionsweisen dürfen nicht durch Handelsauflagen eingeschränkt werden. Ein Tisch darf nicht danach unterschieden werden, ob sein Holz aus nachhaltiger Waldnutzung stammt oder aus Kahlschlag – denn das widerspricht dem Prinzip der Gleichbehandlung. Ein Tisch ist – durch die Brille der WTO betrachtet – ein Tisch. Zweitens fehlen die Kernprinzipien des Umweltschutzes wie etwa das Vorsorge- oder Verursacherprinzip. Und drittens steht nach wie vor aus, das Verhältnis von WTO-Recht und handelsbeschränkenden Maßnahmen in multilateralen Umweltabkommen zu klären. Obwohl diese Probleme seit Längerem bekannt sind, dauerte es bis zum Jahr

2001, bis eine WTO-Ministerkonferenz erstmalig die Frage von Handel und Umwelt in eine Handelsrunde aufnahm. Es war vor allem die EU, die die Forderung nach Umweltstandards auf die Tagesordnung setzte. Kritiker unkten allerdings, dass sie damit lediglich ein Faustpfand in der Hand haben wollte, um dies bei Bedarf einzutauschen – etwa für eigene Agrarprotektionen.

Während einzelne Industrieländer versuchten, Umweltstandards in die WTO zu integrieren, wehrten sich vor allem einige Entwicklungsländer dagegen. Sie befürchten einen Ökoprotektionismus des Nordens. Denn das Argument Umweltschutz sei nur vorgeschoben, um eigene Unternehmen gegen unliebsame Konkurrenz aus Entwicklungsländern zu schützen. Beide Positionen stehen sich unverändert gegenüber.

An der Umwelt vorbei verhandelt

In der laufenden Handelsrunde steht zur Debatte, welches Verhältnis internationales Umweltrecht und WTO-Recht haben. Umweltfragen stehen damit endlich auf der Tagesordnung der WTO-Ministerrunde. Können die Umweltschützer damit zufrieden sein?

Nein, denn das zu erwartende Ergebnis wird nicht im Sinne des Umweltschutzes sein, da das vorgegebene Verhandlungsmandat eine Änderung von WTO-Regeln zugunsten der Umweltabkommen ausschließt (vgl. S. 24). Bisher sind die Verhandlungen noch nicht weit fortgeschritten, denn es ist umstritten, was eigentlich Umweltgüter sind: Biodiesel,



Ich pokere am höchsten...

a) wenn Glück kein Spiel, sondern das Einzige ist, was sich verdoppelt, wenn man es teilt.

b) wenn die andere Seite zwar die Macht, ich aber noch ein Ass im Ärmel habe.

Zu den Autoren

a) Jürgen Knirsch, geb. 1954, ist Biologe. Seit den 1980er-Jahren beschäftigt er sich mit umwelt- und entwicklungspolitischen Fragen. Er arbeitet im deutschen Greenpeace-Büro in Hamburg zu Konflikten zwischen Umwelt und Welthandel.

b) Markus Steigenberger, geb. 1975, studierte Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Politik und Jura. Er arbeitet im Wuppertal Institut in der Abteilung Klimapolitik und koordiniert die Attac AG Globalisierung und Ökologie.

Kontakt

Jürgen Knirsch
Greenpeace, Internationaler Handel/WTO
Große Elbstraße 39, D-22767 Hamburg
Fon ++49/(0)40/306 18-393
Fax ++49/(0)40/306 31-284
E-Mail juergen.knirsch@greenpeace.de

Markus Steigenberger
Abteilung Klimapolitik
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt,
Energie GmbH
Postfach 10 04 80
D-42004 Wuppertal
Fon ++49/(0)202/2492-247, Fax -250
E-Mail oekologie@attac.de

Solarzellen oder Aktivkohle zur Reinigung von Wasser? Insgesamt enthält das Verhandlungsmandat die Option, weitere Umweltthemen in die laufende Handelsrunde aufzunehmen. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird dies in Cancún aber nicht geschehen. Damit bleibt unter anderem die strittige Frage des Öko-Labelings weiterhin ungeklärt. Problematisch sind zudem Themen, die zwar Gegenstand der laufenden WTO-Runde sind, aber nicht in Bezug zu Umweltfragen gesetzt werden, wie etwa Energie, Transport, Tourismus oder Wasser. In all diesen Dienstleistungsbereichen werden WTO-Regeln massive Auswirkungen auf die Umwelt haben. Aber die Frage, inwieweit die Kernprinzipien des Umweltschutzes im Handelsrecht zu verankern sind, wird derzeit von keinem WTO-Mitglied aktiv vorangetrieben.

So haben wir die paradoxe Situation, dass ausgewählte Umweltfragen zwar Eingang in die WTO gefunden haben, die wirklich wichtigen Probleme jedoch außen vor bleiben. Die Gründe dafür sind vielfältig – die Angst vieler Entwicklungsländer vor Ökoprotektionismus ist nur einer davon. Ein anderer sind die grundsätzlich anderen Prioritäten der meisten Regierungen. Der entscheidende Punkt ist aber der originäre Auftrag der WTO, den Freihandel zu fördern. Dafür ist sie konzipiert. WTO-Recht ist dementsprechend Handelsrecht – Umweltschutz, Sozialstandards und auch Menschenrechte haben keinen Platz. Wenn die ökologischen und sozialen Bewegungen in Cancún daher fordern,

„Lasst die WTO entgleisen!“, dann machen sie damit deutlich, dass diese Organisation die wirklichen Probleme der Welt nicht löst, sondern verschlimmert. (5) —

Anmerkungen

(1) Mitglieder in der WTO sind Staaten bzw. gesonderte Zollgebiete. Neben den 15 derzeitigen EU-Mitgliedsstaaten ist auch die EU selbst eigenständiges Mitglied und spricht in der WTO für die Gesamtheit der Mitgliedsstaaten mit einer Stimme.

(2) Ausführlich hierzu: Aileen Kwa (2003): Power Politics in the WTO. Bangkok. www.focusweb.org.

(3) Walden Bello (2001): Learning from Doha. Bangkok. www.focusweb.org/publications/2001/learning-from-doha.html. Forum Umwelt & Entwicklung (1999): Reform des Welthandelssystems oder neue Liberalisierungsrunde? Bonn.

(4) Vgl. Corinna Milborn (2003): Zehn Thesen, warum die WTO zur Umweltzerstörung beiträgt. In: Attac Österreich (Hg): Die geheimen Spielregeln des Welthandels WTO-GATS-TRIPS-MAI. Wien, S. 104-115.

(5) Siehe etwa der Aufruf „Call of the World Social Movements“, 27.01.2003, Porto Alegre/Brasilien und Derail the 5th Ministerial of the WTO. Call of the Hemispheric and Global Assembly against FTAA and the WTO, May 11-12.2003. www.attac.de/cancun/textarchiv_wto.php.

Ökologischer Blindflug in Richtung Freihandel

Von Peter Fuchs

Dienstleistungen wie Unternehmensberatung oder die Internet-Übermittlung von Finanztiteln gelten als ökologisch unproblematisch. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass Umweltfragen weit im Abseits landen, wenn die WTO im Dienstleistungssektor weiter liberalisiert.

— In Seattle demonstrierten 1999 amerikanische Umweltschützer am Rande der WTO-Ministerkonferenz für den Schutz von Meeresschildkröten. Spätestens seitdem ist die Welthandelspolitik auch ein Thema in umweltpolitischen Kreisen. Allerdings wäre es ein Missverständnis, vor allem jene WTO-Prozesse für ökologisch besonders relevant anzusehen, bei denen das Wort Umwelt explizit auftaucht – etwa die Debatten im so genannten WTO-Ausschuss für Handel und Umwelt (CTE). Andere Elemente der WTO-Agenda entpuppen sich – aus der Nähe betrachtet – als umweltpolitisch viel brisantere Themen. Das gilt vor allem für das Dienstleistungsabkommen GATS oder aber für den in Cancún zu entscheidenden Konflikt um

ein drohendes Investitionsabkommen. Beide verdienen die erhöhte Aufmerksamkeit und das Engagement der Umweltbewegung.

Richten wir den Blick auf das GATS-Abkommen. Die vermeintlich saubere Welt der Dienstleistungen hat fast immer auch eine materielle und ökologische Dimension. Außerdem sind vom GATS auch problematische Sektoren wie der Tourismus oder die Energiedienstleistungen erfasst. Weiterhin stellt das GATS über direkte Umweltwirkungen hinaus insbesondere in seiner Funktion als „Fessel für die Politik“ ein umweltpolitisches Problem dar. Denn das GATS schließt wie in einen Safe eine ganz bestimmte wirtschaftspolitische Konzeption in einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag ein: die vorherrschende Politik des Freihandels. Somit wird ein späteres umwelt- und wirtschaftspolitisches Umsteuern unerhört schwierig.

Schmierstoff für den Welthandel

Das Herauspicken einzelner, ökologisch scheinbar harmloser Vorgänge täuscht: Dienstleistungen sind Schlüsselfaktoren in den transnationalen Produktionsketten, die unsere Weltwirtschaft prägen. Sie sind vom Gewinnen der Rohstoffe über Produktion und Handel bis hin zur Müllentsorgung untrennbar mit den gegenwärtigen nicht zukunftsfähigen Produktions- und Konsummustern verbunden – und machen diese erst möglich. Der Ökonom Dicken formuliert es so: „Es sind die Dienstleistungsgeschäfte, die in vielerlei Hinsicht, die Welt in Schwung

halten“, die das Räderwerk von Produktion, Verteilung und Tausch schmieren.“ (1)

Untersuchungen wie die des renommierten World Resources Institute (WRI) zeigen, dass die stofflichen Güterströme in modernen Industriegesellschaften weiterhin steigen. Trotz der schnellen Zunahme von E-Commerce und der Verschiebung von der Schwerindustrie hin zu Wissens- und Dienstleistungsindustrien ist in keinem Industrieland ein absoluter Rückgang des Ressourcendurchsatzes zu verzeichnen. (2) Mit anderen Worten: Dienstleistungen haben konkrete Folgen für die Umwelt:

- beim Transportwesen durch die Belastungen von Infrastrukturmaßnahmen (Straßen, Logistikzentren), dem Einsatz von Treibstoff und gefährlichen Gütern für Fahrzeugbetrieb und -wartung, sowie durch Abgabe, Lärm und die Verunstaltung der Landschaft auf Grund von Verkehr,

- im Tourismus durch die direkten Auswirkungen bei dem Bau und Betrieb von Anlagen in ökologisch sensiblen Regionen, dem Einsatz von Wasser, Energie und sonstigen Ressourcen sowie indirekte Wirkungen durch Beeinflussung des Reiseverhaltens,

- bei Hotels, Restaurants und Lieferervice-Unternehmen durch Verpackungsabfall und den Land-, Energie- und Wasserverbrauch,

- im Einzelhandel durch die Emissionen bei Transporten und den Einfluss auf das Konsumverhalten,

- im Finanz- und Versicherungswesen



durch die umweltpolitisch relevante Beeinflussung des Kundenverhaltens bei der Kreditpolitik und Vertragsgestaltung. (3)

In den GATS-Verhandlungen ringen die WTO-Mitgliedstaaten um die immer weiter gehende Öffnung von Dienstleistungssektoren für den internationalen Wettbewerb. (4) Eine Liste von bislang zwölf Dienstleistungssektoren mit rund 160 Teilsektoren steht zur Debatte: Unternehmen, Kommunikation, Bau und Montage, Vertrieb, Bildung, Umwelt, Finanzen (Banken und Versicherungen), Medizin und Soziales, Tourismus und Reise, Freizeit, Kultur und Sport, Transport sowie sonstige Dienstleistungen. Diese Bereiche sollen in den laufenden Verhandlungen noch erweitert werden und immer mehr ökologisch brisante Bereiche kommen hinzu. So fordern zum Beispiel die USA die weitgehende Aufnahme von Energiedienstleistungen bis hin zur Ölexploration. Die EU drängt – mit Rückenwind von Rot-Grün aus Berlin – auf eine umfassende Öffnung der Wasserversorgung für große europäische Wassermultis (Vivendi, RWE/Thames Water etc.). Der Tourismus, die größte und am schnellsten wachsende Industrie der Welt, ist bereits vom GATS erfasst und soll weiter liberalisiert werden. Ungeachtet der vielfältigen ökologischen Auswirkungen des Tourismus auf Biodiversität und knappe Umweltressourcen ist das Ziel, der Geschäftslogik internationaler Touristikunternehmen mehr und mehr Raum zu geben, etwa beim Bau und Betrieb von Hotels und Ferienanlagen.

Fessel für die Politik?

Im Dienstleistungshandel gelten anders als beim Warenhandel nicht etwa Zölle als Haupthindernis für grenzüberschrei-

tende Geschäfte, sondern so genannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse. Das GATS ist daher darauf ausgerichtet, alle Regulierungsmaßnahmen, die als Handelsbarrieren gelten, im Verlauf der Liberalisierung zu beseitigen. Auch Maßnahmen sowie zukünftige Handlungsspielräume der Umweltpolitik sollen an die engen Fesseln des WTO-Rechtes gebunden werden. (5)

Ein Beispiel: Ist der volle Marktzugang einmal gewährt, sind nach Artikel XVI des GATS folgende Beschränkungen nicht mehr möglich: Beschränkungen

- der Zahl der Dienstleistungserbringer,
- des Gesamtwertes der Dienstleistungsgeschäfte oder des Betriebsvermögens,
- der Gesamtzahl der Dienstleistungen oder des Volumens erbrachter Dienstleistungen,
- der Gesamtzahl natürlicher Personen,
- ausländische Kapitalbeteiligungen,

Ferner dürfen WTO-Mitglieder bestimmte rechtliche Unternehmensformen oder Joint Ventures nicht mehr verpflichtend vorschreiben. Aus dem Blickwinkel der Handelsliberalisierung gelten all diese Maßnahmen als „Handelsbarrieren“. In der Gestaltung der Umweltpolitik spielen sie jedoch häufig eine Schlüsselrolle. Gerade Regulierungen für den Zugang zu natürlichen Ressourcen oder Vorschriften, auf welche Art eine Dienstleistung zu erbringen ist (etwa durch die öffentliche Hand), gehören zum strategischen Instrumentarium der Umweltpolitik. Um natürliche Ressourcen zu schützen, kann es notwendig sein, die Zahl der Dienstleistungserbringer zu beschränken und andere Mengenbeschränkungen zu erlassen. Beispiele gibt es im Bergbau, der Forstwirtschaft oder bei



Wann pokern Sie am höchsten?

In einem alten Scherben-Song heißt es „Wenn die Nacht am tiefsten, is' der Tag am nächsten“. So sähe ich das auch gerne

für mein politisches Pokerspiel. Doch manchmal glaube ich mir nicht – oder zweifle am nahen Morgen. Dann steht eher Schach als Poker an.

Zum Autor

Peter Fuchs, geb. 1964, studierte Volkswirtschaftslehre und Sozialökonomie an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP). Seit 2001 arbeitet er als handels- und investitionspolitischer Referent bei der Nichtregierungsorganisation WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) in Bonn und Berlin.

Kontakt

Peter Fuchs
Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.
(WEED)
Torstr. 154
D-10115 Berlin
Fon ++49/(0)30/275 82 163
Fax ++49/(0)30/275 96 928
E-Mail Peter.Fuchs@weed-online.org

Dienstleistungen, die einen hohen Wasserverbrauch haben. Um Meereslebewesen oder andere lebende Ressourcen in gefährdeten Gebieten zu erhalten, gibt es auch bei touristischen Dienstleistungen quantitative Beschränkungen. Diese Dienstleistungen sind in Naturparks häufig genehmigungspflichtig. So gibt es Lizenzen für die Wal-Beobachtung, für Ski-Lifte oder das Tauchen in Korallenriffen. Um die Flexibilität für solche Regulierungen zu erhalten, haben sich einige Länder bei der Öffnung des Tourismussektors im GATS Ausnahmen vorbehalten. Ägypten hat etwa in seiner GATS-Liste zum Tourismussektor festgelegt, dass eine Zunahme der Passagiere in der Binnenschifffahrt und/oder eine Zunahme der Touren vor Ort von der physischen Kapazität des Nils abhängig ist. Ein Land, das solche politischen Maßnahmen bereits praktiziert oder für die Zukunft plant, aber trotzdem beschließt, GATS-Verpflichtungen in Sektoren einzu-gehen, muss ungeheuer vorsichtig agieren und die Ausnahmeregelungen sehr klar festschreiben. Spätestens in der jeweils nächsten GATS-Runde wird es allerdings dennoch unter Liberalisierungs- und Veränderungsdruck geraten.

Weiter so im Blindflug?

Viele der sektoralen und lokal spezifischen Umweltwirkungen von Liberalisierungsprozessen im Dienstleistungsbereich sind keinesfalls angemessen erforscht. Die Handelspolitik ist hier auf einem ökologischen Blindflug unterwegs. Zwar sind auf diesem Flug schon jetzt eine Menge Abgase und Probleme sichtbar; wohin die Reise aber führt, ist jenseits der ideologischen Zielgrößen Freihandel und Wachstum nicht wirklich erkennbar. Nichtregierungsorganisati-

onen und kritische WissenschaftlerInnen fordern daher schon lange so genannte Untersuchungen der Umwelt- und Nachhaltigkeitsfolgen (Sustainability Impact Assessments) des GATS. Erste Ansätze hierzu werden in der EU, den USA, Kanada und andernorts gemacht. Aber sie bleiben zumeist noch PR-Übungen ohne Wirkung.

Umweltanalysen und umweltpolitische Reformforderungen müssen stattdessen erkennbaren und wirksamen Einfluss auf die Handelspolitik bekommen. Davon kann bislang, auch hierzulande unter der rot-grünen Bundesregierung, keine Rede sein. Insofern ist die Umweltbewegung gut beraten, sich aktiv an GATS-kritischen Kampagnen von Attac und anderen zu beteiligen! Umweltaktivisten müssen die Piloten des ökologischen Blindflugs GATS dringend – natürlich mit zivilen Mitteln – zur Landung und zur Umkehr bewegen. _____

Anmerkungen

- (1) Dicken, Peter (1998): *Global Shift – Transforming the World Economy*. 3rd Ed., New York, London, S. 391.
- (2) WRI/World Resources Institute (2000): *The Weight of Nations, Material Outflows from Industrial Economies*. Washington.
- (3) Vgl. für viele weitere Beispiele: UNEP (1998), *Industry and Environment*, Juli-Sept. S. 7ff.
- (4) Fritz, Thomas (2003): *Die letzte Grenze, GATS: Die Dienstleistungsverhandlungen in der WTO – Sachstand, Probleme, Alternativen*. Berlin.
- (5) Fuchs, Peter/Tuerk, Elisabeth (2003): *Das All-gemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services – GATS) und die derzeitigen GATS-Verhandlungen*. TEXTE des Umweltbundesamtes 19/03. Berlin.

Verhandlung über internationale Investitionsabkommen

Rechnung mit vielen Unbekannten



Von Stefanie Pfahl

Noch ist offen, ob es der WTO gelingt, in Cancún eine Regelung für internationale Investitionen auf den Weg zu bringen. Durch die Hintertür droht die Aushebelung nationaler und internationaler Umweltabkommen. Was sind die Knackpunkte?

Im September 2003 könnte im mexikanischen Cancún die Entscheidung fallen, ob in der WTO über ein multilaterales Investitionsabkommen verhandelt wird. Es könnte frühestens 2004, nach dem vorgesehenen Abschluss der Verhandlungsrunde, in Kraft treten. Unklar ist momentan, ob es nur für diejenigen gelten soll, die ähnlich dem Dienstleistungsabkommen entsprechende Verpflichtungen eingehen, oder für alle WTO-Mitglieder.

Ein solches Abkommen wäre in gewisser Weise eine Neuauflage des 1998 gescheiterten Multilateralen Investitionsabkommens (Multilateral Agreement on Investment, MAI), das damals die Öl ex-

portierenden Länder (OECD) initiiert hatten. Der neue Vorstoß basiert auf den gleichen Prinzipien und birgt ganz ähnliche Gefahren für den Umweltschutz.

Das MAI sah vor, die regulativen Möglichkeiten von Regierungen durch einen einseitigen Schutz von Investoren erheblich einzuschränken. Etwa durch das Meistbegünstigungsprinzip, das Handelspartnern die gleichen Konditionen einräumt, die ein Land anderen Handelspartnern gewährt. Dadurch sind die Handlungsmöglichkeiten von Regierungen für eine gezielten Steuerung und Kontrolle von Investitionen erheblich eingeschränkt. Gleichzeitig beinhaltete das Abkommen auch ein Verbot für spezifische Investitionsauflagen, die etwa die ressourceneffiziente Verwendung lokaler Produktionsfaktoren vorschreiben. Zivilgesellschaftliche Gruppen machten mit massiven Protesten auf diese potenziell negativen Konsequenzen für die Umwelt aufmerksam. Letztlich platzte das MAI, als Frankreich sich aus den Verhandlungen zurückzog. Frankreich hatte erkannt, dass das MAI seine politische Handlungsfähigkeit zur Kontrolle von Auslandsdirektinvestitionen außerordentlich behindert.

Fragwürdige Vorreiter

Mit dem Investitionsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko im Rahmen der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA (North American Free Trade Agreement) gibt es bereits ein anschauliches Negativbeispiel für

die Auswirkungen derartiger Abkommen. Das NAFTA-Investitionsabkommen treibt den Investorenschutz auf die Spitze: Es spricht Unternehmen finanzielle Kompensation zu, sobald diese Einbußen durch spätere staatliche Regulierungen erleiden. Das kann etwa nachträgliche Verbote von gesundheitsgefährdenden Substanzen betreffen. Die NAFTA wertet die Kosten staatlicher Regulierungen als Enteignung der Investitionen, die auch dann kompensiert werden müssen, wenn erwiesenermaßen ein öffentliches Interesse an der Regulierung besteht.

(1) Diese Kompensationsklausel führte beispielsweise dazu, dass die mexikanische Regierung zur Zahlung einer Entschädigung von 16 Millionen US-Dollar an eine amerikanische Firma verurteilt wurde, die in Mexiko in eine Anlage zur Entsorgung gefährlicher Abfälle investiert hatte. Das Unternehmen konnte den Betrieb nicht aufnehmen, nachdem die mexikanische Kommunalverwaltung die Betriebsgenehmigung verweigerte, weil es die lokalen Umweltauflagen nicht einhielt.

Trotz verschiedener Negativbeispiele drängen einige WTO-Mitglieder, allen voran die EU, auf den Abschluss eines internationalen Investitionsabkommens, das sich stark an dem MAI und dem NAFTA orientiert. Ihr Hauptargument ist, dass aufgrund der wachsenden Auslandsdirektinvestitionen ein multilaterales Regelwerk notwendig ist, um den Investoren Sicherheit und Stabilität durch weltweit einheitliche Regeln zu bieten. Aus Sicht der EU profitierten davon auch

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialökischer Politik

44

Feminismus, Gender, Geschlecht

Geschlechterpolitik im Mittelamerika: Gender Mainstreaming, die Geschlechtergleichstellung, Frauenquoten und die Bedeutung der Frauenvereine und Vereinigungen. Feministische Gewerkschaften, Lösungsgeschichte, Sozialversicherung, Frauenhandel und Fairer Markt

St. Joseph, S. Scheider Klammann, M. Vukobin, B. Nohle, K. Puh, C. Mühle, F. Mattao, N. Imboden, Th. Wörlich, B. Kozulic

Diskussion

F. Haug: Geschlechterverhältnisse

A. Müller: Frauen- oder Gender- oder Antidiskriminierung?

P. Putschner: Zur Debatte um Judith Butler

T. Sakurai: Kapital- und Marktfragen

C. von Weizsäcker: Schein-Macht des Patriarchats

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialökischer Politik

43

Linke und Macht

Die Linke in der Schweiz: Ein Bericht über die Entwicklung der Partei und die Rolle der Gewerkschaften. Die Linke in der Schweiz: Ein Bericht über die Entwicklung der Partei und die Rolle der Gewerkschaften. Die Linke in der Schweiz: Ein Bericht über die Entwicklung der Partei und die Rolle der Gewerkschaften.

Die Linke in der Schweiz: Ein Bericht über die Entwicklung der Partei und die Rolle der Gewerkschaften. Die Linke in der Schweiz: Ein Bericht über die Entwicklung der Partei und die Rolle der Gewerkschaften. Die Linke in der Schweiz: Ein Bericht über die Entwicklung der Partei und die Rolle der Gewerkschaften.

Die Linke in der Schweiz: Ein Bericht über die Entwicklung der Partei und die Rolle der Gewerkschaften. Die Linke in der Schweiz: Ein Bericht über die Entwicklung der Partei und die Rolle der Gewerkschaften. Die Linke in der Schweiz: Ein Bericht über die Entwicklung der Partei und die Rolle der Gewerkschaften.

Die Linke in der Schweiz: Ein Bericht über die Entwicklung der Partei und die Rolle der Gewerkschaften. Die Linke in der Schweiz: Ein Bericht über die Entwicklung der Partei und die Rolle der Gewerkschaften. Die Linke in der Schweiz: Ein Bericht über die Entwicklung der Partei und die Rolle der Gewerkschaften.

232 / 220 Seiten
€ 16.– (Abo. € 27.–)

zu beziehen
im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH, Postfach,
CH-8026 Zürich

Tel./Fax 0041 1 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch

die Empfängerländer, da ihrer Meinung nach durch die Investitionen Arbeitsplätze entstehen. Zudem steigt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Empfängerländer, weil der Transfer moderner Produktionstechnologien verbessert wird. (2)

Allerdings zeigt die Wirklichkeit, dass positive Wirkungen von Auslandsdirektinvestitionen nicht automatisch eintreten. Gerade die asiatischen „Tigerstaaten“ demonstrieren, dass jene Staaten am meisten von ausländischen Direktinvestitionen profitierten, die sehr rigide Investitionsauflagen entwickelten und systematisch die Technologiediffusion im eigenen Land förderten. Zudem bieten die Empfängerländer von ausländischen Investitionen genug Beispiele, was für Umweltgefahren hiermit verbunden sind.

Die Umwelt hat das Nachsehen

Die Auslandsdirektinvestitionen sind in den letzten zehn Jahren enorm angestiegen. (3) Gleichzeitig brachte wirtschaftliches Wachstum verstärkten Druck auf die natürlichen Ressourcen und ging meistens mit Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen einher. So zeigt sich in Regionen, die sich zu Zielen des Massentourismus entwickeln, dass die Landschaft zersiedelt, biologische Ressourcen zerstört und Wasserressourcen durch Übernutzung und Verschmutzung wegen mangelnder Entsorgungskapazitäten verbraucht werden. Im industriellen Bereich lässt sich beobachten, dass Unternehmen nationale Umweltstandards nicht beachten oder fehlende Umweltstandards in den Gastländern dazu nutzen, alte, verschmutzungsintensive Technologien einzusetzen. (4) Außerdem ist zu befürchten, dass der Wettbewerb um

ausländische Direktinvestitionen Regierungen dazu verleitet, bestehende Umweltstandards zu senken oder diese nicht zu kontrollieren. Umweltechnologie transfer findet dagegen meistens nur statt, wenn die Konsumenten oder die Bevölkerung vor Ort entsprechenden Druck ausüben.

Ein WTO-Investitionsabkommen würde die Möglichkeit von Regierungen, Umwelt- und Ressourcenschutz im Rahmen von ausländischen Direktinvestitionen gezielt zu fördern, sehr wahrscheinlich weiter einschränken. Denn Umweltschutzanforderungen könnten als unzulässige Investitionskonditionen gewertet werden. Darauf deuten die bisherigen Diskussionen über die Ausgestaltung eines WTO-Investitionsabkommens hin. Bisher werden Umweltauswirkungen hier nicht thematisiert. Aber es ist zu befürchten, dass die politischen Handlungsmöglichkeiten einzelner Regierungen minimiert werden, die Umweltverträglichkeit ausländischer Investitionen zu gewährleisten. Alle Industriestaaten haben sich gegen die Zulässigkeit spezifischer Investitionsauflagen ausgesprochen, die innenpolitisch motivierte Umweltziele unterstützen.

Wessen Recht?

Außerdem besteht die Gefahr, dass die Weiterentwicklung umweltpolitischer Standards und Normen auf nationaler wie internationaler Ebene dauerhaft blockiert wird: Einige WTO-Mitglieder haben sich – ähnlich wie in der NAFTA – für finanzielle Kompensationen bei „Wertverlust“ der Investitionen ausgesprochen, sobald diese auf staatliche Regulierung zurückgehen. Es ist unklar, was das Verhältnis zwischen den Meistbegünstigungsklauseln bereits bestehender In-



Am höchsten pokere ich ...
wenn ich nichts zu verlieren habe.

Zur Autorin

Stefanie Pfahl, geb 1968, promovierte an der Humboldt Universität zu Berlin zum Thema Internationaler Handel und Umweltschutz. Seit 2003 arbeitet sie im Auftrag des Bundesumweltministeriums u.a. zur Frage der Integration von Umweltfragen in der laufenden WTO-Verhandlungsrunde.

Kontakt

Dr. Stefanie Pfahl
Adelphi Research, Berlin
Fon ++49/(0)30/89 000 68-0, Fax -10
E-Mail pfahl@adelphi-research.de

vestitionsabkommen auf bilateraler und regionaler Ebene und einem zukünftigen WTO-Investitionsabkommen zu regeln ist.

Entscheidend ist die Frage, ob etwa das Meistbegünstigungsprinzip der NAFTA in einem WTO-Abkommen, das ebenfalls wie geplant die Meistbegünstigung enthält, genutzt werden kann. Beispielsweise, um auch im WTO-Rahmen die in der NAFTA vorgesehene finanzielle Kompensation bei nachträglichen staatlichen Umweltstandards einzufordern, selbst wenn diese im WTO-Abkommen nicht vorgesehen sein sollten. Bisher kann die WTO-Streitschlichtung nur von Regierungen in Anspruch genommen werden, die auf die Änderung WTO-widriger Handelspolitiken drängen. Je nach Ausgestaltung der Abkommen, könnten dann auch private Akteure und Firmen versuchen, diese zu nutzen, um nationale und internationale umweltpolitische Standards zu unterminieren. Das könnte dazu führen, dass Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Kyoto-Protokolls zum Schutz des Klimas WTO-Regeln widersprechen. Das betrifft vor allem den so genannten „Clean Development Mechanism“ (CDM), also Projekte zur Verringerung von Treibhausgasemissionen in Entwicklungsländern, die von Industrieländern in Entwicklungsländern finanziert und deren Emissions-einsparungen den Geldgebern angerechnet werden. Diese Projekte folgen strengen Investitionsauflagen, die einem potenziellen WTO-Investitionsabkommen widersprechen.

Die WTO-Mitglieder müssen anerkennen, dass Investitionen im Gegensatz zum Handel mit Gütern und Dienstleistungen ein langfristiges wirtschaftliches Verhältnis mit dem Gastland begrün-

den, das andere Regelungen verlangt.

(5) Die WTO ist das falsche Forum für ein internationales Investitionsabkommen. Ihre Regeln schaffen keine Balance zwischen Investorenrechten und -pflichten, solange etwa umweltpolitische Regulierung generell als unzulässiges Investitionshemmnis gilt.

Aufgrund dieser Unwägbarkeiten und der offensichtlichen Blindheit der WTO-Regeln gegenüber den Belangen des Umweltschutzes, sollten die WTO-Mitglieder die Verhandlungen über ein Investitionsabkommen abbrechen. Auslandsdirektinvestitionen sind auch ohne ein solches Abkommen gewachsen, daher stellt sich die Frage, ob der vermeintliche zusätzliche Schutz überhaupt notwendig ist. Ein solches Abkommen wäre allerdings durchaus sinnvoll, um jene politischen Maßnahmen zu harmonisieren, die Auslandsdirektinvestitionen ökologisch und gesellschaftlich nachhaltig gestalten. Dafür bieten jedoch eher die Vereinten Nationen als die WTO den geeigneten Rahmen. _____

Anmerkungen:

- (1) Mann, Howard/Moltke von, Konrad (1999): NAFTA's chapter 11 and the environment. Addressing the impacts of the investor-state process on the environment. Winnipeg.
- (2) WTO (2002): Scope and definitions: „Investment“ and „Investor“. Note by the Secretariat. WT/WGTI/W/108, 21 March 2002. Genf.
- (3) UNCTAD (2002): World Investment Report 2002. Transnational Corporations and export competitiveness. New York und Genf.
- (4) Friends of the Earth International (2002): Clashes with corporate giants. 22 cases for biodiversity and community. Amsterdam.
- (5) Moltke von, Konrad (2000): An international investment regime? Issues of sustainability. Winnipeg.

Haarscharf am Ziel vorbei?

Von Tilman Santarius und Markus Steigenberger

Endlich diskutiert die Welthandelsorganisation einen der großen Streitpunkte zwischen Umweltschützern und Freihändlern: Die Lösung von Konflikten zwischen internationalem Umwelt- und WTO-Recht. Ein skeptischer Blick auf den Stand der Dinge.

— In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Zahl internationaler Abkommen zum Schutz der Umwelt rasant zugenommen. Heute existieren über zweihundert multilaterale Umweltabkommen, mit dem Ziel den Schutz der globalen Umweltgüter zu gewährleisten. In derselben Zeit hat sich das Welthandelsrecht weiter entwickelt. Mit der Gründung der WTO 1995 ist ein mächtiger Akteur in der internationalen Politik entstanden, dessen zentrale Aufgabe es ist, weltweiten Freihandel durchzusetzen. Grundsätzlich stehen internationales Umwelt- und Handelsrecht völkerrechtlich auf gleicher Ebene. Keines ist dem anderen übergeordnet. Welches Recht gilt aber, wenn ein Abkommen zum Schutz der Umwelt Handelsbeschränkungen vorschreibt – WTO- oder Umweltrecht? Und welches politische

Ziel genießt im Streitfall Vorrang – die Gleichbehandlung aller Ressourcen und Produkte auf dem Markt oder die gewollte Benachteiligung einiger umweltbelastender Stoffe gegenüber anderen? Das Washingtoner Artenschutzabkommen etwa verbietet den Handel mit geschützten Tierarten, das Montreal Protokoll den Handel von FCKW-haltigen Produkten. Damit widersprechen sie direkt dem Ziel der WTO, bestehende Handelshemmnisse abzubauen und zu verhindern, dass neue entstehen. Eine weitere Konfliktlinie zeigt sich etwa beim Klimaschutz. Die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll zielen auf einen verringerten Einsatz fossiler Energieträger in der Weltwirtschaft ab, die WTO hingegen auf die Gleichbehandlung aller Ressourcen- und Pro-

dukte und ihrer Verteilung durch die „unsichtbare Hand“ des Marktes. Bis heute ist das Verhältnis zwischen internationalem Umwelt- und Handelsrecht ungeklärt. Nun ist eine Klärung in eigener Vollmacht der WTO-Ministerkonferenz ohne Abstimmung mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) oder den Ministerkonferenzen von Umweltabkommen vorgesehen. Bestätigt dies im Vorhinein die politische Priorität der Welt-Handelspolitik gegenüber der Welt-Umweltpolitik? Wieso entscheidet die WTO über die Anerkennung von multilateralen Umweltabkommen – und nicht umgekehrt?

Knackpunkte bleiben außen vor

So wichtig diese Fragen aus weltpolitischer Sicht sind, so unbegründet könn-

**WATER
IS NOT
FOR SALE**

ten möglicherweise die Sorgen aufgrund des beschränkten Verhandlungsmandats sein. Wenn es um potenzielle Konflikte mit dem Handelsrecht geht, ist zwischen zwei Fällen zu unterscheiden: Erstens ist zu fragen, wie viele Staaten ein Umweltabkommen ratifiziert haben und zweitens ist entscheidend, ob das Umweltabkommen Handelsbeschränkungen unmittelbar vorschreibt.

Durch eine große Zahl von Mitgliedsstaaten erreicht ein Abkommen quasi-universelle Gültigkeit. Es ist davon auszugehen, dass Regierungen ein solches Abkommen nicht angreifen, da dieser Schritt extrem unpopulär wäre und wenig Chancen auf Erfolg hätte. (1) Selbst wenn ein Staat einen derartigen Konflikt vor das Streitschlichtungsorgan der WTO bringt, ist nach gängiger Praxis internationalen Rechts zu erwarten, dass der gleichsam universelle Status des Abkommens anerkannt und einer generellen Ausnahme vom WTO-Recht stattgegeben würde. (2) Unproblematisch ist auch ein Umweltabkommen, das Handelsbeschränkungen unmittelbar vorschreibt. Denn es gilt der völkerrechtliche Grundsatz: Spezielles Recht steht über allgemeinem Recht. (3) Ein Beispiel: Während die WTO ganz allgemein den Handel mit Gütern regelt, bezieht sich das Washingtoner Artenschutzabkommen speziell auf den Handel mit geschützten Arten. Letzterem ist damit in einem Streitfall zwischen zwei Mitgliedern des Umweltabkommens, klar der Vorzug zu geben. Es ist daher seltsam, dass genau diese unproblematischen Fälle nun in der WTO verhandelt werden. Die Verhandlungen beschränken sich exakt auf diese wenigen Fälle: Erstens werden nur diejenigen Umweltab-

kommen berücksichtigt, die direkte Handelsbeschränkungen vorschreiben. Zweitens müssen – im Falle eines Streits – beide Konfliktparteien Unterzeichner des betroffenen Umweltabkommens sein.

Alles ist offen

Dies führt aber nicht weiter. Denn auf der anderen Seite gibt es eine große Zahl Umweltabkommen, bei denen völlig offen ist, wie ein Streitfall mit WTO-Recht ausgehen würde. Was passiert, wenn ein Staat das betreffende Umweltabkommen nicht unterzeichnet hat und unter Berufung auf WTO-Regeln klagt? Was ist, wenn ein Staat Handelsmaßnahmen mit Verweis auf ein Umweltabkommen einführt, das solche Maßnahmen nicht explizit autorisiert?

Schwierig wird es etwa bei denjenigen Abkommen, die lediglich Ziele festlegen, deren Umsetzung aber bei den Mitgliedsstaaten liegt und keine konkreten Instrumente vorschreiben. Führt ein Staat daraufhin handelsbeschränkende Maßnahmen ein, dann kann er dies nur unter Berufung auf das entsprechende Abkommen tun. Ausdrücklich autorisiert ist er dazu nicht. Die Klimapolitik ist hierfür ein Beispiel: Um die Treibhausgasemissionen zu senken, führen viele Staaten Instrumente, wie Ökosteuern und Subventionen auf Erneuerbare Energien ein. Keines dieser Instrumente ist in der Klimarahmenkonvention oder dem Kyoto-Protokoll vorgeschrieben, die Zielvorgabe macht solche oder ähnliche Maßnahmen aber notwendig. Konventionelle Energien werden bewusst „diskriminiert“, was einem Verstoß gegen das Prinzip der „Nicht-Diskriminierung gleichartiger Produkte“ der WTO gleichkommen könnte. Dieser Konflikt ist nicht nur



„Geteilte Verantwortung im Verbraucherschutz“

Mit Spezial „Perspektiven nationaler Nachhaltigkeitsstrategien“
ÖKOLOGISCHES WIRTSCHAFTEN 3-4/03

Skandale, Krisenmanagement und Neuanfänge – auch staatliche Verbraucherschutzpolitik hat es in jüngster Zeit kräftig durchgeschüttelt. Was ist aus dem rot-grünen Neuanfang geworden? Wird der Rat der Forschung zu nachhaltigen Konsum, Verbraucherschutz als geteilte Verantwortung aller Wirtschaftsakteure zu begreifen, beherzigt? Dies bedeutet keinen Rückzug der Politik, erfordert aber veränderte Konzepte. Was ist jenseits der schillernden Vokabel geblieben? Die SchwerpunktautorInnen spüren dem in zahlreichen Facetten nach. Sie skizzieren politische Strategien, überprüfen politische Versprechen, ermesen soziale sowie geschlechtliche Wirkungen, erläutern Firmenperspektiven und bewerten Politikinstrumente.

www.oekom.de

Abonnement von sechs Ausgaben für:

Institutionen: 95,- € (+Online-Abo: 142,50 €)

Einzelpersonen: 48,- € (+Online-Abo: 72,- €)

Studenten: 32,- € (+Online-Abo: 48,- €)

Doppel-/Einzelheft: 11,- € / 10,- € (zzgl. Versandkosten)

Erhältlich bei:

CONSODATA ONE-TO-ONE

Seemeweistraße 8, D-82152 Planegg

Fon ++49/(0)89/857 09-155

Fax ++49/(0)89/857 09-131

E-Mail kontakt@oekom.de



Wann pokern Sie am höchsten?

a) Spiele um Geld, Kleidung oder Politik sind weniger mein Ding. Werde ich aber zwischenmenschlich herausgefordert, pokere ich sicher höher als mein Gegenüber...

b) Wenn die andere Seite zwar die Macht, ich aber noch ein Ass im Ärmel habe.

Zu den Autoren

a) Tilman Santarius, geb. 1974, ist Diplom-Soziologe. Seit April 2001 arbeitet er als wiss. Mitarbeiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Sein Forschungsschwerpunkt liegt u.a. im Bereich Welthandel und Umwelt. Seit Anfang 2002 ist er am Wuppertal Institut Juniorkoordinator des abteilungsübergreifenden Projekts „Welche Globalisierung ist zukunftsfähig?“.

b) Markus Steigenberger, geb. 1975, studierte Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Politik und Jura. Er arbeitet im Wuppertal Institut in der Abteilung Klimapolitik und koordiniert die Attac AG Globalisierung und Ökologie.

Kontakt

Tilman Santarius

Markus Steigenberger

Abteilung Klimapolitik

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH

Postfach 10 04 80

D-42004 Wuppertal

Fon ++49/(0)202/2492 a)-155/ b) -247

Fax -250

E-Mail tilman.santarius@wupperinst.org und oeekologie@attac.de

hypothetisch, wie kürzlich ein Vorstoß der Regierung Saudi-Arabiens zeigt. Sie brachte in der WTO eine Vorlage ein, welche die Frage aufwarf, ob klimapolitische Instrumente, wie etwa die Förderung Erneuerbarer Energien und Ökosteuern, nicht gegen WTO-Recht verstoßen, da dadurch die Absatzchancen für Öl und Gas behindert werden.

Zwar ist es bisher zu keinem Streitfall zwischen einem Umweltabkommen und WTO-Recht gekommen, der schwelende Konflikt hat aber bereits Auswirkungen auf das internationale Umweltrecht. Allein das Bewusstsein, dass bestimmte Regelungen in einem neuen Umweltabkommen mit WTO-Recht in Konflikt geraten könnten, lässt viele Regierungen davor zurückschrecken, diese Regelungen zu fordern (chilling effect). Gleichzeitig ist der Verweis auf WTO-Recht ein Druckmittel, um etwaige handelsbeschränkende Ausmaße eines Umweltabkommens schon bei deren Ausgestaltung zu minimieren.

Wer schlichtet?

Wenn es tatsächlich zu einem Konflikt zwischen einem Umweltabkommen und WTO-Recht kommt, dann ist zu klären, nach welchem Recht der Fall verhandelt wird – vor der WTO oder gemäß des Umweltabkommens? Dies hängt davon ab, vor welchem Gremium der Streit ausgetragen wird. In den bisher dargestellten kritischen Fällen wäre dies wahrscheinlich die WTO. Denn Konflikte zwischen internationalen Rechtsnormen werden vor dem Regime verhandelt, bei dem beide Kontrahenten Mitglied sind – und das ist in der Regel die WTO. (4) Zudem beinhaltet die WTO eine Klausel, dass alle Mitgliedsstaaten Streitfälle, die Handelsrecht tangieren, vor dem Streit-

schlichtungsorgan der WTO auszutragen haben. Damit wäre es faktisch die WTO, die entscheidet, wie und mit welchen Maßnahmen die im Rahmen multilateraler Umweltabkommen verhandelten Rechte und Pflichten eines Staates umgesetzt werden dürfen.

Dies ist nicht nur völkerrechtlich fragwürdig, sondern aus umweltpolitischer Sicht abzulehnen: Denn einmal ist das WTO-Recht ausschließlich Handelsrecht und kann daher einer objektiven Abwägung zwischen Umwelt- und Handelsbelangen nicht gerecht werden. Zweitens ist das WTO-Streitschlichtungsorgan ausschließlich mit Handelsexperten besetzt, die Umweltbelange in der Regel als Nebenaspekt des Handelsrechts ansehen. Die Konsequenz muss sein, Konfliktfälle zwischen Handels- und Umweltrecht in ein unabhängiges Rechtssprechungsgremium auszulagern. Daher sollte, anstatt in der laufenden WTO-Runde über Umweltabkommen zu verhandeln, der Allmachtsanspruch des Streitorgans der WTO begrenzt werden – damit wäre der Umwelt mehr geholfen.

Anmerkungen

(1) Frank Biermann (1999): Internationale Umweltverträge im Welthandelrecht. WZB Diskussion Paper FS II 99-403. Berlin.

(2) Santarius et al. (2003): Grüne Grenzen für den Welthandel. Eine ökologische Reform der WTO als Herausforderung an eine Sustainable Governance. Wuppertal Paper Nr. 133. Wuppertal.

(3) Gabriele Marceau (2000): Conflicts of Norms and Conflicts of Jurisdictions – The Relationship between the WTO Agreement and MEAs and Other Treaties. In: Journal of World Trade 35, iss. 6, S. 1081-1131.

(4) Wiener Vertragsrechtskonvention, Artikel 30. Vgl. <http://members.yline.com/~waltergehr/ver/wvk-deutsch.html>

II. JOHANNESBURG ODER CASTROP-RAUXEL?

Rio, Peking, Istanbul – Die 1990er-Jahre waren das Jahrzehnt der internationalen Mega-Konferenzen. Die Euphorie, dass sich die Probleme der Welt auf diese Weise lösen ließen, ist aber nicht erst seit dem Reinfall von Johannesburg deutlich abgekühlt. Die Frage, wer auf welcher Ebene welche Kompetenzen erhält, stellt sich daher immer dringender. Brauchen wir mehr globale politische Regelungen oder mehr lokale Selbstbestimmung?



Zwei Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung

Global Governance oder Deglobalisierung?

Von Franziska Wolff und Achim Brunnengräber

Die ökonomische Globalisierung verändert massiv die Bedingungen von Politik. Spannungsgeladen ist die Frage, ob Regelungen auf globaler oder lokaler Ebene ansetzen müssen. In der Realität laufen Global Governance- und Deglobalisierungsprozesse längst parallel. Ergeben sich daraus neue Impulse für die Umweltpolitik?

Wo lassen sich globale Probleme wie etwa der Klimawandel lösen: Lokal, durch Mobilitätskonzepte und den Bau von Solaranlagen vor Ort, oder global durch politische Verhandlungen und internationale Instrumente? Ansätze für globale Regelungen geraten zunehmend in Kritik: Internationale Großveranstaltungen produzierten viel Papier aber wenig Verbindlichkeit. Mit der Krise des Multilateralismus scheint die Zeit globaler Regulierungsversuche abzulaufen. Machtpolitisches und geostrategisches Kalkül ersetzen Konferenzdiplomatie, technokratische Machbarkeitsvorstellungen erweisen sich als unzulänglich und konsensorientiertes Politikverständnis als anfällig für Blockaden und partikulare Forderungen der Privatwirtschaft. Weltweit verschärft sich die sozial-ökologische Krise durch zunehmende Armut, Klimawandel oder den Verlust biologischer Vielfalt. Politische Instrumente zur Bekämpfung der Krise erscheinen stumpf und ihr Einsatz zum Teil fragwürdig. Zwei Denkrichtungen versuchen im Spannungsverhältnis von Lokalität und Globalität Antworten zu geben: Zum einen Global Governance-Ansätze, die von einem Verständnis vermeintlich gemeinsamer Weltprobleme ausgehen und auf internationale Kooperationen setzen. Zum anderen das Konzept der

Deglobalisierung, demzufolge verstärkt unterschiedlichen lokalen und regionalen Bedingungen Rechnung zu tragen ist.

Globale Regeln versus dezentrale Lösungen

Das Global Governance-Konzept lässt sich nicht eindeutig definieren. Die vorherrschende Vorstellung geht von der Re-Regulierbarkeit der ökonomischen Globalisierung aus, vom Wiedereinbetten (re-embedding) liberalisierten Wirtschaftens in eine regulative oder institutionelle Ordnung. (1) Um internationalen Problemen und ihren Ursachen gerecht zu werden, muss diese Ordnung zwangsläufig global sein, damit Umwelt- und Sozialstandards international durchgesetzt, transnationale Spekulation kontrolliert und globale öffentliche Güter bereitgestellt werden können.

Meistens wird in der Global Governance-Architektur den Vereinten Nationen, teils auch dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank oder der Privat- und Zivilgesellschaft eine tragende Rolle zugewiesen. Global Governance umspannt nicht nur mehrere Regulierungsebenen, sondern auch ein breites Akteursspektrum. Über diese Kooperationen hinaus sind Elemente globaler Staatlichkeit, etwa weiter reichende

Durchsetzungsmechanismen, notwendig. Dazu zählen beispielsweise eine Weltumweltorganisation, ein Weltparlament oder eine zivilgesellschaftliche Kammer im Weltmaßstab. (2)

Das Deglobalisierungs-Konzept setzt andere Akzente. Es propagiert die Dezentralisierung institutioneller Macht und plädiert für eine Vielfalt miteinander verzahnter Institutionen und Organisationen. Statt globaler Steuerungsstrukturen werden lokale bzw. nationale Ebenen in ihrer Entscheidungsmacht gestärkt. Jedes Land, jede Bevölkerungsgruppe soll die Möglichkeit erhalten, eine seinen eigenen Werten und Rhythmen angepasste Politik zu entwickeln.

Walden Bello, Vertreter der Süd-NGO „Focus on the Global South“, prägte den Begriff Deglobalisierung in einem wirtschafts- und entwicklungspolitischen Zusammenhang. (3) Da mit neoliberalen Struktur Anpassungsmaßnahmen und den internationalen Instanzen WTO, IWF oder der G7/G8 vor allem die nördlichen Industrieländer ihre Vorherrschaft gefestigt haben, verwirft er eine als kosmetisch empfundene Re-Regulierung dieser Institutionen. Denn sie erhalten durch Reformen letztlich nur eine neue Legitimation, ohne dass die globale Ungleich-

heitsproduktion durch weltwirtschaftliche Instanzen wirklich aufgehoben ist (Vgl. S. 33).

Zu kurz gegriffen

Beide Ansätze haben ihren Reiz, greifen aber zu kurz. Politik findet heute in komplexen Systemen auf verschiedenen Ebenen statt. Sie wird an unterschiedlichsten Orten – in Brüssel (EU), Genf (Welthandel), Washington (Krieg und Frieden), Den Haag (Gerichtshof) – oder auf nicht mehr lokalisierbaren Ebenen und von einer Vielzahl alter wie neuer Akteure gemacht. Nicht nur die bekannten Institutionen der Weltpolitik, sondern zivilgesellschaftliche Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen und die globalisierungskritische Bewegung sind Teil davon. Nicht zu vergessen transnationale Konzerne und internationale Finanzakteure, die nur bedingt auf staatliche Rahmensezung angewiesen sind. Dabei lösen sich Politikfelder auf: Klimapolitik wird zur Wirtschaftspolitik, etwa wenn es um den Handel mit Verschmutzungsrechten oder die Sicherung von Zugriff und Vermarktungsrechten an genetischen Ressourcen geht. Zu prüfen ist, ob Deglobalisierung aus dem wirtschafts- und entwicklungspolitischen Zusammenhang auf Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik übertragbar ist. Eine wertvolle Anregung ist das Plädoyer für eine Vielfalt von problem- und kontextorientierten Regelungen, angepasst an die Bearbeitungsebene. In der Umweltpolitik muss die lokale bzw. nationale Ebene durch ein alternatives System ökonomischer Governance gestärkt werden. Ein Instrumentenmix und die Ebenenvielfalt könnten dafür sorgen, dass die Blockadepolitik der USA nicht nur im umweltpolitischen Bereich zumindest teilweise unterlaufen wird. Aber dies bedeutet nicht, auf globale Antworten verzichten zu können.

Offene Fragen

Für die kritische Weiterentwicklung der Ansätze gilt es, zentrale Punkte zu klären. Zunächst stellt sich die Frage nach einer



Internationale Fachmesse mit Kongress für Hochwasserschutz und Katastrophenmanagement, Klima und Flussbau

Die **acqua alta 03** ist die weltweit erste Fachmesse mit Kongress, die allen Fachbereichen von Hochwasserschutz und Katastrophenmanagement eine internationale Plattform bietet.

Gemeinsam mit sämtlichen relevanten Verbänden und Behörden erarbeiten und präsentieren Entscheider, Praktiker, Forscher und Hersteller von Produkten innovative Lösungsvorschläge und wirkungsvolle Präventivmaßnahmen rund um das Thema Hochwasser.

Veranstalter
Messe München GmbH,
Tel. (+49 89) 9 49-1 15 98,
Fax (+49 89) 9 49-1 15 99,
info@acqua-alta.de

Kongress-Hotline
ConTrac GmbH, Berlin,
Tel. (+49 30) 27 58 28 09
oder (+49 30) 27 58 28 10

Neue Messe München
24. – 27.11.2003
www.acqua-alta.de





Wann pokern Sie am höchsten?

a) Ich bin keine Spielernatur, ich suche lieber nach Wahrheiten!

b) Pokern? Find' ich langweilig. Ich spiele Mau-Mau!

Zu den Autoren

a) Achim Brunngräber, geb. 1963, ist Politikwissenschaftler und leitet an der Freien Universität Berlin das interdisziplinäre Projekt „Global Governance und Klimawandel“. Eine Mehranalyse zu den Bedingungen, Risiken und Chancen sozialökologischer Transformation.

b) Franziska Wolff, geb. 1973, arbeitet als Politikwissenschaftlerin und Volkswirtin am Öko-Institut in Berlin. Sie befasst sich mit Fragen umweltpolitischer Governance, speziell mit der internationalen Regulierung von Agrobiodiversität.

Kontakt

Dr. Achim Brunngräber

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften

Malteser Str. 74-100

D-12249 Berlin

Fon ++49/(0)30/838 707-08, Fax -18

E-Mail priklima@zedat.fu-berlin.de

Franziska Wolff

Öko-Institut e.V.

Novalisstr. 10, D-10115 Berlin

Fon ++49/(0)30/280486-71, Fax -88

E-Mail f.wolff@oeko.de

angemessenen Regulierungsebene: Welche Probleme verlangen nach internationaler und gegebenenfalls vereinheitlichender Bearbeitung und welche nicht? Ist etwa für lokales Wassermanagement ein internationaler Regulierungsrahmen nötig? Ebenso ist auch der Angemessenheit lokaler Regulierungsebenen nachzugehen: Wo macht Lokalität Sinn, wo nicht? Können Instrumente wie Unternehmens- oder Ökosteuern unter den Bedingungen weltweiten Wettbewerbs noch lokal oder national gestaltet werden? Ist der Slogan „global denken, lokal handeln“ nicht hinfällig geworden, wenn auf globaler Ebene Regeln bestehen, die lokale Handlungsmöglichkeiten stark beschränken – wie etwa das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS? Welche Mehrebenen-Architektur kann diesen verschiedenen Anforderungen gerecht werden?

Ein zweiter Fragenkomplex betrifft Legitimität und Effizienz von Politik im Spannungsfeld von Global Governance und Deglobalisierung: Ist eine Global Governance-Architektur nicht zu störungsanfällig für Blockaden eines zentralen Akteurs – siehe der Ausstieg der USA aus internationalen Klimaverpflichtungen? Wie legitim sind Politiken, die auf globaler Ebene getroffen werden, wenn in internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank nicht alle Länder dasselbe Mitspracherecht besitzen, der G8-Club Vorentscheidungen trifft, und selbst unter formal demokratischen Bedingungen die Rückkoppelung an nationale Parlamente äußerst schwach ist? Mit welchen Mechanismen ließe sich globale Politik demokratisieren? Ist Politik in überschaubareren, deglobalisierten Arenen legitimer – aber ineffizienter? Schafft Deglobalisierung nicht einen Flickenteppich von Regulierungen mit neuen Gefahren, etwa wenn regionale Politiken nicht miteinander vereinbar sind und Konflikte hervorrufen? Wenn Staaten Lösungen zu Lasten anderer schaffen oder ohne eigene (Umwelt-)Leistungen von den Anstrengungen anderer profitieren?

Internationale Regeln neu denken

Das Mega-Konzept von Global Governance ist Antworten auf die Fragen globaler Demokratie bisher schuldig geblieben. Dies gesteht selbst einer seiner prominentesten Vertreter, Franz Nuscheler vom Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), zu. (4) Hier kann der Deglobalisierungs-Ansatz Anregungen bieten. Ob die erfrischende Idee einer Deglobalisierung wirklich taugt und wie sie zu realisieren ist, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Fest steht, dass Global Governance- und Deglobalisierungsprozesse bereits parallel stattfinden: Während auf internationaler Ebene Ökologie stärker in der Welthandelspolitik berücksichtigt wird, entstehen umweltpolitische Initiativen in sub-globalem Kontext; etwa die Johannesburg-Initiative von 80 gleichgesinnten Staaten zur Förderung erneuerbarer Energien. Noch ist offen, ob dies lediglich kurzfristige Reaktionen auf die Krise des Multilateralismus sind oder der Beginn einer deglobalisierten Politik – und wenn ja, wie dies im Ergebnis zu bewerten ist. _____

Anmerkungen

(1) Dirk Messner (Hg.) (1998): Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft. Bonn. Zur Kritik vgl. Ulrich Brand, Achim Brunngräber u.a. (2000): Global Governance – Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster.

(2) Frank Biermann, Udo E. Simonis (2000): Institutionelle Reform der Weltumweltpolitik? In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7: 1, S. 163-183. Mohsen Massarrat (2000): Dritte Kammern. Weniger Staat – mehr Zivilgesellschaft. Ein Schritt zur nachhaltigen Demokratie. In: Universitas, Februar 2000, S. 185-197.

(3) Walden Bello (2000): From Melbourne to Prague: The Struggle for a Deglobalised World. www.focusweb.org

(4) Franz Nuscheler (2000): Kritik der Kritik am Global Governance-Konzept. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 30/118, S. 151-156.

Ringen um die Zukunft: De-Globalisierung

Von Walden Bello

Die Einen möchten internationale Organisationen wie den Internationalen Währungsfonds oder die Welthandelsorganisation durch Reformen zähmen. Andere betrachten globale Reglements grundsätzlich mit Skepsis und plädieren für die Stärkung lokaler Strukturen. Die Dokumentation eines Rede. (1)

„Was ist Deglobalisierung? – Ich spreche nicht über einen Rückzug aus der Weltwirtschaft; ich spreche:

▫ über eine Neuorientierung unserer Volkswirtschaften: weg von der übermäßigen Exportproduktion, hin zu einer Produktion für den lokalen Markt;

▫ davon, dass wir interne finanzielle Ressourcen für Entwicklung mobilisieren sollten, anstatt uns wie bisher von Auslandsinvestitionen und ausländischen Finanzmärkten abhängig zu machen;

▫ von einer Durchführung der längst überfälligen Einkommensumverteilung und Bodenreform: Nur so können wir einen lebendigen Binnenmarkt schaffen, der ein Anker der Wirtschaft wäre;

▫ davon, weniger Wert auf Wachstum zu legen und Gleichheit zu maximieren, um das ökologische Ungleichgewicht radikal zu reduzieren;

▫ davon, strategische Wirtschaftsentscheidungen nicht dem Markt zu überlassen, sondern demokratischen Entscheidungsprozessen zu unterwerfen;

▫ von einer ständigen zivilgesellschaftlichen Überwachung des Privatsektors und des Staates;

▫ von der Schaffung eines neuen Produktions- und Tauschkomplexes, der kommunale Kooperativen, private Unternehmen und staatliche Unternehmen beinhaltet und transnationale Konzerne (TNK) ausschließt;

▫ von der Einführung des Subsidiaritätsprinzips ins Wirtschaftsleben, um Gemeinschaft zu bewahren: Das bedeutet zum Beispiel, Güterproduktion auf kommunaler und nationaler Ebene zu unterstützen, wo sie zu angemessenen Kosten möglich ist.

Wir meinen darüber hinaus eine Strategie, die die Logik des Marktes bzw. das Streben nach Kosteneffizienz bewusst den Werten Sicherheit, Gleichheit und Solidarität unterordnet. Kurz gesagt, wir sprechen von einer Wiedereingliederung des Marktes in die Gesellschaft, anstatt den Markt die Gesellschaft antreiben zu lassen.

Eine plurale Welt

De-Globalisierung oder die Wiedereinsetzung („Re-empowerment“) des Lokalen und Nationalen kann allerdings nur gelingen, wenn dieser Prozess innerhalb eines alternativen Weltwirtschaftssystems stattfindet. Wie sehen die Umrisse einer solchen Weltwirtschaftsordnung aus?

Die Antwort auf diese Frage steckt in unserer Kritik des „Bretton Woods cum WTO“-Systems als monolithisches System universeller Regeln, die von hochgradig zentralisierten Institutionen diktiert werden, um die Interessen von Konzernen – insbesondere US-Konzernen – zu befördern. Der Versuch, dieses System durch ein anderes zentralisiertes globales System von Regeln und Institutionen zu ersetzen, würde uns, auch wenn dieses neue System auf anderen Prinzipien basiert, aller Wahrscheinlichkeit nach in dieselbe Sackgasse führen, der so unterschiedliche Organisationen wie IBM, der IWF und die Sowjetstaaten zum Opfer gefallen sind: Die Unfähigkeit, Vielfalt zu tolerieren und davon zu profitieren.

Heutzutage bedarf es keiner weiteren zentralisierten globalen Institution, sondern im Gegenteil der Dekonzentration und Dezentralisierung institutioneller Macht sowie die Schaffung eines pluralistischen Systems von Institutionen und Organisationen, die im Rahmen breiter und flexibler Abkommen und auf der Basis eines gemeinsamen Grundverständnisses interagieren.

Wir reden hier nicht von etwas komplett Neuem. Denn es war unter einem solchen,



Zum Autor

Walden Bello, geb. 1945, ist Professor für Soziologie und Ökonomie an der Universität in Manila (Philippinen) und Direktor der international einflussreichen NGO Focus on the Global South. Er ist im Vorstand von Greenpeace Südostasien, vom Transnational Institute (Amsterdam) und von Food and Development Policy, Food First (Oakland). Der philippinische Aktivist gehört zu den profiliertesten Globalisierungskritikern weltweit und war einer der maßgeblichen Organisatoren des Weltsozialforums 2002 in Porto Alegre (Brasilien).

Kontakt

Focus on the Global south
c/o CUSRI, Chulalongkorn University
Bangkok 10330
Thailand
Fon ++66/(2)/2187363-65
Fax ++66/(2)/2559976
E-Mail admin@focusweb.org
www.focusweb.org

eher pluralistischen System globaler wirtschaftlicher Steuerung – als hegemoniale Macht noch weit davon entfernt war, in einer Gruppe allumfassender und mächtiger multilateraler Organisationen und Institutionen institutionalisiert zu sein – dass es einer Reihe lateinamerikanischer und asiatischer Staaten zwischen 1950 und 1970 gelang, einen bescheidenen Schritt industrieller Entwicklung zu machen. Unter einem solchen pluralistischen System, unter dem Allgemeinen Abkommen über Tarife und Handel (GATT), dessen Macht begrenzt war, das flexibler war und sensibler gegenüber den speziellen Bedürfnissen der Entwicklungsländer, konnten die Staaten Ost- und Südasiens zu neu industrialisierten Staaten (Newly Industrialising Countries, NICs) werden: All das dank einer aktiven staatlichen Handels- und Industriepolitik, die signifikant von den marktfreundlichen WTO-Regeln abwich.

Natürlich waren weder die ökonomischen Beziehungen zwischen den Staaten vor der versuchten Institutionalisierung eines weltweiten Systems freier Marktwirtschaft in den frühen 1980er-Jahren ideal, noch waren es die entstehenden Volkswirtschaften in der Dritten Welt. Aber die Situation vor 1994 unterstreicht die Tatsache, dass die Alternative zu einer ökonomischen „Pax Romana“ um das Weltbank-IWF-WTO-System nicht ein Hobbescher Naturzustand ist. Die Realität internationaler Beziehungen in einer Welt, die gekennzeichnet ist durch eine Vielzahl internationaler und regionaler Institutionen, die sich gegenseitig kontrollieren, ist weit entfernt vom propagandistischen Zerrbild einer „widerwärtigen“ und „rohen“ Welt. Natürlich ist die Bedrohung durch unilaterales Handeln der Mächtigen in einem solchen System allgegenwärtig; doch schrecken selbst die Mächtigsten davor zurück, aus Angst vor den Konsequenzen für ihre Legitimität und vor der Reaktion gegnerischer Koalitionen.

Mit anderen Worten: Entwicklungsländer und die internationale Zivilgesellschaft sollten sich nicht eine Reform der von transnationalen Konzernen geleiteten WTO und Bretton Woods Institutionen zum Ziel set-

zen, sondern, durch eine Kombination passiver und aktiver Maßnahmen, a) sie aufzulösen, b) sie zu neutralisieren (indem etwa der IWF zu einer reinen Forschungsinstitution zur Überwachung von Wechselkursen globaler Kapitalströme würde) oder c) ihre Macht radikal zu beschränken, wodurch sie zu einer Gruppe von vielen Akteuren werden, die mit anderen internationalen Organisationen, Abkommen und regionalen Gruppierungen koexistieren und durch sie kontrolliert werden. Diese Strategie würde eine Stärkung von Akteuren und Institutionen beinhalten, die so unterschiedlich und vielfältig sind wie die UN-Organisation für Handel und Entwicklung UNCTAD, multilaterale Umweltabkommen, die Internationale Arbeitsorganisation ILO, die EU sowie sich entwickelnde Handelsblöcke wie Mercosur in Lateinamerika, SAARC in Südasien, SADC im südlichen Afrika oder eine wiederbelebte ASEAN in Südostasien.

Mehr Raum, mehr Flexibilität, mehr Kompromiss – dies sollten die Ziele der Länder des Südens und der zivilgesellschaftlichen Anstrengungen für ein neues System globaler wirtschaftlicher Steuerung sein. In einer solch flexibleren, weniger strukturierten, pluralistischeren Welt, mit multiplen „Checks and Balances“, werden die Nationen und Gemeinschaften des Südens – und des Nordens – in der Lage sein, ihren Entwicklungsraum auf der Grundlage ihrer Werte, ihrer Rhythmen, und der von ihnen gewählten Strategien zu formen. [...]

Setzen wir dem arroganten globalistischen Vorhaben, aus der Welt eine synthetische Einheit individueller Atome ohne Kultur und Gemeinschaft zu machen, ein Ende. Verkünden wir stattdessen einen Internationalismus, der auf der Verschiedenheit menschlicher Gemeinschaften aufbaut und die Vielfalt des Lebens toleriert, respektiert und fördert.“

Anmerkungen

(1) Der vorliegende Text ist Teil des längeren Aufsatzes „From Melbourne to Prague: The Struggle for a De-globalized World“ (Sept. 2000). Veröffentlicht in der Artikeldatenbank von: Focus on the Global South unter www.focusweb.org. Übersetzung: Elena Futter.

Umweltpolitik im Spannungsfeld von Globalisierung und hegemonialer Weltordnung

Zwischen Baum und Borke

Von Hermann E. Ott

Ungehemmte wirtschaftliche Expansion bedroht unseren Planeten. Politische Bemühungen gegenzusteuern wirken kraftlos. Das Ausscheren der USA aus internationalen Vereinbarungen verhindert die Umsetzung kooperativer Lösungen. Kann globale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik unter diesen Voraussetzungen noch erfolgreich sein?

Die Voraussetzungen für internationale Umweltpolitik waren bereits in den 1990er-Jahren nicht rosig, auch wenn das Ende der Blockkonfrontation enorme Fortschritte in den internationalen Verhandlungen brachte. Eine Vielzahl internationaler Verträge – wie die Klimarahmenkonvention, die Biodiversitätskonvention und die Basler-Konvention über gefährliche Abfälle – wurde geschlossen. Insbesondere nach dem Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 gab es viele universelle Konferenzen zu drängenden Problemen der Weltgesellschaft (z.B. zu Ernährung, Städten, Frauen und zur Bevölkerung). Sie blieben praktisch jedoch folgenlos, denn die Abkommen erwiesen sich inhaltlich oft als ungenügend und wurden häufig nur unzureichend umgesetzt. Sie waren zahllos, weil sie keine Verfahren festschrieben, die Verpflichtungen auch durchzusetzen. Die Grenzen der globalen Zivilgesellschaft – in den 1990er-Jahren Motor und „Wachhund“ der Entwicklung – wurden schmerzhaft deutlich.

Umweltpolitik in Zeiten der Globalisierung war früh geprägt von der klaffenden Diskrepanz zwischen dem ökologisch Erforderlichen und dem realpolitisch Machbaren. Wirtschaftliche Expansion mitsamt dem Raubbau an der Natur hielt an, Unternehmen operierten weltweit und Finanztransaktionen wurden in großen Summen sekundenschnell getätigt. Die Umweltpolitik verharnte aber auf der Entwicklungsstufe schneckenähnlicher Diplomatie, in der aufgrund des Konsensprinzips die langsamste Schne-

cke das Tempo bestimmte. Höhe- bzw. Tiefpunkt dieser Entwicklung war der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im September 2002 in Johannesburg. (1) Die Konferenzteilnehmer gingen keines der entscheidenden Themen ernsthaft an. Nicht einmal die Stärkung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsinstitutionen gelang, die von Kofi Annan, Klaus Töpfer und einigen europäischen Staaten angestrebt worden war. Der größte Fortschritt war die Vermeidung größerer Rückschritte – ein Rio minus 10 ließ sich mit viel Engagement verhindern.

Weltpolitik unter neuen Vorzeichen

Dabei standen die 1990er-Jahre noch unter den Vorzeichen einer „wohlmeinenden“ Vorherrschaft der USA. Sie vertraten ihre Interessen nachdrücklich und prägten die Inhalte internationaler Vereinbarungen. Von der Klimarahmenkonvention abgesehen, ratifizierte die den Vereinten Nationen feindlich gesonnene republikanische Mehrheit im US-Senat zwar keinen der erwähnten Verträge. (2) Doch hielt sowohl die erste Bush- als auch die Clinton-Administration andere Staaten nicht davon ab, eigene Interessen zu verfolgen.

Dies hat sich nach dem 11. September 2001 schlagartig geändert. Seit jenem Tag lautet das Programm: Sicherheit durch Stärke und America First. Hegemonie, also eindeutige Vorherrschaft im 21. Jahrhundert, ist das Ziel. Erst die große Verwundung und Demütigung durch die Terroranschläge gab den imperial denkenden Mitgliedern der Re-

Langsam werden die Konturen der Weltordnung des 21. Jahrhunderts sichtbar. Nach dem Einsturz der beiden Türme des World Trade Center und den Kriegen in Afghanistan und dem Irak beginnen sich die Schleier zu heben. Die kantigen Umrisse der neuen Weltordnung können niemandem gefallen, der ein Interesse an Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik hat. Wie reagieren auf diese Entwicklung?

gierung Bush (Cheney, Rumsfeld, Wolfowitz, Perle) die Chance, ihr Programm umzusetzen. (3) Die jetzige US-Regierung und ihre zur Zeit recht extreme (Umwelt-)Politik darf zwar nicht als Maßstab künftigen Handelns gelten, doch werden die USA für die nächsten Jahrzehnte die einzige Supermacht im Weltmaßstab bleiben. Die EU oder China haben weder politische noch militärische Möglichkeiten gleichzuziehen. Auf absehbare Zeit wird deshalb jede US-Regierung von Hegemoniestreben und einseitigem Vorgehen (Unilateralismus) geprägt sein. Der Rest der Welt wird, folgt man Richard Haass, Leiter des Planungstabs im State Department, verschiedene Spielarten eines „Multilateralismus à la carte“ erleben – mit mal mehr, mal weniger Kooperationsbereitschaft.

Ein Dilemma: Die mächtigen Kräfte wirtschaftlicher Expansion fügen der Ökosphäre irreparable Schäden zu. Gleichzeitig scheint ein hegemonial angereicherter Unilateralismus der USA die Basis für kooperative Lösungen zu zerstören. Klemmt die internationale Umweltpolitik also zwischen Baum und Borke? Es gilt, sich auf die neue Situation einzustellen, um Ressourcenerstörung strategisch in den Blick zu nehmen und gleichzeitig der unipolaren Weltordnung Tribut zu zollen.

Trotz mancher Kritik an internationalen Verhandlungen ist Handeln auf internationaler Ebene unverzichtbar, da Politik in Mehrebenensystemen mit vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen dem Lokalen, dem Nationalen und dem Internationalen stattfindet. Einerseits muss auf potenziell gefährliche

internationale Entwicklungen reagiert werden, zum Beispiel auf Verhandlungen für ein multilaterales Investitionsabkommen oder Veränderungen in der Welthandelsorganisation. Andererseits ist es sinnvoll, bestimmte Anliegen international abgestimmt zu verfolgen – etwa bei grenzüberschreitenden Problemen, wie Ozon- bzw. Klimaschutz oder das Verbot des Handels mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten. Internationale Regeln sollen vermutete wirtschaftliche Nachteile einzelner Staaten vermeiden und Belastungen möglichst gleichmäßig verteilen. Denn viele Regierungen fürchten, strenge Umwelt- oder Sozialstandards könnten die Kosten für die eigenen Unternehmen verteuern und ausländische Wettbewerber bevorzugen („free riding“).

Scheitern als Chance

Die Weigerung der USA zum kooperativen Vorgehen erzwingt vermutlich eine Abkehr vom in den 1990er-Jahren herrschenden Universalismus: Bei der Lösung globaler Probleme müssen nicht alle Staaten an Bord sein. Das heißt wahrscheinlich auch, dass die Vereinten Nationen an Bedeutung verlieren werden. Andererseits kann der Zusammenschluss einer begrenzten Anzahl von Staaten in vielfältiger Weise die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik voranbringen. Die von Eurosolar vorgeschlagene Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA), auch vom Deutschen Bundestag unterstützt, könnte hier Schrittmacher sein: Es braucht nicht mehr als eine Hand voll Staaten, um eine Organisation zur Förderung der Erneuerbaren Energien aufzulegen. Die Johannesburg-Koalition zur Förderung Erneuerbarer Energien („Renewable Energy Coalition“), ein Resultat der Initiative von Kanzler Schröder auf dem Weltgipfel, könnte ein weiteres Beispiel werden – vielleicht das einzige vorzeig-



bare Ergebnis der Konferenz. Das Scheitern einer global-universellen Regelung hätte so wenigstens *eine* positive Folge, können sich doch Regierungen nicht mehr hinter der angeblich notwendigen Zustimmung anderer verstecken, um nationales Nichtstun zu entschuldigen. Die Abkehr vom Universalismus wird vielen schwer fallen, gerade den Aktiven der Zivilgesellschaft. Ein Vorreiteransatz bedeutet jedoch nicht, dass die in den letzten Jahren entwickelten Prinzipien globaler Zivilgesellschaft verworfen werden müssen. Transparenz und die möglichst weit gehende Einbeziehung der Betroffenen werden wichtige Grundregeln bleiben. Aber es muss eben nicht unbedingt jeder Staat an Verhandlungen beteiligt sein! Die Weltgemeinschaft (minus X) kann auch Bedingungen für die Teilnahme definieren – wie es das Völkerrecht ja ohnehin vorschreibt: Es muss nach Treu und Glauben (in good faith) verhandelt werden. Das Schwierigste ist dabei nicht das (Völker-)Recht, sondern die Psychologie: Lässt sich ohne bzw. gegen den größten Emittenten von Treibhausgasen ein effektives Klimaregime aufbauen? Wir werden es sehen: Die USA bekämpfen das Kyoto-Protokoll, wie auch den Internationalen Strafgerichtshof, diplomatisch und mit Hilfe bilateraler Verträge. Noch hat auch Russland das Protokoll nicht ratifiziert. Nicht nur die staatliche Ebene muss umdenken, auch die Kräfte der Zivilgesellschaft müssen sich neu formieren. (4) Denn die Ereignisse nach dem 11. September bringen auch eine „Rückkehr des Staatlichen“ mit sich, vor allem aufgrund des neuen Primats der (militärischen) Sicherheit in vielen Politikbereichen und des Rückfalls der USA in traditionelle Machtdiplomatie. (5) Verschiedene Modelle bieten sich an:

1. Das Greenpeace-Modell der Professionalisierung; ein Weg, den vielleicht Attac gehen könnte.

2. Die Formierung von Netzwerken mit hoher Verbindlichkeit, wie das erfolgreiche Climate Action Network (CAN). (6)
3. Die Bildung von Allianzen zur Unterstützung von Vorreiterinitiativen, vielleicht am besten verkörpert durch die NGO-Verbände für das Verbot von Landminen oder den Internationalen Strafgerichtshof.
4. Die Bildung „hybrider“ internationaler Organisationen gemeinsam durch Staaten und NGOs. Die Internationale Vereinigung zum Schutz der Natur (International Union for the Conservation of Nature, IUCN) hat diesen Weg eingeschlagen und Weitergehendes ist denkbar.

Es wird einiges Nachdenken erfordern, um ein Zermalmten des Umweltschutzes zwischen Globalisierung und Hegemonie zu verhindern. Unmöglich muss dies nicht sein – es gibt genügend Geschöpfe, die sich den Platz zwischen Baum und Borke zur Heimat gemacht haben. —

Anmerkungen

- (1) WEED (2002): Multilateralismus zwischen Blockadepolitik und Partnerschaftsretorik. Der Gipfel von Johannesburg – Eine Bilanz. www.weedbonn.org/unreform/joburgbilanz.htm.
- (2) Dazu gehörten etwa der Landminenvertrag, das Protokoll zur Konvention über biologische Waffen, der Vertrag über die Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofs und das Kyoto-Protokoll.
- (3) Rebuilding America's Defenses. Strategy, Forces and Resources for a New Century. A Report of the Project for the New American Century, September 2000. www.newamericancentury.org/publicationsreports.htm.
- (4) Brühl, Tanja, Debiel, Tobias u.a. (Hg.) (2001): Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess. Bonn.
- (5) The National Security Strategy of the United States of America, September 2002. www.whitehouse.gov/nsc/nss.html.
- (6) Oberthür, Sebastian, Ott, Hermann E. (2000): Das Kyoto-Protokoll. Internationale Klimapolitik für das 21. Jahrhundert. Opladen.



Wann pokern Sie am höchsten?

Privat pokere ich auch mit einem schlechten Blatt recht hoch – politisch dürfen wir dies nicht, wenn die Grundlage der menschlichen Zivilisation (wie beim Klimaschutz) auf dem Spiel steht.

Zum Autor

Hermann E. Ott, geb. 1961, ist Jurist und Politikwissenschaftler. Zur Zeit leitet er die Abteilung Klimapolitik des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Zusammen mit Sebastian Oberthür erarbeitete er einen umfassenden Kommentar zur internationalen Klimapolitik. Von November 2000 bis Juni 2001 war er für die Konzeption einer Umweltpolitik des Auswärtigen Amts zuständig.

Kontakt

Dr. Hermann E. Ott
Abteilung Klimapolitik
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt,
Energie GmbH
Döppersberg 19, D-42103 Wuppertal
Fon ++49/(0)202/2492-173
Fax ++49/(0)202/2492-250
E-Mail Hermann.Ott@wupperinst.org

Den eingeschlagenen Holzweg verlassen!

Von Ulrich Brand

Zentral bei der Lösung von globalen Umweltfragen ist, wer mit welcher Legitimation Entscheidungen trifft. Bestehende Strukturen und Institutionen bieten für soziale Bewegungen bisher wenig Raum, grundlegend Einfluss zu nehmen. Es gilt, Demokratie neu zu denken.

transnationale Managerklasse angesichts der „Herrschaft der Konzerne“? Regierungen, die von immer weniger Menschen gewählt, scheinbar nur dem „Sachzwang Weltmarkt“ nachgeben? Was heute meist Sozialabbau, wirtschaftliche Nutzung natürlicher Ressourcen und „Standortpolitik“ bedeutet. Ist Demokratie das, in dessen Namen Krieg geführt wird? Oder das, was auf WTO-Ministerkonferenzen oder Treffen zur Klimarahmenkonvention beschlossen wird? Demokratie ist nicht per se „gut“, sondern eine kritisch zu entschlüsselnde Tatsache. Auf nationaler Ebene wird sie mit einem parlamentarischen System und politischer Öffentlichkeit gleichgesetzt, international gelten Strukturen und Prozesse als legitim, wenn politische Subjekte, (oft) demokratisch gewählte Regierungen, multilateral tätig werden – meist im Rahmen der Vereinten Nationen.

Fragen der Demokratie und damit auch von *Environmental Global Governance* sind mit einer Unterscheidung anzugehen. Analytisch ist ein *realistischer* Demokratiebegriff angebracht, der fragt, inwieweit real existierende Verhältnisse demokratisch sind. Politisch ist ein *empirisches* Demokratieverständnis zu stärken, das die Gestaltungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Akteure berücksichtigt. Die meisten Beiträge des Nachhaltigkeitsdiskurses unterscheiden hier nicht, sondern halten hilflos an einem reduzierten Demokratiebegriff fest. Wenn die umweltpolitischen Institutionen mehr Gewicht hätten, so die Argu-

mentation, dann wäre für schwächere Interessen wie die der nachhaltigen Entwicklung viel erreicht.

Ein realistischer Demokratiebegriff

Die Möglichkeiten für eine „nachhaltige“ Gesellschaftsentwicklung und Naturaneignung sind nicht gut. Das hat mit Interessen, Strukturen, Diskursen zu tun – und viel mit Demokratie. Für die herrschende bürgerliche Demokratie ist ein Sachverhalt entscheidend: Formale politische Gleichheit ist eingebettet in soziale Herrschaftsverhältnisse. Historisch werden einigermaßen demokratische Verhältnisse erst in bürgerlichen Gesellschaften möglich, in denen das Politische und insbesondere der Staat relativ eigenständig sind. Soziale Herrschaft, die sich vorwiegend durch ökonomische Verhältnisse sowie geschlechts- und klassenspezifische Arbeitsteilung manifestiert, ist der dann unabhängigen (staatlichen) Politik nicht mehr grundsätzlich zugänglich.

Problematisch ist, dass dieser Zusammenhang nicht mehr präsent ist. Demokratie wird in der Regel mit politischen Institutionen und ihrem möglichst effizienten und/oder legitimen Funktionieren gleichgesetzt. Daran krankt auch die Diskussion über Global Governance. Genauso wenig wird gesehen, dass Demokratie nicht nur Entscheidungsmodus ist, sondern mit materiellen Rechten bzw. dem Ausschluss von diesen einher geht. Die Rede von Netzwerken und Partizipation ist bei den herrschenden Kräften beliebt,

— Mit den globalen sozialen Bewegungen rückt verstärkt in den Blick, was in den 1990er-Jahren allenfalls in südlichen oder mitteleuropäischen Ländern relevant war: Die Frage der Demokratie. Bisher war auf internationaler Ebene, etwa in Rio und auf anderen Weltkonferenzen, das Zauberwort weniger Demokratie, sondern – bescheidener – Partizipation. Alle Beteiligten sollten zumindest mit am Tisch sitzen, wenn auch nicht mitentscheiden. Das ändert sich langsam. Zu fragen ist: Wer trifft mit welcher Legitimation Entscheidungen? Die

weil materielle Verhältnisse – und damit die Grundlage jeder Gesellschaft und die Stellung der Einzelnen – meist ausgeblendet bleiben. Zugespitzt ausgedrückt: Soziale Rechte werden abgebaut und belanglose Runde Tische eingerichtet.

Mit Blick auf internationale Verhältnisse ist ein weiterer Aspekt wichtig: Primär dient die Demokratie nordwestlichen Zuschnitts der Absicherung wohlstandschauvinistischer Verhältnisse. Sie fördert nicht tiefgreifende „nachhaltige“ gesellschaftliche Veränderungen, sondern sichert eher Prozesse neoliberaler Globalisierung und einer Neuen Weltordnung ab. Die demokratiepolitische und -theoretische Diskussion verengt sich unter dem Druck weltweiter Standortkonkurrenz darauf, wie politische Institutionen möglichst legitim und/oder effizient zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen und negative Folgen und Krisen auffangen. Dies zu analysieren, muss jeder Diskussion um Demokratie vorausgehen.

Ein emphatischer Demokratiebegriff

Wenn es um weitreichende, emanzipative Veränderungen geht, ist Demokratie unter einer Perspektive zu denken, die politische und gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten gesellschaftlicher

Akteure berücksichtigt. Ein bewusst aufgeladenes Demokratieverständnis fragt zentral nach Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Es geht nicht nur um Legitimität oder Effizienz der jetzigen politischen Institutionen, sondern um gesellschaftliche Gestaltung. Dies hängt mit materiellen Rechten, Zurückdrängung herrschender Interessen (auch der globalen Mittelklasse) und praktischer Kritik von Herrschaft zusammen. Die italienische globalisierungskritische Gruppe *Disobbedienti* (Ungehorsame) spitzt dies zu: „Eine andere Welt ist möglich“ zu sagen, bedeutet auch den Kampf gegen jene zu führen, die uns diese andere Welt nicht aufbauen lassen.“

Ein emphatisches Demokratieverständnis verweigert sich dem Denken in Bauklötzen, die lediglich zusammenzufügen sind. Demokratie ist ein Prozess, der neben Institutionen und formalen Entscheidungsprozessen mit Ressourcen und „politischer Kultur“, Lernprozessen und Konflikten zu tun hat. Diese Auseinandersetzung ist eingebettet in Strukturen wie die erwähnte Trennung von Politik und Ökonomie bzw. einen Staat, der in sich selbst strukturelle Grenzen demokratischer Gestaltung hat. Die Herstellung demokratischer, also gerechterer, freier und – im emphatischen Sinne –

nachhaltiger Verhältnisse ist nicht eine Frage geeigneter Konzepte, sondern von Praxis und sozialer Kreativität. Dazu tragen bislang auch so schnittige alternative Begriffe wie „De-Globalisierung“ wenig bei – aber sie öffnen Denk- und Handlungsräume.

Globalisierte Nachhaltigkeit?

Die dominante Sichtweise der Diskussion um Nachhaltigkeit unterstellt, dass der (ökonomische) Globalisierungsprozess unumkehrbar und, da er Krisen erzeuge, „politisch zu gestalten“ sei. Nachhaltige Entwicklung sei dennoch eine win-win-win-Situation: Wenn alle wollen, gewinnen Mächtige, Schwache und die Natur. Nicht nur der Nachhaltigkeitsbegriff, sondern auch Institutionen, die zunehmend zur Ökonomisierung und Privatisierung der Natur beitragen, werden unkritisch gesehen.

Die große weltweite Veränderung sozialer Machtverhältnisse, ist kaum mehr Thema. Globale Nachhaltigkeitspolitik, wie 1992 in Rio konzipiert und seitdem praktiziert, delegitierte grundsätzliche Kritik und den Verweis auf nicht-nachhaltige Interessen von Konzernen und Wirtschaftsministerien mit dem Argument, dafür sei keine Zeit. Der Sieg der Technokraten trug zur Entpolisierung

HEINRICH BÖLL STIFTUNG



ZUR LAGE DER WELT 2003

Hrsg. vom Worldwatch Institute
in Zusammenarbeit mit
Heinrich-Böll-Stiftung
und GERMANWATCH
Verlag Westfälisches Dampfboot
Münster 2003, 324 Seiten, 19,90 EUR
ISBN 3-89691-537-1

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe,
Rosenthaler Str. 40/41,
10178 Berlin

Telefon 030.285 34 -0
Fax 030.285 34-109
Email info@boell.de
www.boell.de

Die neue englisch- und spanischsprachige Website der Heinrich-Böll-Stiftung zur Konferenz der Welt-handelsorganisation WTO im mexikanischen Cancún im September 2003 finden Sie unter:

www.cancun2003.org

Sie bietet Informationen zur Entwicklung der WTO, der September-Konferenz in Cancún, zu Positionen der WTO, der Industrieländer, der Länder des Südens und zivilgesellschaftlicher Akteure.

Mehr zum Thema „Globalisierung und ökologische Nachhaltigkeit“ finden Sie unter:

www.boell.de/globalisierung.



Ich pokere am höchsten ...

wenn ich mich über Macht lustig mache, ahnend dass es wenig bringt, hoffend dass es delegitimieren. Und dabei gibt es wenig Halt, weil die

Pokerregeln so bescheuert sind. Oder wie die mexikanischen Zapatisten sagen: preguntando caminamos (fragend gehen wir voran).

Zum Autor

Ulrich Brand, geb. 1967, ist Politologe und arbeitet als wiss. Assistent an der Universität Kassel im Fachgebiet „Globalisierung und Politik“. Schwerpunkte seiner Arbeit sind u.a. Global Governance und internationale sowie Umweltpolitik. Politisch ist er im Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) sowie im wiss. Beirat von Attac-Deutschland aktiv.

Kontakt

Dr. Ulrich Brand
Universität Kassel
Fachbereich 5, Gesellschaftswissenschaften
D-34109 Kassel
Fon ++49/(0)561/804-3122, Fax -3464
E-Mail ulibrand@uni-kassel.de

bei. Die ständig betonte Komplexität der Situation führte zu paternalistischen Vorgaben über eine „nachhaltige Welt“. Konkrete Lern- und Erfahrungsprozesse, das Elixier von Demokratie, sowie alternative Praxen hatten es schwer. Viele Nichtregierungsorganisationen akzeptierten diesen „Diskurs der Komplexität“. Für Christoph Görg und mich ist er dagegen einer der „Mythen globalen Umweltmanagements“.

Machtstrukturen ändern

Die Diskussion um *Environmental Global Governance* ist auf dem Holzweg, wenn sie nur versucht, über Expertise, gute Argumente oder Katastrophenszenarien international die Umweltsysteme gegenüber den Wirtschaftsapparaten zu stärken. Legitimation erwächst scheinbar aus der Effizienz von Institutionen. Erstens ist der Begriff Effizienz hochgradig umstritten. Der WTO-Generalsekretär dürfte hier anderes verstehen als eine landlose Bäuerin oder eine engagierte Mitarbeiterin im Umweltministerium. Zweitens fördern zunehmend internationale Umweltsysteme eher die Privatisierung von und den nicht-nachhaltigen Umgang mit Natur. Drittens ist das jetzige internationale System das Problem, denn hier bilden sich Strukturen heraus, die Unternehmens- und „Nord“-Interessen bevorzugen.

Wenn Demokratie damit zu tun hat, wo gesellschaftliche Gruppen ihre Interessen formulieren und um Kompromisse sowie deren Institutionalisierung kämpfen, sieht es auf internationaler Ebene besonders schlecht aus. Von einer eigenständigen, kritischen Öffentlichkeit ganz zu schweigen. Öffentlichkeit der „Weltgesellschaft“ wird über das Murdoch-Imperium und CNN hergestellt.

Das ist kein Argument für Pessimismus, sondern dafür, nicht zu schnell auf bestehenden Institutionen zu vertrauen, in denen „man“ vielleicht als Expertin mitmischen kann. Es ist notwendig, nach Gestaltungsräumen aller gesellschaftlicher Gruppen im lokalen, nationalen sowie im komplexen internationalen Rahmen zu fragen.

Eine Analyse gegenwärtiger Verhältnisse muss den *emphatischen* Begriff und den neugierigen Blick auf aktuelle Auseinandersetzungen verbinden. Auch wenn Vieles am Anfang steht, ist eines sicher: Nicht die Einsicht aufgeklärter Eliten treibt demokratische Prozesse voran, sondern vielerorts geführte, soziale Auseinandersetzungen – etwa in staatlichen Institutionen, der Öffentlichkeit, der Wissenschaft und gegen die dramatische politische Verblödung im „Alltag“. Gerade sie ist beste Voraussetzung für das, was in den USA beklemmend ist und sich in Lateinamerika nach Jahren der „Re-Demokratisierung“ restringierte Demokratie nennt.

Eine nachhaltige Entwicklung, die sich gegen bestehende Machtverhältnisse und dominante gesellschaftliche Orientierungen stellt, könnte den Blick für tiefgreifende Fehlentwicklungen schärfen, eine Diskussion weltweiter Gerechtigkeit fördern, schwächere gesellschaftliche Gruppen stärken, Denk- und Handlungsräume öffnen und Gesellschaft in Lern- und Erfahrungsprozessen verändern. —

Literatur

Ulrich Brand, Christoph Görg (Hg.) (2002): *Mythen globalen Umweltmanagements „Rio +10“ und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“*. Münster. Im September erscheint: Ulrich Brand, Christoph Görg: *Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates*. Münster

III. RIO MEETS SEATTLE

Spätestens seit 1992 fehlen die Vertreter einer professionalisierten Umweltbewegung auf keiner Weltkonferenz. Sie überzeugen in den Korridoren und suchen die Zusammenarbeit mit den Regierenden. Draußen vor den Türen marschiert seit der gescheiterten WTO-Ministerkonferenz von 1999 die globalisierungskritische Bewegung. Sie blockiert, konfrontiert und verlangt mit bunten Aktionen ein grundsätzliches Umdenken. Haben sich diese beiden Bewegungen etwas zu sagen? Was können sie voneinander lernen? Und sind sie gemeinsam vielleicht sogar stärker als allein?



Zwei Bewegungen, ein Anliegen

Von Angela Oels und Tobias Döppe

Während sich die einen längst in der politischen Landschaft etabliert haben, sind die anderen eine noch junge Bewegung, die lautstark Grundsatzfragen stellt und Alternativen denkt. Was verbindet, was trennt Umweltbewegte und Globalisierungskritiker? Vier Thesen.

Wir befinden uns auf einer gemeinsamen Aktion von Jugendlichen aus Umweltverbänden, globalisierungskritischer Bewegung und den Gewerkschaften. Sie wollen über die kaum bekannten GATS-Verhandlungen aufklären.

Vielversprechende Kooperationen zwischen den Bewegungen gibt es also bereits, wenn auch nur punktuell. Und hinsichtlich Kreativität, der Einsicht, gemeinsam mehr bewegen zu können und dem Bestreben, Synergien zu finden, machen die Jungen den Alten durchaus etwas vor. Was können beide Bewegungen voneinander lernen? Welches Potenzial bietet eine punktuelle oder umfassende Zusammenarbeit beider Bewegungen? Wir wollen mit provokanten Thesen zum Nachdenken anregen und die unserer Meinung nach lange vernachlässigten Diskussionen (wieder) antoßen.

Radikale Kritik ist notwendig

Der Umweltbewegung sind auf ihrem erfolgreichen Marsch durch die Institutionen zentrale Themen verloren gegangen. Diese greift die globalisierungskritische Bewegung heute wieder auf.

Es mutet fast wie ein Treppenwitz der Geschichte an, dass Joschka Fischer die neue Bewegung mit der Bemerkung „abgestandener Antikapitalismus“ abkanzelte. Tatsächlich decken sich viele Inhalte der globalisierungskritischen Bewegung mit jenen aus der Gründungszeit der Umweltbewegung. Damals wurde die ökologische Krise als Ausdruck ei-

ner grundlegenden gesellschaftlichen Krise verstanden, die sich beispielsweise in der Ausbeutung der Dritten Welt und der Diskriminierung von Frauen ausdrückte. Deswegen übte die Umweltbewegung einst fundamentale Kritik am industriellen Kapitalismus, der die Natur zum Ressourcenlager und zur Schadstoffdeponie degradiert. Auch seine einseitige Wissenschafts- und Technikgläubigkeit war den Umweltschützern ein Dorn im Auge. Nirgendwo wird dies deutlicher als in den „Grenzen des Wachstums“ (1972) des Club of Rome, der die Unvereinbarkeit eines Wirtschaftssystems, das auf exponentiellem Wachstum beruht, mit der inneren Logik des ökologischen Systems herausarbeitete. Die konsequente Forderung lautete: Wirtschaftswachstum nur dann, wenn es sich vom Naturverbrauch entkoppeln lässt.

Neben der Gesellschaftskritik wollte die Umweltbewegung Freiräume schaffen: Freiräume für soziale und ökonomische Experimente und Freiräume für alternative Lebensformen auf der Basis emanzipatorischer Prinzipien. Das Motto hätte durchaus „Eine andere Welt ist möglich!“ lauten können. Es ging also auch um einen Werte- und Kulturwandel, weg von der Konsumorientierung hin zu einer an tieferen Werten ausgerichteten Lebensgestaltung: Gut leben statt viel haben! Diese Vision kam aus der Einsicht, dass technische Innovationen alleine nicht ausreichen; sondern der Konsum auf das Notwendige und das Sinnvolle zu reduzieren sei, was letztlich auch gesellschaftlich ausgehandelt werden muss.

— Berlin-Alexanderplatz, 13. März 2003: Passanten reiben sich verdutzt die Augen. Aus einer schwarzen Limousine steigen adrett gekleidete junge Männer und Frauen und betreten eine Bühne. Sie sind Diplomaten der komplett privatisierten Republik Monetarien™ und preisen die Produkte ihres Landes an. Unter anderem die Luft der BEFAG (Berliner Frischluft-AG), ein Kessenschlager in Smog-Zeiten: Reiner Sauerstoff kostet ein kleines Vermögen, verpestete Rush-Hour-Luft gibt es im Sonderangebot. Und sie stellen schamlose Forderungen an die EU, um ihren Markt zu gründen durchzusetzen.

QUERDENKER SEMINARE



Nachhaltigkeit beginnt im Kopf

Trainieren Sie Ihre Zukunftskompetenz im Seminar **"Nachhaltiges Denken lernen"** von **TuWas**. Mit Computersimulationsspielen, Wahrnehmungs- und Denkübungen, Informationsbausteinen und einem spezifischen Kommunikationstraining lernen Sie erfahrungsorientiert, sich in komplexen Situationen und vernetzten Systemen sicher zu fühlen und handlungsfähig zu sein.

- **Fish Banks:** Steuern Sie Ihr Fischereiuunternehmen im sicheren Bereich zwischen Ökonomie und Ökologie!
- **STRATAGEM:** Regieren Sie ein Entwicklungsland und bringen Sie es auf den Pfad der Nachhaltigkeit!

Nehmen Sie die Herausforderung an!

Die nächsten Termine:
24./25. Oktober in Mitwitz
28./29. November in München
16./17. Januar in Benediktbeuern
13./14. Februar in Mitwitz

Gefördert durch das bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Referat Umweltbildung).

Holen Sie sich hier nähere Infos:



Bundesverband
TuWas e.V.
Waltherstr.29
D-80337 München
Fon 089-59 94 67 70
Fax 089-54 41 84 49
info@tuwas.net
www.tuwas.net

Es ist offensichtlich, dass diese beiden zentralen Themen – die grundsätzliche Kritik und der emanzipatorische Wertewandel – der Umweltbewegung bei ihrem erfolgreichen Marsch durch die Institutionen verloren gegangen sind. Gleichwohl sind die Probleme nicht gelöst: Die ökologische Krise hat sich – von kosmetischen Änderungen abgesehen – im Gegenteil verschärft. In den zehn Jahren nach dem Erdgipfel in Rio ist die Kluft zwischen Arm und Reich weiter angewachsen. Noch heute geht das Wachstum des Bruttosozialprodukts in den Industrieländern mit fortschreitender Umweltzerstörung (z.B. Treibhausgasemissionen) einher.

Nachhaltig handzahn?

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung hat den Umweltdiskurs entscheidend umstrukturiert, von jeglicher Kultur- und Kapitalismuskritik entleert und ihn somit salonfähig für den gesellschaftlichen Mainstream gemacht.

Zentral war dabei das Postulat der nachhaltigen Entwicklung, dass Umweltschutz und Wirtschaftswachstum keinen Gegensatz darstellen. Nachhaltige Entwicklung basiert auf einem Politikverständnis, das den herrschaftsfreien Diskurs zwischen „Partnern“ idealisiert. Das Ergebnis sind wohlklingende Absichtserklärungen, die den Status Quo größtenteils unangetastet lassen. Schlimmer noch, die Gesprächsrunden berauben die Umweltbewegung eines ihrer wichtigsten Machtmittel, die Mobilisierung

von öffentlichem Protest. Protest kann von „Partnern“ schnell als Vertrauensbruch und mangelnde Fähigkeit zur Kooperation angeprangert werden. Schließlich bleibt zu fragen, inwiefern die fortschreitende Professionalisierung und Institutionalisierung in Verbänden und Parteien den Verlust der Gesellschaftskritik mitverursacht hat. Aus kurzfristiger Perspektive und durch vermeintliche Sachzwänge gebotene Kompromisse haben dazu geführt, dass die Substanz in Mitleidenschaft gezogen ist. Parallel dazu ist der Umweltbewegung die Massenbasis weggebrochen. Diese beiden Prozesse haben sich gegenseitig bedingt und verstärkt.

Neoliberale Politik entlarven

Die derzeitige neoliberale Restrukturierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik hat die Rahmenbedingungen für Umweltpolitik dramatisch verändert.

Die professionalisierte Umweltbewegung von heute muss auf diesen veränderten Rahmen mit einer strategischen Neuorientierung reagieren. Die Verwertungslogik des Marktes durchdringt immer neue Bereiche: geografisch durch die von der Welthandelsorganisation beförderte Öffnung neuer Märkte, aber auch durch die Ökonomisierung weiterer Teile menschlichen Lebens.

Im Rahmen der Privatisierung besteht die Gefahr, dass der vormals öffentliche, also universelle Zugang zu Dienstleistungen oder öffentlichen Räumen nicht länger gewährt, sondern nur zahlungs-



Am höchsten pokere ich...

a) beim Doppelkopfspielen und beim Segeln auf der Ostsee.

b) wenn ich alles verloren hätte, aus Verzweiflung, wenn

ich alles besäße, aus Spielsucht. So aber kann ich Gefühle riskieren, solange nicht auch das zum Casinochip geworden ist.

Zu den Autoren

a) Angela Oels, geb. 1972, ist wiss. Assistentin für Internationale Politik am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg. Forschungsschwerpunkt: Internationale Handels- und Umweltpolitik. Sie ist Vorstandsmitglied im Arbeitskreis Umweltpolitik/Global Change der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) und im Projektbeirat des Kurs ZukunftsPiloten, dem Nachwuchsförderprogramm des Deutschen Naturschutzringes (DNR).

b) Tobias Döppe, geb. 1976, beendet derzeit sein Politologie-Studium an der FU Berlin. Er ist im Koordinierungskreis der Attac-AG Globalisierung und Ökologie aktiv und Gründungsmitglied von Sprungbrett e.V., der Trainings zum erfolgreichen politischen Engagement durchführt. Mitarbeit beim Sustainable Europe Research Institute Wien (SERI) zum Thema Nachhaltigkeit und Welthandel.

Kontakt

Dr. Angela Oels
Institut für Politische Wissenschaft
Universität Hamburg
Allende-Platz 1
D-20146 Hamburg
Fon ++49/(0)40/42838-4660, Fax -3534
E-Mail mail@angelaels.de

Tobias Döppe
Gotenstr. 20
D-10829 Berlin
Fon ++49/(0)30/7871-7711
E-Mail tobias.doeppe@sprungbrett.org

kräftiger Kundschaft vorbehalten ist. Ein zentrales Prinzip des Neoliberalismuskurses ist es, Verantwortung von der Gesellschaft auf den Einzelnen umzuverteilen. Arbeitslose sind faul, Kranke haben nicht genug Vorsorge betrieben. Sie haben kein Anrecht auf unsere Solidarität, sondern haben ihre Lage selbst mit verschuldet. Der Neoliberalismuskurs legitimiert die heutigen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse und den Rückzug des Staates von sozialen Aufgaben.

An anderer Stelle zeigt der Staat hingegen Zähne: Um die innere Sicherheit und die nationalen Interessen zu gewährleisten, kommen zunehmend militärische Mittel zum Einsatz. Hier droht ein Missbrauch des Umweltdiskurses für außenpolitische Ziele: Ökologische Krisen spielen in neueren Bedrohungsszenarien der US-Militärs und der NATO eine immer stärkere Rolle. Jedoch geht es dabei weniger darum, Ursachen ökologischer Probleme zu beseitigen, sondern knapper werdende Ressourcen durch den ökologisch gerechtfertigten Krieg zu sichern. Hier zeichnet sich eine unheilvolle Allianz aus ökonomischem Neoliberalismus und außenpolitischem Neorealismus ab. Umwelt- und globalisierungskritische Bewegung sollten sich dem gemeinsam entgegenstellen.

**Umwelt und Globalisierung
zusammen denken**

Eine Zusammenarbeit von globalisierungskritischer Bewegung und Umweltbewegung bietet die Chance, zeitge-

mäßige Antworten auf die derzeitigen gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen zu formulieren.

Der neoliberale Umbau der Gesellschaft muss Ausgangspunkt der strategischen Neuausrichtung beider Bewegungen sein. Die Umweltbewegung sollte ihre Hinwendung zu Marktlösungen kritisch überprüfen und sicher stellen, dass sie nicht im Namen der Kosteneffizienz neuen Verteilungsungerechtigkeiten Vorschub leistet. Hier kann die Debatte um Umweltgerechtigkeit (Environmental Justice) zielführend sein.

Die globalisierungskritische Bewegung hingegen sollte sich verstärkt mit dem Thema der ökologischen Grenzen des Wachstums befassen und Fragen der Privatisierung von Umweltressourcen wie Wasser und Saatgut aufgreifen. An diesen existentiellen Umweltgütern lassen sich die Gefahren eines nicht mehr öffentlichen sondern privatisierten Zugangs exemplarisch verdeutlichen. —

Anmerkung

(1) Keil, Roger (2003): Scaling Discourse Analysis: Globalizing Cities, Urban Sustainability and Urban Environmental Justice. Paper presented at the 2003 Conference „Does Discourse Matter? Discourse, Power and Institutions in the Sustainability Transition“, 11.13.07.2003, Hamburg.
Kontakt: rkeil@yorku.ca.

Massenproteste als Schlüssel zur Macht



Von Felix Kolb

Die Zivilgesellschaft hat die Kraft, politische Veränderungen durchzusetzen. Dafür brauchen ihre Vertreter jedoch einen langen Atem. Entscheidend ist, wo der Druck ansetzt. Die Taktik der Globalisierungskritiker kann auch der Umweltbewegung neue Impulse geben.

Soziale Bewegungen sind der Motor gesellschaftlichen und politischen Wandels. Das bedeutet aber nicht, dass ihre Geschichte eine durchgängige Erfolgsstory ist. Auch wenn soziale Bewegungen gelegentlich schnelle und spektakuläre Erfolge erzielen, scheitern sie mindestens ebenso oft beim Erreichen ihrer Ziele. Trotzdem ist es ein tragischer und doch verbreiteter Trugschluss, dies als unabänderliche Tatsache zu begreifen. Obwohl politische und ökonomische Eliten auf viel größere Machtressourcen als soziale Bewegungen zurückgreifen können, verfügen Bewegungen über ein erhebliches Potenzial, ihren politischen Einfluss zu vergrößern. Um dies zu demonstrieren, vergleiche ich die politischen Strategien der Umwelt- und der globalisierungskritischen Bewegung. Grundlage für die Analyse ist ein theoretisches Modell der politischen Auswirkungen sozialer Bewe-

gungen – genannt Movement Action Success Strategy (MASS) – das im Rahmen der Bewegungstiftung und des Kurs ZukunftsPiloten entwickelt wird. (1) Es ist sinnvoll, sich zentrale Unterschiede beider Bewegungen bewusst zu machen. Die Umweltbewegung – in ihrer heutigen Form in den 1970er-Jahren entstanden – ist mittlerweile von großen Mitgliederverbänden dominiert. Lokale und überwiegend ehrenamtlich arbeitende Bürgerinitiativen spielen nur noch innerhalb der Anti-Atom-Bewegung eine bedeutsame Rolle. Die großen Umweltverbände wie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Greenpeace oder der Naturschutzbund Deutschland (NABU) verfügen jeweils über mehrere hunderttausend Mitglieder, Millionen-Etats und eine dreistellige Zahl von Hauptamtlichen. In ihrer programmatischen Ausrichtung unterscheiden sich die Großen nur in Nuancen. Zu



Rio meets Seattle

einer inhaltlich sinnvollen Arbeitsteilung kommt es aber trotzdem nur in Ausnahmefällen, weil organisationsinterne Interessen über denen einer schlagkräftigen Umweltbewegung stehen.

Die globalisierungskritische Bewegung ist gut zwei Jahrzehnte jünger und deshalb in ihren internen Strukturen noch wesentlich stärker „in Bewegung“. Diese Bewegung wird in Deutschland häufig zu unrecht mit Attac gleichgesetzt. Allerdings umfasst Attac Deutschland – von der Presse gerne und nicht ganz unzutreffend als Dachverband der Globalisierungskritiker bezeichnet – fast alle relevanten Organisationen. Gruppen wie die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) oder Weltweite Aktion gegen „Frei“handel (Peoples' Global Action), die Attac für seine reformistischen Positionen kritisieren, stellen zwar sicher, dass interne Debatten über die Radikalität von Attac-Positionen nicht zum Erliegen kommen. Sie sind aber für die gesellschaftspolitische Debatte über Globalisierung weitgehend unbedeutend.

Chancen nutzen...

Die Erfolgchance einer sozialen Bewegung hängt nicht nur von kurzfristigen politischen Strategien und Stärken ab, sondern ist durch den allgemeinen politischen Kontext umrissen, in dem sie agiert. Hierzu gehören etwa die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung, die Stärke politischer Gegner und dominierende Themen im öffentlichen Diskurs. Unabhängig davon weisen etablierte politische, gesellschaftliche und ökonomische Arrangements in der Regel extreme Beharrungskräfte auf. Diese beschränken die Geschwindigkeit, die Tiefe und den Umfang von Veränderungen enorm. Das Scheitern der rot-grünen Bundesregierung, einen raschen und ihren Namen verdienenden Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie zu erreichen, ist nur eines von vielen aktuellen

Beispielen. Dass es trotzdem immer wieder zu raschen, einschneidenden und weitreichenden politischen Veränderungen kommt, liegt im sporadischen Erscheinen von so genannten Reformfenstern (windows for reform). Öffnet sich ein solches Fenster, sind die gängigen Mechanismen der Beharrung kurzfristig außer Kraft gesetzt. Reformfenster können durch das Auftreten von politischen Krisen und/oder durch einen überraschend klaren Wahlausgang entstehen. Beides kann einer Regierung ein besonderes Mandat für weitreichende Reformen verleihen.

Bis zum Sommer 2001 bekam die globalisierungskritische Bewegung in Deutschland kaum öffentliche Aufmerksamkeit und entsprechend war auch Globalisierungskritik ein Nischenthema. Beides änderte sich binnen weniger Wochen. Im Juni 2001 demonstrierten 25.000 Menschen gegen den EU-Gipfel in Göteborg und einen Monat später gingen mehr als 250.000 gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Genua auf die Straße. Die teilweise gewalttätigen Proteste, aber vor allem die Gewaltexzesse der italienischen Polizei, die in der Erschiebung eines Demonstranten gipfelten, erzeugten mitten im Sommerloch eine politische Krisensituation.

Attac Deutschland verstand es, dieses Fenster zu nutzen und lenkte das öffentliche Interesse weg von der Gewalt und hin zur Kritik an den katastrophalen Auswirkungen neoliberaler Globalisierung. Innerhalb weniger Wochen gelang es, die zuvor nur in Expertenkreisen bekannte Tobinsteuer auf die höchsten Ebenen der politischen Agenda zu bringen und die rot-grüne Bundesregierung unter Zugzwang zu setzen. Die Ereignisse des 11. September durchbrachen jäh die Entwicklung. Attac ließ sich jedoch nicht in die Defensive drängen, sondern verstand es, das Ende globaler ökonomischer Ungerechtigkeiten als wichtigen

Bestandteil jeder wirkungsvollen Strategie der Terrorismusbekämpfung im öffentlichen Diskurs zu integrieren.

Ungefähr ein Jahr später hat die deutsche Umweltbewegung demonstriert, dass sie weit weniger fähig und in der Lage ist, Reformfenster zu erkennen oder gar zu nutzen. (2) Bereits im Sommer 2002 war deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen eine Invasion des Iraks durch die USA ablehnt, weil sie diese als einen „Krieg für Öl“ und nicht als Teil des „Kriegs gegen den Terror“ betrachtet. Der überraschende – wenn auch knappe – rot-grüne Wahlsieg hat das politische Potenzial dieser Überzeugung eindrucksvoll belegt.

...nicht vergessen

Es wäre für die Umweltbewegung nach der Bundestagswahl ein Leichtes gewesen, von dieser Situation politisch zu profitieren. In der überwältigenden Ablehnung des Irakkrieges lag die großartige Chance, die Akzeptanz der Energiewende aber vor allem der Ökosteur durch die Verbindung zum drohenden Krieg zu erhöhen. Unter den großen deutschen Umweltverbänden hat lediglich Greenpeace die Zeichen der Zeit erkannt und sich mit spektakulären Aktionen als Teil der Friedensbewegung positioniert. Die Verbindung zur Energiewende stellte jedoch auch Greenpeace nicht her. Zumindest EUROSOLAR hat im Frühjahr 2003 die Chance genutzt und ihren Aufruf „Frieden durch Sonnenenergie statt Krieg um Erdöl“ in zahlreichen großen Zeitungen veröffentlicht.

Leider ist die Unfähigkeit, politische Chancen zu erkennen kein Einzelfall: Während der Debatte um die Agenda 2010 haben es die Umweltverbände versäumt, als Alternative den massiven Abbau von umweltschädlichen Subventionen und die Erhöhung der Ökosteur offensiv in die öffentliche Debatte einzubringen.

Politikprozesse beeinflussen

Selbst wenn ein Reformfenster den Raum für politische Veränderung schafft, vollzieht sich diese nicht auf einen Schlag, sondern in einem langwierigen, vierteiligen Prozess: Im ersten Schritt muss ein Thema als politisch lösbar betrachtet und auf die politische Agenda gesetzt werden. Im zweiten Schritt sind in Ministerien und Parlamentsausschüssen konkurrierende Alternativen zu diskutieren und auszuwählen, wie das Problem zu beheben ist. Im dritten Schritt kommt es schließlich zu Beschlüssen. Diese setzt im vierten Schritt die Verwaltung um, sodass sie gesellschaftlich wirksam werden.

Soziale Bewegungen müssen jeden dieser vier Teilprozesse beeinflussen, um einen maximalen Erfolg zu erzielen. In al-

ler Regel sind sie sehr erfolgreich darin, gesellschaftliche Missstände bekannt zu machen und auf die politische Agenda zu setzen. Hierfür sind Themen wie Umweltzerstörung und negative Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung offensichtliche Beispiele. Wenn Parteien und Regierungen ihre Rhetorik übernehmen, aber keine wirkungsvollen Politiken zur Lösung der Probleme verabschieden und umsetzen, wird dieser Erfolg oft zum Problem. Anhand der globalisierungskritischen Bewegung lässt sich dieser Prozess, den die Umweltbewegung bereits vor mehr als zwanzig Jahren durchlaufen hat, gut aufzeigen.

Strategisch entscheiden

Nach Genua hat sich Globalisierungskritik von einem Nischenthema zu ei-

ner der zentralen politischen Themen entwickelt. Dieser politische Fortschritt ist für die globalisierungskritische Bewegung jedoch kein Grund zum Jubeln. Denn während der breiten Öffentlichkeit suggeriert wird, die Politik habe alles im Griff, wächst die Kluft zwischen dem Reden und Handeln von Regierungen und Politikern. Für die globalisierungskritische Bewegung wird diese Politik des Scheins zum Problem, da ein neuer Legitimationsdruck entsteht. Wofür Proteste – wofür Attac, wenn viele Forderungen der Bewegung scheinbar Regierungspolitik geworden sind? Die globalisierungskritische Bewegung hat zwei Möglichkeiten auf diese Herausforderung zu reagieren. Sie könnte zum einen anfangen, ihre politische Rhetorik zu radikalisieren. Indem sie neue

»ES MUSS SICH ENDLICH ETWAS ÄNDERN!«



LESEPROBE UND MEHR
FINDEN SIE AUF
WWW.CAMPUS.DE

ARMUT, ÖKOLOGISCHE KRISEN UND KRIEGE sind die Herausforderungen unserer Zeit. Basierend auf seiner jahrelangen Erfahrung in der internationalen Politik drängt Michail Gorbatschow in seinem neuen Buch darauf, sie nicht weiter isoliert voneinander zu betrachten.

SEIT MEHR ALS EINEM JAHRZEHT widmet Gorbatschow sein Engagement dem Schutz der Erde. Er gründete die Organisation »Green Cross Internationale«, die sich in über 30 Ländern für Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit einsetzt. In seinem *Manifest für die Erde* fordert er die Stärkung der UNO und Reformen von Weltbank, Welthandelsorganisation und dem IWF. Neben die Menschenrechts-Deklaration und die UN-Charta setzt er dabei eine ökologisch ausgerichtete »Erd-Charta«, denn die Umweltpolitik wird in Zukunft der wichtigste Teil der Weltpolitik sein.

160 Seiten · Geb. · € 17,90

campus
Frankfurt / New York



Ich pokere am höchsten...
wenn für mich sehr viel auf dem Spiel steht.

Zum Autor

Felix Kolb, geb. 1973, ist Diplom-Politologe. Bis Juli 2002 war er Pressesprecher von Attac Deutschland. Er ist Mitinitiator der Bewegungstiftung und Trainer beim Kurs Zukunftspiloten des Deutschen Naturschutzbundes (DNR). Zur Zeit schreibt der Stipendiat der Studienstiftung seine Doktorarbeit zu den politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen.

Kontakt

Felix Kolb
Alte Reihe 16
D-27313 Doerwerden
Fon ++49/(0)4234/943192, Fax -91
E-Mail f.kolb@oekozentrums.org

Forderungen aufstellt, die soweit weg sind von dem, was die Öffentlichkeit als machbar und sinnvoll erachtet, dass keine Gefahr der Vereinnahmung mehr besteht. Inhaltlich mag es gute Gründe für diesen Schritt geben, politisch aber bugsiert er die Globalisierungskritiker auf ein Abstellgleis. Der Erfolg von Attac basiert stark auf der Konzentration auf konkrete, pragmatische und einleuchtende Forderungen, die Menschen mit verschiedenen weltanschaulichen und politischen Überzeugungen teilen. Deshalb würde die Radikalisierung der politischen Rhetorik mittelfristig mit einem massiven Verlust von öffentlicher Unterstützung und Bündnispartnern einhergehen.

Zum anderen könnte die globalisierungskritische Bewegung aber von der Umweltbewegung lernen und einen anderen Weg wählen. Sie könnte ihre Energie darauf konzentrieren, die Kluft zwischen Rhetorik und Handeln der politischen Eliten öffentlich zu machen und den Finger in die Wunde legen. So lange, bis es für die politischen Eliten keine Wahl mehr gibt, als den Reden auch Reformen folgen zu lassen, um sich nicht öffentlich der Lächerlichkeit preiszugeben.

Massenproteste nutzen

Diese Entscheidung erfordert es, die Öffentlichkeit nicht nur davon zu überzeugen, dass sich bislang noch nichts zum Guten gewendet hat. Einzelne Forderungen – wie die nach der Tobinsteuer, der Schließung von Steueroasen, der Schuldenstreichung – müssen so bekannt sein, dass wir die Politik auf Antworten für die Probleme neoliberaler Globalisierung festnageln können. Das bedeutet: Wegkommen vom kurzlebigen Aktionismus, und wie die Umweltbewegung im Falle der Ökosteuer langfristige Kam-

pagnen entwickeln und durchführen. Diese Umorientierung beinhaltet aber nicht, es der Umweltbewegung gleich zu tun und den Protest und zivilen Ungehorsam als Aktionsformen weitgehend aufzugeben. (3)

Die Umweltbewegung hat verdrängt, dass es in der Politik konfligierende Interessen gibt, die sich nicht durch Konsensrunden auflösen lassen. Auch gute Ideen lassen sich nur durchsetzen, wenn sie von machtvollen Akteuren gestützt werden. Die Fähigkeit Massenprotest organisieren zu können, ist der Schlüssel zu politischer Macht für soziale Bewegungen. Protest, Expertise, Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying sind keine sich gegenseitig ausschließende Strategien. Es kommt darauf an, zu verstehen, dass nur eine Kombination dieser Strategien Einfluss auf alle Stufen des politischen Prozesses sichert. _____

Anmerkungen

- (1) Kolb, Felix (2002): Soziale Bewegungen und politischer Wandel. Studienbrief des Weiterbildungsprogramms Kurs Zukunftspiloten. Bonn. Zum Kurs Zukunftspiloten vgl.: Impulse, S. 65.
- (2) Grobe, Rasmus, Kolb, Felix (2003): Kein Öl, kein Krieg. In: taz. Die Tageszeitung (vom 11.2.2003), S.12.
- (3) Kolb, Felix (1996): Zurück zum zivilen Ungehorsam. In: politische ökologie⁴⁹ (1996), S. 67-68.

Die globalisierungskritische Bewegung aus der Innensicht

Ökonomische Alphabetisierung als Ziel

Von Elmar Altvater

Die neoliberale Globalisierung legt ein ungeheures Tempo vor und schafft dadurch Fakten. Soziale Bewegungen müssen darauf ebenso schnell Antworten finden. Attac Deutschland setzt mit Erfolg auf radikale Kritik und eine breite Basisbewegung.



Die Geschichte der globalisierungskritischen Bewegung ist jung. Sie kann schließlich nicht älter sein als die Globalisierung selbst. Davon ist die Rede, seit die Sowjetunion im schwarzen Loch des historischen Vergessens verschwand. Jede Alternative zum siegreichen westlichen Kapitalismus mit Freihandel, formaler Demokratie und Pluralismus bekam den Stempel des Unrealistischen aufgedrückt. Es gab nur noch ein Modell der Entwicklung: die kapitalistische Marktwirtschaft. Alle Gesellschaften waren gezwungen, sich anzupassen. Dafür sorgten etwa der Internationale Währungsfonds mit seinen Vorgaben bei der Kreditvergabe an verschuldete Länder, die Welthandelsorganisation mit ihren Statuten oder das scheinbar wohlmeinende Regelwerk der good governance. Spätestens seit dem 11. September kam die Macht hinzu, zwischen Willigen und Guten auf der einen und Unwilligen und Schurken, auf die es Druck auszuüben gilt, auf der anderen Seite zu unterscheiden.

Der so genannte „Konsens von Washington“, der als neoliberales Leitbild gilt, fasst unter Globalisierung Folgendes: Beschneidung der Masseneinkommen und Sozialausgaben sowie eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik, die Ressourcen für den Export freisetzt und die Attraktivität für Kapitalanleger steigert. Wachstum soll dabei Überschüsse für das Abzahlen der Schulden erzeugen. Diese Rezeptur hat so manchen Patienten in der Dritten Welt erst recht krank gemacht, wie die Finanzkrisen der 1990er-Jahre und ihre desaströsen Folgen beweisen.

Politischer Druck durch breites Bündnis

Das Tempo der Globalisierung ist enorm und der Anpassungsdruck mittlerweile unverschämte hoch. Länder, die sich nicht der Globalisierung als einer Art Zwangsamerikanisierung anpassen, haben militärische Konsequenzen zu fürchten. Der Pentagon-Berater Thomas P. M. Bar-

„Die Umweltbewegung hat zu wenig und zu wenig radikale Theoriearbeit geleistet, um ihre vernünftigen Empfehlungen und Initiativen in eine größere Perspektive einzubringen.“

nett bringt es auf den Punkt: Je weniger ein Land an der Globalisierung teilhat, desto eher wird es eine militärische Intervention der USA heraufbeschwören. (1) Dass es auf Märkten zwar viele Konkurrenten, aber keine wirklichen Feinde gibt, wie es noch Anfang der 1990er-Jahre hieß, war somit eine Illusion. Die globalisierungskritische Bewegung hat sehr schnell lernen müssen, dass sich die Globalisierung von einem wesentlich marktgesteuerten, multilateralen System zu einer mit militärischer Macht erzwungenen unipolaren Ordnung entwickelt. Diese atemberaubenden Tendenzen gilt es zu verstehen, politische Positionen müssen entwickelt und Widerstand organisiert werden. Dies ist seit den Massenprotesten von

Seattle 1999 gegen die WTO geschehen: Sowohl bei Großereignissen der Globalisierer, wie dem Weltwirtschaftsforum von Davos, den Treffen der G7/G8 oder den Jahrestagungen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF), als auch gegen den Sozialabbau und gegen den Irak-Krieg. Der erste Krieg gegen ein Land, das etwa in den Kategorien von Barnett als „nicht integrierte Lücke“ gilt.

Demonstrationen hat die globalisierungskritische Bewegung, das heißt in Deutschland vor allem Attac, immer gemeinsam mit anderen Bewegungen und Organisationen, wie Gewerkschaften, Umweltverbänden oder kirchlichen Gruppen durchgeführt. Es wäre eine grobe Fehleinschätzung, würde man die Organisationen klar voneinander abgrenzen. Viele Gewerkschafter machen bei Attac mit und viele „Attacis“ haben ihre kulturellen Wurzeln in der Umweltbewegung oder in der Solidaritätsarbeit mit der Dritten Welt.

Als sich Attac im Jahre 2000 in Deutschland gründete, war das Interesse gering und kaum jemand nahm die Neugründung ernst. Nur wenige Jahre später ist Attac ein politischer Faktor, der in der NGO-Galaxis hell leuchtet. Worin besteht die offensichtliche Attraktivität der Globalisierungskritiker? Was hat zum geradezu kometenhaften Anstieg der aktiven Mitglieder von Attac geführt?

Ökonomie im Zentrum radikaler Kritik

Die Gewerkschaften kümmern sich unter dem Flexibilisierungsdruck hauptsächlich um die Verteidigung von Arbeitnehmerrechten und ersticken fast in der Arbeit an branchen- und firmenspezifischen Tarifverträgen. Die etablierten

Umweltverbände kämpfen in mühseliger Lobbyarbeit gegen die Verwässerung der Ökosteuer. Die entwicklungs-politischen NGOs machen sich für den verbesserten Zugang von Entwicklungsländern zu den protegierten Agrarmärkten der EU stark.

Bei Attac hingegen geht es zentral um das Prinzip der Globalisierung und um seine Funktionsweise. Die Globalisierung ist ökonomisch. Daher muss sich Globalisierungskritik zur Kritik an der neoliberalen Ökonomie fortentwickeln. Pierre Bourdieu hat der globalisierungskritischen Bewegung die ökonomische Alphabetisierung im aufklärerischen Sinne zur Aufgabe gestellt. Denn Einsicht in die globalen Verhältnisse ist der erste Schritt, sie zu verändern. Dabei gilt es zu verhindern, in notwendiger Kleinarbeit im Sumpf des perspektivlosen Reformismus zu versacken. So wie er aus der Geschichte der Arbeiterbewegung bekannt ist.

Globalisierungskritische Bewegung und traditionelle Bewegungen wie etwa die Umweltverbände haben unterschiedliche Herangehensweisen. Attac ist gleichzeitig reformistisch und radikal. Die Kritik am Neoliberalismus – die im wissenschaftlichen, zumeist ökonomietheoretischen Gewande daherkommende Ideologie der Globalisierung – geht an die Wurzeln. Ganz anders die Klagen von Umweltverbänden, die sehr oft von eher technokratischen Angeboten Abhilfe erhoffen oder naiv das Nachahmen von positiven Beispielen propagieren. Was oft genug meint, den Teufel Umweltzerstörung mit dem Beelzebub Privatisierung von öffentlichen Gütern auszutreiben. Die Umweltbewegung hat in aller Regel zu wenig und zu wenig radikale Theoriearbeit geleistet, um ihre vernünftigen Empfehlungen und Initiativen



in eine größere Perspektive einzubringen. Zumal diese Perspektive heute global ist. So klafft sehr häufig eine Lücke zwischen Kleinarbeit vor Ort und Untergangsszenarien, die nicht zu überbrücken ist.

Stärke durch vernetztes Handeln

Das immer richtige Wort vom globalen Denken und lokalen Handeln stammt zwar aus der Umweltbewegung der 70er-Jahre. Doch was globales Denken heißt, haben erst die Globalisierungskritiker gezeigt: Ursachen und Folgen von Finanzkrisen, die Privatisierung öffentlicher Güter, die Regeln des GATS, die deaströsen Folgen von Strukturanpassungsprogrammen des IWF, die Verwandlung von Natur und Kultur in Waren, die Untergrabung menschlicher Sicherheit in aller Welt sind in einem theoretischen und schließlich auch politischen Zusammenhang zu bringen. Es geht um die Entwicklung eines holistischen (ganzheitlichen) Ansatzes. Die Erfahrungen mit dem Agenda 21-Prozess sprechen hier Bände. Wie viele aktive Bürger haben wie viel guten Willen aufgewendet – und mit wie wenig Wirkung! Dieses eher frustrierende Ergebnis liegt sicher nicht an der Grundidee, zwischen Globalem und Lokalem und umgekehrt zu vermitteln. Als eine globalisierungskritische Bewegung aufkam, hatten plötzlich auch lokale Initiativen ihren politischen und praktisch erfahrbaren Stellenwert. Dies wurde dadurch erleichtert, dass es den globalisierungskritischen Bewegungen gelungen ist, sich global zu vernetzen und sich etwa auf dem Weltsocialforum in aller Vielfalt zu präsentieren und die eigene Kraft zu demonstrieren. Tausende von lokalen Bewegungen und unendlich heterogenen

Erfahrungen kommen zusammen, um die Kritik zu schärfen und Alternativen zur neoliberalen Globalisierung zu eröffnen: Für alle, für Menschen und Gesellschaften im globalen Süden wie im globalen Norden. Alle wissen um die Globalisierung, daher müssen Alternativen ebenfalls global zugeschnitten sein. Umweltfragen sind nur zu beantworten, wenn sie mit Ansätzen zur Regelung von Welthandel, Finanzsystem oder Migration verbunden sind. Der holistische Ansatz ist entscheidend, damit Illusionen in technokratische Lösungsmuster gar nicht entstehen.

Der politische Reiz der globalisierungskritischen Bewegung besteht darin, dass sie als ein Netzwerk von Themen auf verschiedenen Ebenen agiert, auf denen lokale, nationale, globale Akteure aktiv sind. Die Kommunikation über alle Grenzen hinweg ist locker. So, wie es die internationalen Beziehungen von etablierten Organisationen mit ihren Austauschprogrammen nicht geschafft haben. Obwohl Attac eine sehr junge Bewegung ist, können auch alte Bewegungen an diesem Punkt lernen – auch von Fehlern und alltagsweltlichen Schwierigkeiten, mit denen die Organisation kämpft. Durch die Globalisierung haben sich alle Koordinaten verschoben und mit ihnen auch der jeweilige Handlungsrahmen. Für die Orientierung brauchen wir eine Kritik der politischen Ökonomie auf der Höhe der Zeit: Die ökonomische Alpha-betisierung, um der Globalisierung und ihren Ideologen Paroli zu bieten. ———

Anmerkungen

(1) Barnett, Thomas P. M. (2003): Die neue Weltkarte des Pentagon. Mit einer Liste künftiger Konfliktzonen und Interventionspunkte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5 (2003), S. 554-564.



Wann pokern Sie am höchsten?

Beim Pokern kann man nur mit viel Glück, durch Betrug oder wenn einem der Verlust eines hohen Einsatzes nichts ausmacht, gewinnen. Weil ich weder viel Glück im Spiel noch einen hohen Einsatz zur Verfügung habe und auch nicht betrügen möchte, pokere ich überhaupt nicht. Ich kann nicht behaupten, dass dadurch meine Lebensqualität verloren hätte.

Zum Autor

Elmar Altwater, geb. 1938, ist seit 1970 Professor für Politische Ökonomie am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften der FU-Berlin. Er war Mitglied der Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“. Er ist Mitherausgeber der PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland.

Kontakt

Prof. Dr. Elmar Altwater
Freie Universität Berlin
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Ihnestr. 22, D-14195 Berlin
Fon ++49/(0)30/838-54965, Fax -54066
E-Mail altwater@zedat.fu-berlin.de



Die globalisierungskritische Bewegung von außen betrachtet

Hip-Sein allein reicht nicht

Von Gerd Leopold

Die Globalisierungskritiker wirbeln die sozialen Bewegungen in Deutschland durch- einander. Sie haben es geschafft, Globalisierungskritik auf die Agenda zu setzen und sind zu einem neuen politischen Akteur geworden. In der Umweltbewegung wirft dieser Erfolg Fragen auf.

Ein ZEIT-Kolumnist schrieb jüngst über eine Erfahrung beim Skifahren: Als er – älteres Semester – damit prahlte, wedeln zu können, blickten die Jüngeren ihn mitleidig an. Heute sagten sie, gelte es, Snowboard zu fahren, wedeln sei eine veraltete Technik – kurz gesagt so out wie Sockenstopfen. In Zeitungsberichten und Fernsehsendungen wird der Unterschied zwischen Globalisierungskritikern und der Umweltschutzbewegung ähnlich inszeniert und auf die beiden „Großen der Branche“ fokussiert. Attac gilt als jung, frisch und radikal, Greenpeace dagegen als alt, bürokratisch und angepasst. Ökonomie ist in, Ökologie out – wer hier der Snowboarder ist, ist jedenfalls keine Frage. Im besten Fall werden Umweltorganisationen wie Greenpeace als Seniorpartner beschrieben.

Aus alt mach neu?

Dabei kann von der Geburt einer neuen Opposition eigentlich nicht die Rede sein. Greenpeace hat seit 1971 global agiert, als das Wort noch nicht in aller Munde war. Wir waren Pioniere einer Protestkultur, von der heute die Globalisierungskritiker profitieren. Dazu zählen vor allem direkte Aktionen, aber auch Lobbyarbeit hinter den Kulissen oder – inzwischen verstärkt – das Erarbeiten von Alternativen. Der Druck von Greenpeace auf Politik und Wirtschaft hat zu zahllosen internationalen Konventionen geführt: für einen Weltpark Antarktis, gegen Giftmüllexporte, Atommüllverklappung, das Versenken von Ölplatt-

formen im Meer oder die Treibnetzfisherei. Damit wurde ein substanzieller Wandel in Richtung ökologisch verantwortliches Handeln erreicht.

Ökonomie und Ökologie gegeneinander auszuspielen, ist in der Debatte ohnehin wenig hilfreich. Die Umweltbewegung hat stets Ökonomie und Ökologie gemeinsam betrachtet. Sie dringt auf ein Wirtschaftssystem, das die Zerstörung der Natur und die Ausbeutung der Menschen bestraft und auf der anderen Seite die Regeneration der Natur und die Rechte der Arbeitnehmer und der Verbraucher fördert. Es bleibt zu betonen, dass es bei der globalen Wachstumskritik der Umweltorganisationen um den sorgsamsten Umgang mit den endlichen Ressourcen des Planeten geht. Das ist kein Luxus oder gar eine Macke der reichen Industrienationen. Vor allem die Armen dieser Erde sind auf sauberes Wasser oder saubere Luft angewiesen, besonders die Ureinwohner, die von den Fischen des Meeres oder den Früchten des Waldes leben.

Fallstricke für Globalisierungskritiker

Die Attraktivität der Sammelbewegung von Globalisierungskritikern besteht im losen Netzwerk-Charakter – gerade für Jüngere. Neudeutsch „issue-orientiert“ genannt, kann dort jeder bei einem Happening punktuell mitdiskutieren, ohne sich permanent einbinden zu müssen. Der gesellschaftliche Trend, nur kurz andocken, um gleich wieder abzuliegen, findet hier seinen Niederschlag.

„Die diffusen Strukturen der Globalisierungskritiker und ihr Themenhopping schwächen ihre Schlagkraft und ihr Durchsetzungsvermögen.“

Die diffusen Strukturen der Globalisierungskritiker und ihr Themenhopping schwächen aber ihre Schlagkraft und ihr Durchsetzungsvermögen. Vermutlich führen sie auch zu schnellen Ermüdungerscheinungen bei den Anhängern. Die Umweltorganisationen bieten dagegen fixere Angebote sich zu engagieren und vor allem einen konzentrierteren Themenkanon, der konkrete Erfolge ermöglicht. Das mag vom Stil her behäbiger erscheinen, bietet aber mehr Substanz. Die Globalisierungskritiker gefallen sich derzeit in der Rolle des Kritikers und der Opposition. Langfristig ist jedoch kein Blumentopf zu gewinnen, wenn man immer nur Nein sagt. In der Bewegung wird ein Prozess einsetzen müssen, der Alternativen und überzeugende Lösun-

gen entwickelt – wie etwa Greenpeace oder der BUND Konzepte für nachhaltige Wirtschaftsweisen entwickelt haben. Passiert das nicht, verliert die Bewegung an Glaubwürdigkeit und riskiert, eine politische Eintagsfliege zu bleiben.

Neben den mächtigen Konzernen und dem monströsen Wirtschaftssystem, das Menschen im Namen des Wachstums übergeht und niedertrampelt, scheint so mancher Globalisierungskritiker auch Widerstand gegen Politiker und politische Lösungen auf die Fahnen geschrieben zu haben. Richtig ist: Die wirtschaftlichen Eliten kümmert allein ihre ökonomische Effizienz. Ungeniert kündigen Manager ihre Bekenntnisse zu nachhaltiger Entwicklung auf und verpulvern Ressourcen und Energie. Die Politik sieht

dematenlos zu. Und je mehr Staat und Wirtschaft versagen, desto größer wird die Hoffnung in die Kraft der NGOs, der Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace oder eben in international vernetzte Bewegungen wie Attac. Dennoch gilt es, die Politik nicht aus der Verantwortung zu entlassen, sondern Themen durch öffentliche Konfrontation auf die Agenda von politischen Akteuren zu setzen und darauf zu drängen, dass sie abgearbeitet und Probleme langfristig gelöst werden. Die größten Umweltzerstörungen mit globalen Ausmaßen wie der Klimawandel, die Plünderung der Meere oder der Kahlschlag der Wälder entstehen durch fehlendes politisches Handeln. Wir brauchen starke politische Akteure.

ökom verlag – Wir publizieren Zukunft

Fundraising

Das Finanzierungshandbuch für Umweltinitiativen und Agenda 21-Projekte

Geld- und Kooperationspartner fallen nicht vom Himmel. Das wissen auch die Umwelt- und Agenda 21-Initiativen, die sich ständig auf der Suche nach passenden Förderern und Partnern für Projekte befinden. Das neue Handbuch Fundraising zeigt, auf über 400 Seiten, wie Projektinitiativen ihre Finanzierungsprobleme erfolgreich lösen können. In dieser Form einzigartig im deutschsprachigen Raum sind die umfangreichen und übersichtlich dargestellten Porträts von rund 100 Umweltstiftungen.

Über 40 Fundraising-PraktikerInnen haben an diesem Handbuch mitgewirkt. Sie informieren über die aktuellen Fundraisingtrends sowie die neuen Möglichkeiten, die sich heute durch das Internet ergeben.

Mit Beiträgen von Marita Haibach, Gerhard Wallmeyer, Angela Scheibe-Jaeger, Hans-Josef Höning, Christoph Müllerleile, Barbara Crole, Bettina Hohn, Klaus-Dieter Boll u.v.a.

Erhältlich bei CONSODATA ONE-TO-ONE,
Semmelweisstraße 8, D-82152 Planegg
Fon ++49/(0)89/8 57 09-155, Fax -131,
E-Mail kontakt@oekom.de



www.oekom.de



Wann pokern Sie am höchsten?

Zum Glück merke ich es meistens erst hinterher, dass ich gepokert habe.

Zum Autor

Der Physiker Gerd Leipold, geb. 1951, engagiert sich lange Zeit ehrenamtlich bei Greenpeace, bevor er hier auch hauptamtlich zu arbeiten begann. Er war Mitarbeiter, Trainer und Berater für Greenpeace International und weltweit in zahlreichen nationalen Greenpeace-Büros tätig. Seit Februar 2001 ist er Geschäftsführer von Greenpeace International.

Kontakt

Gerd Leipold
Greenpeace International
Keizersgracht 176, NL-1016 DW Amsterdam
Fon ++31/(0)205/2362-82
Fax ++31/(0)205/2362-46
E-Mail gerd.leipold@ams.greenpeace.org

Trendsetting statt Sockenstopfen

Kein Zweifel: Die Euphorie der Globalisierungskritiker steckt an. Die Menschen sind leidenschaftlich engagiert und werfen im besten Sinne ihr ganzes Herz über die Hürde. Statt sich dem TINA-Syndrom hinzugeben (there is no alternative) lautet die kraftvolle Botschaft der Bewegung: Eine andere Welt ist (doch) möglich. Hier steckt ein enormer Impuls für politische Veränderungen, den auch die Umweltbewegung nutzen kann. Denn Politik wird schlicht wieder interessant und die Gesellschaft politisiert.

Bei dem Versuch, Probleme in Kampagnen verständlich zu machen, zu konkretisieren und Beispiele zu finden, mag den Umweltorganisationen manchmal der Blick auf das große Ganze verloren gegangen sein. Überdies wurden Themen wie soziale Gerechtigkeit zu sehr an den Rand gerückt. Die Globalisierungskritiker rücken diesen Fokus wieder in den Mittelpunkt – was etwa Greenpeace bereichert und anregt, bei bestimmten Kampagnen (etwa zur Ernährung) strategische Allianzen mit Partnern wie „Brot für die Welt“ einzugehen. Besonders imponiert manch altem Hasen auch das sichere Gespür für das Thema Ökonomie. Die neue Bewegung hat den Trend zur Ökonomisierung der Gesellschaft erkannt und schnell umgesetzt. Wer den Fernseher anschaltet, sieht den medialen Nachhall des Börsenbooms der Jahre 1999/2000: Die Berichterstattung über den Deutschen Aktienindex (DAX) hat eine eigene Sendezeit vor den Abendnachrichten. Wer hat sich früher schon für internationale Kapitalströme interessiert – heute werden Aktienkurse diskutiert wie die Preise im Supermarkt. Attac gebührt der Verdienst, dieses Thema aufgegriffen und der De-

vis: „Bahn frei für die Wirtschaft“ und der Diktatur der Konzerne ein lautstarkes „Nein“ entgegengesetzt zu haben. Und um zum Anfang zurückzukommen: Das gilt als absolut „cool“.

Zukunftsmelodien

Der oberste Umweltschützer der Vereinten Nationen, Klaus Töpfer, stieß jüngst in dasselbe Horn und kündigte an, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) werde daran arbeiten, Umweltschutz und als Kern einen neuen Konsumstil für junge Leute trendiger zu machen. Dazu gehörten Produkte, die umweltverträglich hergestellt würden, Unternehmen, die ihre Waren anders herstellen wollten, und Regierungen, die die passenden Rahmenbedingungen schaffen würden. Und vor allem Konsumenten, die etwa sagten: „Wir ziehen Recycling-Produkte anderen vor, weil die unsere Einstellung und unser Lebensgefühl widerspiegeln“.

Das erscheint etwas weichgespült, denn zweifellos wird ein sorgsamer Umgang mit den endlichen Ressourcen des Planeten auch bedeuten, schlicht weniger zu konsumieren – und zwar in den reichen Industrienationen. Das hören viele nicht gerne: Aber derzeit verbrauchen zwanzig Prozent der Menschen achtzig Prozent der Ressourcen. Das zu vermitteln, braucht langen Atem – von allen, die die Auswüchse der Globalisierung bekämpfen und die Umwelt schützen wollen.



BEWEGT IN BERLIN

Umwelt und Gerechtigkeit gehören zusammen! So das eindeutige Fazit des ersten gemeinsamen Kongresses von Umweltbewegung und Globalisierungskritikern in Deutschland „McPlanet.com – Die Umwelt in der Globalisierungsfalle“. Mit Attac, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Greenpeace machten drei wichtige Akteure der beiden Bewegungen einen großen Schritt hin zu einer engeren Verzahnung von Umwelt- und globalisierungskritischen Themen. Die Heinrich-Böll-Stiftung und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie unterstützten den Kongress als Kooperationspartner.

Die über 1500 Aktiven aus Deutschland, Europa und Ländern des Südens, die Ende Juni nach Berlin kamen, erwartete ein breit angelegtes Programm. Großpodien, Vorträge und Workshops gaben Raum, den Austausch zwischen den beiden Bewegungen zu intensivieren, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten und eine zukünftige Zusammenarbeit einzuleiten. Internationale Referenten und Aktive von deutschen Organisationen und Gruppen gestalteten das inhaltliche Angebot, bei dem die Auswirkungen der Globalisierung auf die Umwelt im Brennpunkt standen: Welthandel, Finanzmärkte, die Rolle von Konzernen und internationalen Institutionen wie der WTO, Lebensstilfragen, die Diskussion um Alternativen oder die Frage nach globaler ökologischer Gerechtigkeit waren nur einige der Themen.

Blick über den Tellerrand

International bekannte Umweltschützerinnen, Protagonisten der globalisierungskritischen Bewegung, Aktive von der Basis – Sie alle trafen sich bei McPlanet.com. Die politische ökologie fragte einige von ihnen nach ihrem persönlichen Kongress-Fazit.

Die Fragen

1. Was ist besonders motivierend an diesem Kongress?
2. Umweltbewegte und Globalisierungskritiker treffen sich das erste Mal: Was ist dadurch anders und neu?
3. Welche Unterschiede gibt es zwischen den beiden Bewegungen?
4. Worin liegt die größte Chance einer zukünftigen Zusammenarbeit?

Vandana Shiva, 50, Research Foundation for Science, Technology and Ecology (RFSTE), Neu-Delhi/Indien

Motivierend Es sind die beiden wichtigsten Themen meiner Arbeit, die hier zusammen kommen: Die Bedeutung der Umwelt für den Menschen lebendig zu halten, während die Folgen der Globalisierung sie bedrohen.

Anders & Neu Während ich die Veranstalter seit langer Zeit kenne, ist der ganze Zuschauerraum voll mit jungen Leuten! Es sind nicht mehr die alten Bekannten, sondern eine neue Generation. Das bestärkt die eigene Arbeit. Ein anderer Punkt ist, dass keine der Diskussionen oberflächlich oder mechanisch abließ. Sondern es war ein tiefgehender Austausch, der das Verständnis in der inhaltlichen Auseinandersetzung fördert. So entstehen bessere Strategien für die Bewegungen. Ich fühle intellektuell und politisch einen frischen Wind.

Zusammenarbeit Die Umweltbewegung setzt sich für den Schutz der Natur und das Recht aller Menschen auf diese Schätze ein. Zentrales Anliegen der Globalisierungskritiker ist Gerechtigkeit. Sie müssen den Blick darauf richten, wo es am meisten weh tut – nämlich in der Armut. Gerade hier ist die Frage der natürlichen Ressourcen zentral: Was passiert mit dem Boden? Mit der Biodiversität? Mit dem Wasser? Mit dem Saatgut? Mit den Nahrungsmitteln? Umweltbewegung und globalisierungskritische Bewegung haben denselben Anfang und dasselbe Ende – und sie begegnen derselben Logik. Wir sind nur so lange getrennt, wie Theorien auf Papieren dies tun. Mein Rat an die Bewegungen ist: Lasst euch nicht von Papier einlullen, sondern wendet euch an die Erde als Ratgeberin.

Farida Akhter, 49, UBINING (Politikforschung für Entwicklungsalternativen), Dakar/Bangladesh

Motivierend Das Interesse an den so genannten technischen, harten Themen ist enorm. Es war sehr ermutigend, zu sehen, dass die Mehrheit der Teilnehmer, die unbeirrt zuhören, jung ist.

Anders & Neu Die Verbindung zwischen Umwelt und Handel ist neu und wichtig, denn sie ist sehr direkt. Man kann nicht über Handel aus einer nur wirtschaftlichen Sicht sprechen, ohne die Umwelt zu beachten. Wenn die Umwelt zerstört ist, wird auch der Handel schlecht.

Zusammenarbeit Obwohl auf dem Kongress die Frauenperspektive präsent war, gab es hierzu keine eigene Sektion. Die Umweltbewegung glaubt, dass sie Gender- oder Frauenthemen nicht gesondert behandeln muss. Ich warne davor, denn eine Umweltsicht ohne feministische Perspektive führt nicht weiter!

Wolfgang Sachs, 57, Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie, Wuppertal

Motivierend Es ist motivierend zu sehen, dass die Umweltbewegung und die globalisierungskritische Bewegung eindeutig und klar zusammen kommen. Der Kongress dokumentiert, dass für die Umweltbewegung die Machtvergessenheit und für Attac die Naturvergessenheit vorbei sind.

Unterschiede Die Umweltbewegung hatte nicht klar im Blick, wie stark Umweltfragen auch Machtfragen sind. Aber sie hat durch die Globalisierung erfahren, dass Mächte am Werk sein können, die auch die positive Umweltpolitik eines Landes zerstören. Umgekehrt war Attac, stellvertretend für die globalisierungskritische Bewegung, naturvergessen. Sie hat lange nicht gesehen, dass über Gerechtigkeit auf der Welt nicht gesprochen werden kann, ohne über Ökologie zu reden. Seit 25 Jahren sind biophysische Grenzen von Entwicklung und Wachstum sichtbar. Deshalb kann Gerechtigkeit nicht mehr darin liegen, Entwicklung und Wachstum linear fortzuführen. Die entscheidende Frage ist: Wer kriegt was und wie viel – und wie viel ist genug?

Zusammenarbeit Es ist verkehrt, von zwei verschiedenen Einheiten zu sprechen, denn die globalisierungskritische Bewegung ist eine Dachbewegung: Die Bewegung der Bewegung. Hierunter befinden sich selbstverständlich auch Umweltbewegte und damit geht eine wechselseitige Befruchtung einher.

Julian Jähncke, 23, Attac und Greenpeace, Marburg

Motivierend Es ist ein erster Versuch, verschiedene Organisationen mit gar nicht so unterschiedlichen Meinungen und Ideen, sondern vor allem unterschiedlichen Strukturen zusammenzubringen.

Anders & Neu Von der politischen Richtung und den Leuten her sind sich Globalisierungskritik und Umweltpolitik ähnlich. Aber der Kongress fügt das Ganze erstmals zusammen und beide Bewegungen trauen sich, das andere offen mit zu denken. Vorher war das Argument „wir überfordern das Ganze, wenn wir als Umweltbewegte Globalisierungskritik oder als Globalisierungskritiker Umwelt mit diskutieren“ eine gedankliche Barriere.

Unterschiede Die Umweltbewegung hat ein gewachsenes Gerüst, sie hat Höhen und Tiefen erlebt und Strukturen haben sich entwickelt. Die globalisierungskritische Bewegung hingegen ist noch am Entstehen. Sie rennt ganz schnell, in der Angst, beim Stehenbleiben und längeren Nachdenken – auch über die eigenen Strukturen – den Hype zu verlieren und kleiner zu werden.

Zusammenarbeit Auf Bundesebene bestehen vor allem Chancen für eine Zusammenarbeit, weil dort die Entscheidungsträger direkt miteinander reden. Hier werden internationale und bundesweite Kampagnen vernetzt. Auf lokaler Ebene könnten die Bewegungen themenbezogen zusammenarbeiten und ihr Wissen verstärkt austauschen. Die Globalisierungskritiker haben Wissen im Bereich Ökonomie; während die Umweltbewegung Praxiserfahrung bei Aktions- und Kampagnenplanung, Öffentlichkeitsarbeit und Gruppenorganisation hat. Da ist es sinnvoll, zusammenzuarbeiten und nicht Strukturen nebeneinander aufzubauen.

Pia Eberhardt, 24, Attac WTO-AG, Agrar-Netz, Köln

Motivierend Das motivierendste war, dass jetzt so viele Leute anfangen, sich für Cancún zu interessieren und wissen, dass dies der nächste Termin ist, der ansteht. Wir müssen uns einschalten!

Anders & Neu Das Publikum ist anders als bei Attac-Kongressen. Die Leute haben ihre Ursprünge in der Umweltbewegung und öffnen sich jetzt für globalisierungskritische, ökonomische Themen. Umgekehrt sind hier Leute von Attac, die oft das Thema Ökologie nicht auf der Pflanze haben und privat nicht ökologische Prinzipien leben. Diese unterschiedlichen Spektren haben sich angenähert.

Unterschiede Es ist ein Unterschied in der Tradition. Die Umweltbewegung gibt es länger und sie hat andere Wurzeln, die bis heute noch lebendig sind. Die Leute bedienen oft Klischees: Sie sehen in la Öko aus und leben ökologisch. Das ist bei der globalisierungskritischen Bewegung nicht so. Sie hat einen anderen Kontext. Sie ist jung und kommt aus einer diffusen Unzufriedenheit insbesondere mit der Wirtschaftspolitik. Für sie ist aber nicht zentral, was diese Politik an ökologischen Desastern anrichtet. Dass die Themen aber nicht zu trennen sind, war bisher in der Realität nicht sichtbar.

Zusammenarbeit Der Kongress öffnet den Weg für weitere Kooperationen. Es ist eine Chance, gemeinsam an die Öffentlichkeit zu treten. Hoffentlich nehmen viele Lokalgruppen mit, dass diese Kooperation Sinn macht. Auch wenn wir an Stärke gewinnen, die sozialen Bewegungen und NGOs sind immer noch ein kleines Fragment der Gesellschaft. Wir müssen uns zusammenschließen.



Martin Rocholl, 43, Friends of the Earth Europe, Brüssel/Belgien

Motivierend Erstens: Wir haben es geschafft, Umweltbewegung und die Anti-Globalisierungsbewegung zusammen zu bringen und der Zulauf ist enorm. Da ist richtig Bewegung drin. Zweitens: Die Widersprüche oder Auseinandersetzungen zwischen den Bewegungen sind wesentlich geringer als gedacht.

Anders & Neu Manches erinnert mich an alte Zeiten der Jugendumweltbewegung, weil das Publikum sehr jung ist. Neu ist die Bandbreite der Inhalte. So stehen neben Umwelt genauso Themen wie Gerechtigkeit, Neoliberalismus und Welt-handel.

Unterschiede In der globalisierungskritischen Bewegung ist die Diskussion um Deglobalisierung prominent, das heißt der Gedanke, internationale Organisationen erst mit Macht gegen die Wand fahren zu lassen oder aufzulösen, bevor weiter gedacht werden kann. Ich verbinde hiermit auch die Frage, was passiert, wenn die WTO aufgelöst ist? In der Umweltbewegung ist das bisher weniger Thema, weil globale Umweltprobleme auch mit globalen Regulierungen anzugehen sind. Die Bereitschaft, über multilaterale Abkommen und multilaterale Institutionen wie die UNO nachzudenken, ist stärker und die Erfahrung positiver. Das Kyoto-Protokoll ist ja im Prinzip nicht schlecht, während die WTO enorm negative Auswirkungen hat.

Zusammenarbeit Ich könnte mir ein gemeinsames Projekt zur europäischen Chemikalienpolitik vorstellen. Die EU plant ein Gesetzesvorhaben über die Verwendung von hoch giftigen Chemikalien mit enormen Gesundheits- und Umweltauswirkungen. Dieses große Umweltprojekt ist auch eine Frage der Globalisierung und der Macht von Konzernen. Denn es läuft eine massive Lobby-maschinerie gegen dieses EU-Gesetzesvorhaben, insbesondere in den USA. Wenn die EU in der Chemikalienpolitik stark bleibt, wäre sie Vorreiterin und könnte massiven Druck auf den Rest der Welt ausüben.

Ricardo Navarro, 52, Friends of The Earth International, San Salvador/El Salvador

Motivierend Es ist motivierend zu sehen, wie viele Menschen sich für Globalisierung und Umwelt interessieren. Das ist wichtig, weil wir mehr und mehr sehen, dass wir nicht nur Bewohner eines geschenkten Planeten sind. Was immer Deutschland auf globaler Ebene tut, betrifft auch den Planeten.

Anders & Neu Hier sind vor allem junge Menschen als Teilnehmende. Sie sind die Zukunft – und sie kommen später in Machtpositionen. Wenn in ihnen ein Samen aufgeht, dann wird daraus ein großer Baum. Und ich war überrascht über die Größe des Kongresses. Es ist beeindruckend, dass Menschen sogar auf dem Boden sitzen, weil sonst kein Platz ist.

Zusammenarbeit Globalisierung ist aus vielen Blickwinkeln zu sehen: Aus der Sicht der Arbeiter, der Umweltschützer oder derjenigen, die für Demokratie einstehen. Aber weltweit werden Rechte eingeschränkt. Beide Bewegungen müssen sehen, dass sie über die gleichen Dinge sprechen. Warum? Globalisierung wird von Konzernen mit Profitinteresse vorangetrieben. Soziale und Umweltfragen bleiben dabei außen vor. Wir als Umweltbewegung müssen den Kampf der indigenen Völker, den Kampf der Frauen oder den Kampf um politische Rechte mit denken. Weltweit sind es dieselben Kämpfe: Wir müssen uns zusammenschließen.

Die Interviews führte Nicola Menzel

Die ausführliche Umfrage mit weiteren Meinungen lesen Sie unter <http://www.oekom.de/verlag/german/periodika/poe/index.htm>

„Green peace wird es ohne social peace nicht geben“

Umweltbewegte und Globalisierungskritiker kommen sich näher. Handelt es sich dabei um eine punktuelle Kooperation oder um den Auftakt einer verstärkten strategischen Zusammenarbeit? Ein Gespräch mit Angelika Zahrt, Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND/Friends of the Earth, Germany) und Sven Giegold, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland.

Der erste gemeinsame Kongress von Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung. Was hat den BUND gereizt, den Kongress mit zu veranstalten?

Angelika Zahrt: Globalisierungskritik ist ein Thema, an dem viele zusammen arbeiten. Attac ist die Organisation, die das hierzulande am meisten in die Öffentlichkeit gebracht hat. Phasenweise hatten wir aber den Eindruck, dass die Umweltfrage und ihre Verbindung zur Globalisierung nicht präsent genug ist. Vor einem Jahr haben wir deshalb die Attac AG „Globalisierung und Ökologie“ initiiert. Daher war es nur folgerichtig, gemeinsam so einen Kongress zu organisieren. Zumal die Frage „Wie geht es jetzt weiter?“ nach der enttäuschenden UN-Konferenz in Johannesburg im Raum stand.

Was hat Attac gereizt, mit den Umweltverbänden zusammen zu arbeiten?

Sven Giegold: Die globalisierungskritische Bewegung in Deutschland und vielen anderen Ländern ist nicht sehr umweltorientiert. Umgekehrt haben sich die Umweltorganisationen zu wenig mit harten politischen Fragen wie etwa der Machtverteilung zwischen Wirtschaft und Gemeinwohlinteressen beschäftigt. Ich finde es aber sehr wichtig, dass diese beiden zusammengehen, damit ein gegenseitiges Lernen stattfinden kann. Die Umweltbewegung braucht aus meiner Sicht einen offenen Ort wie diesen Kongress, wo alle Teile zusam-

menkommen, Workshops anbieten und miteinander richtige Diskussionen über Kampagnen und Alternativen führen können. Die Teilnehmerzahlen zeigen ja auch, dass es da ein Bedürfnis gibt.

Zahrt: Zu dem Vorwurf, die Umweltbewegung beschäftigt sich zu wenig mit Globalisierungskritik: Wir haben 1988 einen Gegengipfel zur ersten Weltbanktagung in Berlin gemacht. Und wir waren als Umweltbewegung mit Friends of the Earth bei allen Weltwirtschaftsgipfeln dabei und haben Gegengipfel veranstaltet. Ich erinnere mich noch gut an eine Pressekonferenz zur Uruguayrunde und zur Gründung der WTO, wo wir als einziger Umweltverband das Thema aufgegriffen hatten und wo dann ganze zwei Journalisten kamen. Wir als BUND waren ganz massiv an diesen Themen dran, aber Anfang der 1990er-Jahre war Globalisierung noch kein politisches Thema. Inzwischen ist eine neue globalisierungskritische Bewegung entstanden und ich finde es wichtig, als Umweltverband die Zusammenarbeit zu suchen und unsere globalisierungskritischen Fäden wieder bewusst aufzunehmen.

Sind Sie nicht neidisch, Frau Zahrt, wenn Sie sehen, wie viele Leute Attac auf die Straße bringt? Die Umweltbewegung hat das schon länger nicht mehr geschafft. Warum?

Zahrt: Einerseits finde ich es toll, weil mir politisch wichtig ist, dass es funktioniert und nicht so wichtig, wer das initiiert hat. Andererseits wäre es natürlich schön, wenn das der BUND geschafft hätte.

Trotzdem glaube ich nicht, dass wir Komplexe haben müssen. Ich fand beeindruckend, was wir im Rahmen der Klimaverhandlungen auf die Beine gestellt haben: Riesendemonstrationen in Den Haag mit dem Bau eines Deiches aus Sandsäcken um das Konferenzzentrum oder das Rettungsboot vor zwei Jahren in Bonn, wo 4000 Umweltschützer sich fantasievoll einbrachten. Deshalb ärgert es mich, dass die Medien solche Aktionen kaum aufgegriffen haben. Wenn etwas friedlich und mit politischen Forderungen abläuft, ist die Resonanz geringer.

Giegold: Nicht Attac bringt die vielen Leute auf die Straße, sondern die globalisierungskritische Bewegung in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis. Der BUND beispielsweise hat die Gründungserklärung von Attac Deutschland mit unterschrieben. Attac alleine wäre zu klein für große Aktionen. Trotzdem denke ich, dass die deutschen Umweltorganisationen zu wenig Massenprotest organisieren. In anderen Ländern wird die Kultur des Protests in der Umweltbewegung mehr gepflegt als in Deutschland. Breiter Protest ist für jede Bewegung eine notwendige Machtressource. Dazu gehört auch ziviler Ungehorsam, denn ein solcher Grenzübertritt erzeugt Medienwahrnehmung ohne Gewaltanwendung.

Attac erhält mit sehr vagen Forderungen wie „Eine andere Welt ist möglich“ Zulauf. Was sagen Sie zu diesem Slogan?

Zahrnt: Der Slogan macht deutlich, dass es nicht nur diesen einen Trampelpfad Wachstum - Globalisierung gibt. Als Signal „Lasst uns versuchen andere Wege zu gehen“ finde ich das wichtig. Nur hat Attac bisher nicht gesagt, wie diese andere Welt aussehen soll. Im Detail - wie kann eine andere Globalisierung, ein anderes Sozial- oder ein anderes Gesundheitsversicherungssystem aussehen - würde das Attac sicher auch überfordern. Aber an einzelnen Punkten immer wieder Alternativen aufzeigen, ist die Aufgabe aller Gruppierungen der Zivilgesellschaft. Wir als BUND haben zusammen mit MISERIOR und dem Wuppertal Institut 1996 einen Versuch unternommen, diese Fragen zu beantworten. Wir wollten wissen, wie ein zukunftsfähiges Deutschland aussehen könnte, das zu einer nachhaltigen Entwicklung in der Welt beiträgt. Heraus kam eine Skizze, welche die ökologisch notwendige Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs mit Leitbildern verknüpft, die in einer solch anderen Welt gelten könnten. Mitte der 1990er-Jahre waren sich noch alle einig, dass sich Produktions- und Konsummuster ändern müssten. Wenn man sich aber anguckt, was praktisch daraus folgt, ist das alles sehr bescheiden: ein bißchen mehr Verbraucheraufklärung, ein bißchen mehr Biolebensmittel. Von einem gerechteren Ressourcenverbrauch sind wir noch weit entfernt.

Giegold: Ich würde nicht sagen, dass unsere Forderungen vage sind. Seit der Gründungserklärung haben wir ganz konkrete, machbare Forderungen. Deshalb werden wir auch oft von der radikalen Linken belächelt, weil das alles reformförmischer Unsinn sei. Die Tobin-Steuer, die Regulierung der Steueroasen, soziale, ökologische Regelungen im Welthandel, Demokratisierung in Institutionen, Finanzierung der sozialen Sicherung durch alle Einkommensarten - all das sind anfassbare Forderungen, die wir durchdekliniert haben. Der Ruf

„Eine andere Welt ist möglich“ ist nichts anderes, als zu sehen, dass unsere Welt auf tiefgreifenden Ungerechtigkeiten beruht, wovon die ökologische nur eine ist. Es sind Alternativen möglich! Wir geben zu, nicht genau zu wissen, wie diese andere Welt aussehen soll. Unsere einzelnen Forderungen sind konkret, machen jedoch noch keine andere Welt.

Trotz der Medienpräsenz und dem relativ hohen Mobilisierungsgrad von Attac sind die Diskussion über die Tobin-Steuer und die Vorschläge zur Reform des Gesundheitssystems sehr schnell in die politische Versenkung geraten. Was ist da schief gelaufen?

Giegold: Die Attac-Agenda ist derzeit sicherlich weit neben dem Zeitgeist. Es besteht ein breiter Konsens in Politik, Wissenschaft und Medien, die Wirtschaft mit angebotsorientierten, oder wie wir es nennen würden, neoliberalen Mitteln aus ihrer Krise herauszubringen. Regulierungen werden überall zurückgefahren. Ökonomische Erfolg: Fehl-anzeige. Attac dagegen möchte international das Maß an Regulierung im Sinne sozialer, ökologischer und demokratischer Ziele verstärken. Aber in Deutschland herrscht zur Zeit eine Art Deregulierungswahn und in dieser Grundstimmung ist es extrem schwierig, für solche Ziele konkrete Erfolge zu erzielen. Die globalisierungskritische Bewegung hat es innerhalb weniger Jahre geschafft, dass zumindest unsere Grundthese - es besteht ein Widerspruch zwischen nationaler Regulierung für soziale Gerechtigkeit, Ökologie und Demokratie und einer sich immer weiter globalisierenden Wirtschaft - allgemein akzeptiert ist.

Zahrnt: Ich finde, die Globalisierungskritiker haben einen ganz großen Erfolg gehabt: Seattle - und wir als BUND und Friends of the Earth waren dabei. Es gibt längst noch nicht genügend Transparenz bei internationalen Wirtschaftstreffen. Die G8-Gipfel brauchen jetzt ein enormes Polizeiaufgebot. Das führt aller Welt vor Augen, wie wenig Akzeptanz die globale Wirtschaftspolitik hat. Von daher sind das schon Erfolge in der Wahrnehmung, auch wenn sich in der Sache noch nicht viel geändert hat. Apropos Wahrnehmung von Attac. In einer Diskussionsrunde haben letzens arrivierte Professoren und Unternehmer richtig toll gefunden, wie viel Protest Attac auf die Straße bringt. Andererseits war ihnen das auch irgendwie unheimlich. Attac fordert noch mehr ambivalente Reaktionen heraus, vor der Umweltbewegung hat keiner mehr so richtig Angst. Attac ist etwas Neues, was man noch nicht richtig einschätzen kann. Deswegen gibt es auch bei vielen Mächtigen einen Moment von Erstaunen, dass sich da plötzlich was an Bewegung tut.

Das Bewusstsein für die „Grenzen des Wachstums“ hat die Umweltbewegung geschaffen. Hat es die Globalisierungsbewegung nicht leichter gehabt, weil sie darauf aufbauen konnte?

Giegold: Natürlich hat die globalisierungskritische Bewegung in vielerlei Hinsicht auf umwelt- und entwicklungspolitischen Forderungen aufgebaut. Ohne diesen internationalen Diskurs hätten wir es viel schwerer, uns auf Forderungen zu einigen.

Der Umweltbewegung wird vorgeworfen, ihr fehle das Unerwartete, sie habe sich zu sehr im System etabliert, um noch schlagkräftig sein zu können. Was kann die Umweltbewegung diesbezüglich von Attac lernen?

Zahrnt: Ich würde heftig widersprechen, dass die Umweltbewegung Teil des Machtssystems ist! Sie ist weiterhin eine autonome Bewegung und nicht irgendwie vereinnahmt. Aber sie ist natürlich eingebunden. Sie ist an sehr vielen Verfahren beteiligt. Das war das, was wir immer gefordert haben. Wir wollten Umweltverträglichkeitsprüfungen und wollen in Umweltausschüssen in den Kommunen mit dabei sein, um bei Baulandplanungen und dergleichen mitzureden. Das führt eben dazu, dass sehr viele Kräfte in der „Ökologisierung von notwendiger Alltagsarbeit“ gebunden werden, ohne dass man hinterher genau herausdestillieren kann, warum dieser Flächennutzungsplan nicht doppelt so groß geworden ist. Die Kompromiss-suche wird nach außen hin nicht immer sichtbar. Von daher ist es ein mühsames und undankbares und trotzdem ein sehr notwendiges Geschäft.

Was wir von Attac lernen können ist, wieder unbekümmerter weitreichende Forderungen zu stellen, auch wenn wir noch nicht alles bis ins letzte Detail durchdacht und durchgerechnet haben. Wir sollten wieder mehr Denkanstöße geben, provozieren, neue Gedanken in die Welt setzen. Außerdem sollten wir mehr über Aktionsformen nachdenken. Auch unsere erfolgreichen Aktivitäten im Vorfeld von Johannesburg bestärken uns darin, der internationalen Arbeit in unserem Verband einen hohen Stellenwert zu geben. Es ist nicht immer einfach, unseren 2000 Kreis- und Ortsgruppen klar zu machen, warum wir uns als BUND personell an einem internationalen Netzwerk wie Friends of the Earth International beteiligen und da auch Geld reinstecken. Das ist ein enormes Umdenken für einen Verband, der seinen Aktionsradius im Wesentlichen auf der nationalen Ebene eingerichtet hat.

Giegold: Wirklich wichtig ist die Klarheit der Sprache über das, was man möchte, zurückzugewinnen. Attac war sich nie zu schade in sehr harten Worten zu schildern, was Unrechtsverhältnisse sind und dass Alternativen einen tiefgreifenden Wandel bedeuten. Inzwischen redet jeder von Nachhaltigkeit. Das Vage des Dreisäulen-Modells Wirtschaft, Umwelt, Soziales, das die Umweltverbände im Grunde akzeptiert haben, hat die Umweltbewegung im Diskurs geschwächt. Die Umweltbewegten könnten von der Globalisierungsbewegung auch lernen, dass man Umwelt nicht getrennt von sozialer Gerechtigkeit denken kann: green peace wird es ohne social peace nicht geben, weil die Menschen nie bereit sein werden, unter hoher Unsicherheit – ob sie morgen noch Arbeit haben, ob sie ihre Kredite noch zahlen können – den weit reichenden, notwendigen ökologischen Wandel mitzumachen. Es reicht nicht aus, den sozialen Bereich in einem Konzept mit zu nennen. Man muss ihn auch im politischen Handeln klar und hart mit vertreten. Sonst nehmen wir uns die Basis, auf der dieser Wandel letztlich ruhen muss: auf sozialem Frieden. Deshalb wünsche ich mir von der Umweltbewegung klarere Worte und eine klarere Sprache in diesem Bereich.

Zahrnt: Was den Nachhaltigkeitsdiskurs angeht, haben wir als BUND diese Dreisäulentheorie nie akzeptiert. Wir haben der Beliebigkeit immer entgegengehalten, dass es ökologische Grenzen der Belastbarkeit gibt, innerhalb derer sich die ökonomische und soziale Entwicklung einfügen muss. Aber ich gebe zu, dass wir die einzigen außer dem Umweltbundesamt sind, die dieses Verständnis von Nachhaltigkeit immer strikt vertreten. Und dabei haben wir, glaube ich, eine sehr klare Sprache.

Was die Verbindung zu den sozialen Themen angeht: Wir als Umweltverband haben zwar ein sehr profundes Wissen über den ganzen Umweltbereich, unsere soziale Kompetenz ist aber nur bedingt vorhanden. Die Erfahrung hat auch gezeigt, dass dieses Thema im BUND nur von begrenztem Interesse ist. In der Öffentlichkeit werden wir mit solchen Themen überhaupt nicht wahr genommen. Es läge nahe, diesbezüglich mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, weil sie die soziale Kompetenz haben. Dort nehme ich aber eher wahr, dass ökologische Themen oft noch als Bedrohung empfunden werden.

Giegold: Wir haben uns ja ganz bewusst für eine intensive Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ausgesprochen. Natürlich bedeutet das nicht, dass man überall einer Meinung ist. Trotzdem läuft zur Zeit ein allgemeines Gewerkschaftsbashing. Dabei lassen sich tiefgreifende soziale Absicherungen ohne Gewerkschaften nicht durchsetzen, denn sie erfüllen eine ganz wichtige Grundlage für soziale Gerechtigkeit. In unserem Land ist Veränderung nur zu erreichen, wenn wir mit Kräften in Kirchen, Sozialverbänden, Gewerkschaften zusammenarbeiten, die für progressive Ideen offen sind.

Gewerkschaften und Umweltbewegung haben letztlich ein ähnliches Problem. Ihre Mitglieder sind für eine Menge der Dinge, die auf der neoliberalen Agenda stehen. Auch sie finden die Steuern zu hoch und einige möchten einfach keinen sozial-ökologischen Umbau. An ganz vielen Stellen scheitern wir am Alltagsbewusstsein und gar nicht nur an den Interessen irgendwelcher Eliten.

Kann Attac auch etwas von der Umweltbewegung lernen?

Giegold: Die Umweltbewegung hat mit ihrer Kampagnenorientierung konkrete Erfolge erzielt. Dieser Versuch, Kräfte zu bündeln und mit einzelnen Fragen durchzudringen, ist ihr in vielen Fällen geglückt. Das ist der Globalisierungsbewegung noch nicht gelungen, höchstens jetzt ansatzweise bei der GATS-Kampagne in Europa. Eine andere Sache, die wir in Deutschland unterschätzen, ist die Macht der KonsumentInnen. Darauf setzt die Umweltbewegung seit langem. Das ist ein riesiges Potenzial, auch für Globalisierungskritik.

An der Umweltbewegung kann man auch sehen, wie sich eine Bewegung institutionalisiert, wenn sie älter wird. Wir wollen nicht, dass die Existenz von Hauptamtlichen auf Bundesebene dazu führt, dass es weniger Ehrenamtliche gibt. Wir wollen die Bewegung- und auch die Protestorientierung erhalten und nicht den Weg in die Institutionalisierung gehen.

Auch wenn dieses Gespräch einen anderen Eindruck vermittelt: Ökologie ist bei Attac – trotz der AG „Globalisierung und Ökologie“ – eher ein Randthema. Warum ist das so und wie lässt sich das ändern?

Giegold: Ich glaube, dass Pfadabhängigkeiten überall eine große Rolle spielen. Attac ist hauptsächlich von entwicklungspolitischen Organisationen mit ihrer Sicht auf die Welt gegründet worden. Der BUND war lange Zeit der einzige Umweltverband bei Attac. Deshalb lag der ökologische Pfad bei Attac leider nicht in der Wiege. In anderen Ländern, wo Ressourcenkonflikte immer auch Gerechtigkeitskonflikte sind, ist das ganz anders. In vielen Entwicklungsländern ist Umwelt in der Mitte der globalisierungskritischen Diskussion. Das Zentrum unserer Debatte in Deutschland sind eher Fragen des sich verlagernden Machtverhältnisses zwischen Wirtschaft und wirtschaftlichen Interessen auf der einen und sozialen und ökologischen Zielen auf der anderen Seite. Ein anderer Grund ist sicherlich der Zeitgeist. Gerade junge Leute machen große Augen, wenn sie was über den Nord-Süd-Konflikt hören, Ökologie ist eher uncool.

Zahrnt: Für uns ist das Thema Nachhaltigkeit von der Wertebasis her die Frage nach Gerechtigkeit. Das trifft auf Umwelt, Armut und auf Nord und Süd zu, aber auch wie wir innerhalb der Bundesrepublik Ressourcen verteilen, ist wichtig. Da ist die Frage der Gewerkschaften mit inbegriffen. Durch die Diskussion um Nachhaltigkeit ist bei uns im Verband stark die Nord-Süd-Dimension und die Frage der Gerechtigkeit hineingekommen.

Bietet sich vor diesem Hintergrund nicht eine Arbeitsteilung nach dem Motto an: Attac mobilisiert auf der Straße und die institutionalisierte Umweltbewegung sorgt dafür, dass die Forderungen umgesetzt werden?

Giegold: Das trifft in sofern nicht ganz zu, weil Attac sich auf die Fahnen geschrieben hat, das Verhältnis zwischen Globalisierung der Wirtschaft auf der einen und das Gemeinwohlziel auf der anderen Seite zu thematisieren. Attac versteht sich als Bildungsbewegung. Es geht uns um l'éducation populaire, also um Volksbildung. Deshalb leisten wir vor allem Aufklärungsarbeit, denn dieses wirtschaftspolitische Grundverständnis ist in der Bevölkerung nicht vorhanden. Ökologische Ziele sind nur ein Teil der Problematik. Langfristiger politischer Wandel findet immer über die Herzen und das Engagement von Menschen statt. Und dafür muss man mit Argumenten genauso werben wie mit Protest. Den Protest brauchen wir, weil die GegnerInnen so stark sind. Da die GegnerInnen identisch sind, sollte sich die Umweltbewegung mit ihnen Themen verstärkt in die weitere Globalisierungsbewegung einbringen.

Zahrnt: Ich glaube das kann nicht funktionieren nach dem Motto „die einen mobilisieren und machen Druck und die anderen transportieren das in die Verwaltungen“. Genauso gehört Lobbying bei nationalen und internationalen Verhandlungen und das Ausarbeiten von entsprechenden Papieren dazu. Um erfolgreich zu sein, müssen sich die Aktivitäten an dem Themenfeld orientieren, das man bearbeitet.

Interview: Anke Oxenfarth und Nicola Menzel



Ich pokere am höchsten ...

a) beim Kartenspielen in der Familie. In der Politik setze ich auf ehrliche Argumente.

Wann pokern Sie am höchsten?

b) Ich kann hoch pokern nicht leiden!

Zur Person

a) Angelika Zahrnt, geb. 1944, ist Volkswirtin. Seit 1998 ist sie Bundesvorsitzende des BUND, dessen Vizevorsitzende sie zuvor zehn Jahre lang war. Sie ist u.a. auch Mitglied des Nachhaltigkeitsrates der Bundesregierung.

b) Der Wirtschaftswissenschaftler Sven Giegold, geb. 1969, ist Mitbegründer von Attac Deutschland und Mitglied im Koordinierungskreis. Hier ist er u.a. für den Kontakt zu Attac International zuständig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Steuerflucht sowie Ökologie und Globalisierung. Politisch hat er seine Wurzeln in der Umweltbewegung – beim BUND.

Kontakt

Dr. Angelika Zahrnt
Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND)/Friends of the Earth Germany
Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 1
D-10179 Berlin
Fon ++49/(0)30/27 58 64 -0, Fax -40
E-Mail angelika.zahrnt@bund.net

Sven Giegold
Alte Reihe 16
D-27313 Dörverden
Fon ++49/(0)4231/957-590, Fax -594
E-Mail giegold@attac.de

projekte und konzepte

Gerechtigkeit im Welthandel jetzt!

Das Welthandelssystem ist ungerecht – und noch dazu schadet es der Umwelt. Die Welthandelsrunden finden weiterhin praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und die Politik hört bisher nur wenig auf kritische Stimmen. Auch unter Rot-Grün fährt das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit weiter einen harten Freihandelskurs. Zwar hat Attac das Globalisierungsthema in Deutschland bekannter gemacht. Aber auch innerhalb der NGOs ist globaler Freihandel immer noch ein Experten-thema, über das die meisten Mitglieder nur wenig wissen.

Daher hat eine Gruppe von NGOs „Gerechtigkeit jetzt!“ – Die Welthandelskampagne“ gegründet, um das Thema Welthandel aus der Expertenecke zu holen und in einer breiten Koalition die neue Welthandelsrunde kritisch zu begleiten. Mitinitiatoren der Kampagne sind Brot für die Welt, MISEREOR, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Jugend im BUND (BUNDjugend), der Evangelische Entwicklungsdienst (eed), FIAN, das Forum Umwelt und Entwicklung, Germanwatch und WEED. Die Kampagne tritt ein für Gerechtigkeit im Welthandel und fordert Handelsregeln, die demokratisch sind, verbindliche soziale und ökologische Standards vor-

schreiben und allen Menschen, insbesondere den Armen und der Umwelt dienen.

„Gerechtigkeit jetzt!“ knüpft an Erfolge ähnlicher Koalitionen in anderen Ländern an. Insbesondere in Großbritannien, Irland, Schweden und der Schweiz haben sich in den vergangenen zwei Jahren unter dem Titel „Trade Justice Movement“ breite gesellschaftliche Bündnisse für einen fairen und umweltgerechten Welthandel gegründet. In London gab es bereits mehrere so genannter „Mass Lobbies“, also massives Lobbying, bei dem viele Zehntausende von ihren Abgeordneten eine andere Welthandelspolitik einforderten. In Deutschland startete die Kampagne am 3. Juli mit einer Aktion vor dem Bundestag. Die Koalition soll noch wachsen. Am 7. und 8. November 2003 findet die offizielle Gründungsveranstaltung statt.

Daniel Mittler

Kontakt: info@gerechtigkeitjetzt.de,
www.gerechtigkeitjetzt.de,
Trade Justice Movement UK,
mail@tjm.org.uk,
www.tradejusticemovement.org

Cancún ist überall

Während im mexikanischen Cancún die WTO-Ministerkonferenz tagt, ist weltweit die Zivilgesellschaft in Bewegung – auch in Deutschland. Auf der Berliner Kon-

ferenz „Fatal global?! Fakten – Folgen – Alternativen“ trifft sich vom 5.-6. September 2003 die deutsche globalisierungskritische Bewegung. Ein breites Bündnis aus 27 Organisationen und Gruppen von Gewerkschaften über umwelt- und entwicklungspolitisch Aktiven, bis hin zu politischen Stiftungen lädt dazu ein, die WTO-Agenda mit ihren weltweiten Konsequenzen kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Der Kongress ist ausdrücklich keine Expertenrunde, sondern für alle offen, die Interesse haben, den Austausch unter den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren weiter voranzubringen. Rund 40 Workshops sowie Vorträge und Podiumsdiskussionen mit bekannten Globalisierungskritikern aus dem In- und Ausland bieten dafür genügend Möglichkeiten. Als Referenten angefragt sind unter anderem Walden Bello (Focus on the Global South, Thailand), Jean Ziegler (UN-Sonderbotschafter für das Recht auf Nahrung, Schweiz) und Christa Wichterich (Soziologin).

Inhaltlich ist das Spektrum mit Themen wie Agrarhandel, die beiden WTO-Abkommen GATS und TRIPS, Sozialstandards und Menschenrechte, Umweltschutz und Zukunftsfähigkeit oder Governance und Demokratie weit gefasst. Die Teilnahme am Kongress in den Räumen der Technischen Universität Berlin ist kostenlos, für Unter-

ökom verlag GAIA 2/03



Wie misst man die Qualität von Wissenschaft? Warum stößt das klassische Modell der Evaluation an seine Grenzen, wenn es gilt, außeruniversitäre Forschung, inter- und transdisziplinäre Forschung zu bewerten? Und welche Art der Evaluation braucht diese Forschung? Hansvolker Ziegler, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Hartmut Graßl, Franz Josef Radermacher, Lenelis Kruse und Walter Peissl gehen diesen Fragen im GAIA-Disput auf den Grund.

In GAIA 2/03 lesen Sie außerdem:

- Wie lässt sich die politische Förderung des Ökolandbaus begründen? (Beiträge von Stephan Dabbert und Anna Maria Häring; Stefan Mann; Ulrich Koester)
- Integrative Biodiversity Research – Emerging Issues for Linking Natural and Social Sciences (Anke Jentsch et al.)

Abonnement von 4 Ausgaben:

Einzelpersonen: 79,- €,
Institutionen: 139,- €,
Studenten: 50,- €
Einzelheft: 20,- € (zzgl. Versandkosten)

GAIA ist jetzt online bei
www.ingentaselect.com
www.gaia-online.net

Erhältlich bei
CONSODATA ONE-TO-ONE
Semmelweisstraße 8,
D-82152 Planegg
Fon ++49/(0)89/8 57 09-155
Fax ++49/(0)89/8 57 09-131
kontakt@oekom.de

www.oekom.de

kunft und Fahrtkosten müssen die Teilnehmer selbst aufkommen. (nm)

Kontakt und Anmeldung:
info@cancun-konferenz.de,
www.cancun-konferenz.de

Streitfall Gentechnik

Im Mai 2003 haben die USA, Kanada und Argentinien vor der WTO Klage gegen die Europäische Union erhoben. Sie fordern, dass die EU ihr seit 1998 bestehendes Importverbot für gentechnisch veränderte Lebensmittel aufhebt. Da die Europäer bisher keinen sicheren wissenschaftlichen Beweis für die Schädlichkeit von gentechnisch veränderten Lebensmitteln vorgelegt haben, verstoße diese EU-Regelung gegen Welthandelsrecht. Damit liegt, so die Argumentation der USA, eine Diskriminierung gleichartiger Produkte vor – was nach WTO-Recht verboten ist.

Zahlreiche Umwelt- und globalisierungskritische Organisationen mobilisieren gegen diesen Vorstoß: Ihres Erachtens soll sich die Welthandelsorganisation nicht auch noch in Fragen der Gentechnik einmischen. Zumal die Kläger, die WTO in diesem Streitfall als als Vehikel für eigene Interessenpolitik missbrauchen. Denn sie produzieren zusammen über 95 Prozent der weltweit hergestellten gentechnisch veränderten Lebensmittel (vor allem Mais und Soja). Allein in den USA sind ungefähr 35 Prozent der Maisproduktion gentechnisch verändert. Da es keine getrennten Verarbeitungswege gibt, können potenziell 98 Prozent des exportierten Mais gentechnisch veränderte Anteile haben. Wenn der europäische Markt für diese Produkte aber geschlossen ist, müssen die US-amerikanischen Hersteller entsprechende Exporteinfuhrhinnein. Umweltorganisationen, wie Friends of

the Earth und Greenpeace oder Attac bereiten zurzeit Kampagnen vor, um die Brisanz des Gentechnik-Streites öffentlich zu machen und gentechnisch veränderte Lebensmittel auch weiterhin von Europa fern zu halten.

Markus Steigenberger

Kontakt: Attac: www.attac.de/
gentechnik@attac.de;
Greenpeace: www.greenpeace.de/
info@gentechnik.de;
Friends of the Earth/BUND: Daniel Mittler, daniel.mittler@bund.net,
www.bund.net

Bildungsprojekt Ökologie und Globalisierung

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat eine neue Bildungskampagne im Bereich Umweltschutz und Globalisierung gestartet. Mit Vorträgen, Workshops und Seminaren vermittelt das Projekt „ÖkologieGlobal – Die ökologischen Grenzen der Globalisierung“ Zusammenhänge von Ökologie und Globalisierung. Das Angebot richtet sich an politisch Interessierte, die sich über das Spannungsfeld von Wachstum, endlichen Ressourcen und der Belastungsfähigkeit der Erde informieren möchten.

Melanie Diller

Kontakt: ÖkologieGlobal,
info@oekologieglobal.de,
www.oekologieglobal.de

Zum Abflug bereit!

Junge Aktive aus der Umweltbewegung fit für den politischen Alltag zu machen, ist die Grundidee des Kurs ZukunftsPiloten – dem Weiterbildungsprogramm des Deutschen Naturschutzing (DNR) in Kooperation mit der Universität Lüneburg. Der Kurs hat sowohl eine inhaltliche Vertiefung in umweltpolitischen Themen als auch die

Weiterqualifizierung in der strategisch-politischen Arbeit und die Stärkung sozialer Kompetenzen zum Ziel. Teilnehmen können Umweltbewegte zwischen 21 und 27 Jahren.

Der jetzige Kurs schließt mit der Tagung „Frischer Wind für die Umweltbewegung. Neue Ansätze für umweltpolitisches Engagement“ vom 10.-11.Oktober 2003 in Osnabrück ab. Hierzu laden die AbsolventInnen junge und alte Umweltbewegte ein, um nach neuen Ansätzen für umweltpolitisches Engagement zu suchen. Für das Frühjahr 2004 ist ein neuer Kurs geplant. (nm)

Kontakt: info@zukunftsploten.de,
www.zukunftsploten.de

Alternative Weltwirtschaftsordnung

„Eine andere Welt ist möglich.“ Attac will es nicht länger bei diesem Slogan der Globalisierungskritik belassen. Die AG Alternative Weltwirtschaftsordnung (AG AWWO) hat die schwierige Aufgabe übernommen, die verschiedenen Fäden innerhalb des breiten Bündnisses zusammenzuführen. Herausgekommen ist bislang der erste Entwurf eines Positionspapiers „Für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung“. Es ist der Versuch, konkrete Antworten auf die Frage nach Alternativen zur neoliberalen Globalisierung zu geben.

Ziel ist es, bis zum Frühjahr 2004 ein gemeinsames Papier zu verabschieden, das die gemeinsamen Positionen, aber auch die verbleibenden Unterschiede und Differenzen innerhalb von Attac zum Ausdruck bringt. Drei unterschiedliche Alternativstrategien stehen im Zentrum: 1. Gerechtere Gestaltung der Globalisierung, 2. Entglobalisierung – Von der Weltmarkt- zur Binnenori-

entierung, und 3. Lokalisieren statt Globalisieren. Das Spannungsverhältnis zwischen reformorientierten Globalisierungskritikern und radikalen Globalisierungsgegnern kann sich so als förderlich für eine gemeinsame Wegstrecke zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung erweisen. Neu für den Diskussionsprozess bei Attac ist, dass die Orientierung an dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung und Positionen der Wachstumskritik einen breiteren Raum einnehmen. Auch feministische Positionen einer geschlechtergerechten Wirtschaftsordnung kommen deutlich zu Wort.

Eckhard Stratmann-Mertens

Kontakt: Attac AG Alternative Weltwirtschaftsordnung (AWWO), Eckhard Stratmann-Mertens, Stratmann-Mertens@gmx.de, www.attac.de/awwo

Die Bewegung bilden

Viele politische Kampagnen, Aktionen und Projekte verwenden zu wenig Aufmerksamkeit auf die Entwicklung klarer, der jeweiligen politischen Situation angepassten Strategien. Zudem werden Erfolge oder Misserfolge nicht genug evaluiert und erfolgreiche Strategien nur selten weiterentwickelt. Dabei müssen gerade Kampagnen immer wieder schnell auf politische Entwicklungen reagieren. Dadurch besteht die Gefahr, zu einfache Antworten auf vielschichtige und komplexe Problemstellungen zu geben. Wissen über erfolgreiche politische Arbeit in sozialen Bewegungen weiterzugeben, ist das Ziel der neu gegründeten Bewegungsakademie in Verden. Mit Weiterbildungsangeboten und Tagungen will die Bewegungsakademie die Handlungsfähigkeit sozialer Bewegungen erweitern und stärken. Dabei sieht sie sich als Schnittstelle zwischen Bewegung, Politik und

Wissenschaft mit dem Ziel, Akteure enger zu vernetzen und Diskursräume zu öffnen. Im Herbst dieses Jahres finden sechs Seminare in Kooperation mit Attac statt – unter anderem zu „Erfolgsbedingungen sozialer Bewegungen“, „Argumente der Globalisierungskritischen Bewegung“.

Sören Jansen

Kontakt: Sören Jansen, janssen@bewegungsakademie.de, www.bewegungsakademie.de

Externe Kosten des

Welthandels unter der Lupe

Wie hängt Globalisierung mit weltweitem Ressourcenverbrauch und mit globalen Güter- und Verkehrsströmen zusammen? Wie beeinflusst sie die Verschränkung von Überkonsum im Norden und Flächenbelegung im Süden, und welche sozialen und ökologischen Konflikte entstehen dadurch? Was bedeutet ökologische Gerechtigkeit im inter- und transnationalen Maßstab? Und wie ist es möglich, all dies in Zeiten neoliberaler Globalisierung demokratisch und nachhaltig umzusetzen?

Entlang dieser komplexen Fragestellungen erarbeitet das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in dem Projekt „Globalisierung und Nachhaltigkeit“ Beiträge zur wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte über Gründe, Verlauf und Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung. Szenarien, Leitideen und Umsetzungskonzepte sollen eine zukunftsfähige Gestaltung der Globalisierung greifbar machen. Abteilungsübergreifend und interdisziplinär werden thematische Stärken des Instituts gebündelt und in einem neuen Problemhorizont zusammengeführt. Fachkreise und die interessierte Öffentlichkeit können die Forschungsergebnisse in der Publikati-

onsserie „Wuppertal Papers“ verfolgen. Zum Abschluss des Projekts ist eine Buchpublikation im Sommer 2004 geplant.

Tilman Santarius

Kontakt: Tilman Santarius, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, tilman.santarius@wuppertalinst.org; weiterführende Links und Literatur unter www.wuppertalinst.org/globalisierung

Fragwürdiges Spiel mit der Gesundheit

Ein kritischer Blick auf die Geschäftspraktiken der Pharmaindustrie in den Ländern des Südens ist notwendig, denn der Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten ist hier keinesfalls alltäglich. Gerade die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung sowie ungerechte Welthandelsstrukturen verschärfen die Situation. Patente auf Medikamente sichern den Pharmafirmen eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt, abgesichert etwa durch das Abkommen zum Schutz geistigen Eigentums (TRIPS) der WTO von 1996. Dadurch kommen Medikamente zu schwindelerregenden Preisen auf den Markt – für die Armen der Welt oft unerschaffbar. In den zahlungskräftigen Industriestaaten Modepillen abzusetzen, ist für Pharmakonzerne deutlich lukrativer, als die Grundversorgung in den finanzschwächeren Ländern des Südens zu sichern. Die Pharmakampagne der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO), ein Zusammenschluss von 200 deutschen Dritte Welt Aktions- und Solidaritätsgruppen, beschäftigt sich engagiert mit dem Thema „Arzneimittel und Dritte Welt“ und macht diese Missstände öffentlich. (nm)

Kontakt: info@bukopharma.de, www.bukopharma.de

SOZIALE TECHNIK

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND UMWELTVERTRÄGLICHE TECHNOLOGIEGESTALTUNG

Seit 12 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 15,- (für Studierende € 10,-).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien

SOZIALE TECHNIK



Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abbestellungen:

Tel.: 0 316/813909-0 Fax: 0 316/810274

E-mail: w.ochter@ifz.tu-graz.ac.at

Web: www.ifz.tu-graz.ac.at/sate/

medien



Stiglitz, J.: Schatten der Globalisierung

Es ist schon etwas Besonderes, wenn ein Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften ein globalisierungskritisches Buch schreibt. Noch spannender wird es allerdings, wenn eben dieser Autor mehrere Jahre Chefvolkswirt der Weltbank gewesen ist! Josef Stiglitz beschreibt die Fehler und Schwächen der wirtschaftlichen Globalisierung. Es geht ihm nicht darum, endlose Fakten aneinander zu reihen, sondern Entscheidungsprozesse offen zu legen und Interessen aufzudecken. Dies tut er, indem er aus einem Fundus eigener Erfahrungen seiner aktiven Zeit als Berater der Regierung Clinton und in der Chefetage der Weltbank schöpft. Dabei spart er auch nicht mit Kritik an ehemaligen Kollegen. Sein Fokus ist die Politik von Weltbank und IWF in den 1980er- und 90er-Jahren. Scharf kritisiert er das Konzept der neoliberalen Struktur Anpassung, das

seit über 20 Jahren beiden Institutionen als Grundlage ihres Handelns gilt: „Hätte man einem Papagei den Spruch ‚fiskalische Austerität, Privatisierung und Marktöffnung‘ beigebracht, dann hätte man auf den Rat des IWF verzichten können“. Ausführlich schildert er deren Versagen in der Asienkrise von 1997 und der Russlandkrise im darauf folgenden Jahr.

Doch Stiglitz ist keinesfalls ein Gegner der Marktwirtschaft geworden. Im Gegenteil: Er befürwortet beispielsweise die Privatisierung staatlicher Unternehmen und stärkeren internationalen Wettbewerb. Vielmehr sucht er Wege, das derzeitige System zu verbessern. So spricht er sich deutlich für eine Global Governance aus und fordert dazu auf, die Globalisierung auf internationaler Ebene zu gestalten. Besonders interessant wird es, wenn er sich mit seinen konkreten Forderungen in einem Boot mit Attac und anderen globalisierungskritischen Gruppen wiederfindet – sei es bei der Regulierung des Bankenwesens, der Reform des IWF oder einem umfassenden Schuldenerlass für die Entwicklungsländer. Gerade weil es eine „andere“ Perspektive einnimmt, ist Stiglitz' Buch eine lohnende Lektüre. (nm)

Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung. Siedler Verlag, Berlin 2002, 304 S., 19,90 €/33,60 sFr; ISBN 3-8860-0753-3.

Grefe, C./Greffrath, M./Schumann, H.: Attac.

Was wollen die Globalisierungskritiker?

Das fragen sich spätestens seit den Protesten rund um den G8-Gipfel in Genua im Sommer 2001 immer mehr Menschen. Ein großes Bündnis der Zivilgesellschaft ist bereit, den Kampf gegen die Folgen der neoliberalen Globalisierung aufzunehmen. Attac, ursprünglich ein Zusammenschluss zur Regulierung der Finanzmärkte, hat sich als Vertreter der Globalisierungskritiker in Deutschland profiliert und binnen weniger Monate enormen Zulauf erhalten. Woher kommt dieser Erfolg? Was motiviert so unterschiedliche Gruppen wie Kirchen, Gewerkschaften, Umwelt- und Entwicklungspolitische Organisationen sich in dem Netzwerk zusammenzuschließen? Was kritisieren sie?

Diese Fragen stehen im Zentrum des Buchs. In einem ersten Teil führt Harald Schumann in zentrale Themen der Globalisierungskritik ein. Matthias Greffrath und Christiane Grefe zeichnen anschließend die Entwicklung von Attac Deutschland nach. Dabei kommen bekannte internationale und deutsche Vertreter der globalisierungskritischen Bewegung ebenso zu Wort wie Aktivisten aus den zahlreichen Regionalgruppen. Dadurch gelingt es, die Stimmungen und verschiedenen Positionen innerhalb des Netz-

werkes widerzuspiegeln und das Neue und Vielfältige dieser Bewegung herauszustellen.

Das Buch ist leicht verständlich geschrieben und ist als einführende Lektüre gut geeignet. Die Autoren betrachten Attac mit wohlwollender Kritik – insbesondere die spannende Frage der thematischen und strukturellen Weiterentwicklung des noch jungen Bündnisses. (nm)

Grefe, Christiane; Greffrath, Mathias; Schumann, Harald: Attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?
Rowohlt Verlag, Berlin 2002, 221 S., 12,90 €/22,60 sFr;
ISBN 3871344516.



Müller, K.: Globalisierung

Globalisierung ist in den letzten Jahren zum Modewort avanciert. Greifbar ist sie dadurch aber noch lange nicht. Das Buch hilft, dem oftmals diffusen Globalisierungsbegriff klarere Konturen zu geben. Müller hinterfragt, wie Demokratie möglich ist, wenn Konzerne, Profitinteressen und Wirtschaftsdaten mehr Einfluss haben als die Politik. Die Internationalen Finanzinstitutionen spielen hierbei eine zentrale Rolle. Dem wird das Buch dadurch gerecht, dass es im zweiten Teil eine kritische Einführung in das Weltwirtschaftssystem bietet. Wo bleibt angesichts dieser Entwicklung der Raum für politische Lösungen? Der Autor skizziert Zukunftsperspektiven für globale Re-

gulierungen, wie etwa den Global Governance-Ansatz. Besondere Aufmerksamkeit findet die EU als Beispiel für das Zusammenspiel von regionaler und globaler Orientierung. Diese Einführung stützt sich auf eine breite Literaturbasis und bezieht aktuelle Forschungsergebnisse mit ein. So gelingt eine informative Darstellung, die das Für und Wider der Globalisierung beleuchtet. (nm)

Müller, Klaus: Globalisierung.
Campus, Frankfurt/M. 2002, 177 S., 12,90 €/22,70 sFr;
ISBN 3-593-36829-3.

Klein, N.: Über Zäune und Mauern

Zäune und Mauern sieht Naomi Klein durch die Ideologie des Freien Marktes neu entstehen und nicht, wie landläufig propagiert, verschwinden. Zäune und Mauern werden in dem Buch zum Symbol, als Trennung zwischen Armen und Reichen, zwischen denen die konsumieren können und denen, die außen vor bleiben. Zwischen denen, die ein Leben in Würde und Selbstbestimmung führen und denen, die um das Existenzminimum kämpfen.

Wie in ihrem Bestseller „No Logo“ schildert Naomi Klein auch in den hier gesammelten 42 Kolumnen, Essays und Reden mit klaren Worten ihre Erlebnisse und Erfahrungen in und mit der globalisierungskritischen Bewegung. Die Proteste von Seattle 1999 und der 11. September 2001, als zwei entscheidende Wendepunkte für die Bewegung, bilden den Zeitrahmen. Die Autorin zieht ihre Schlüsse aus Bewegungen und Diskussionen mit landlosen Lehmern in Brasilien, erwerbslosen Lehrern in Argentinien, Demonstrierenden bei internationalen Gipfeltreffen oder mit neoliberalen Wissenschaftlern.

Wie in einem Puzzle entstehen so Momentaufnahmen der vielschichtigen, internationalen globalisierungskritischen Bewegung. Die persönlich gehaltenen Berichte provozieren durch die direkte und plastische Sprache Kleins, zeigen aber weniger praktische Alternativen auf. Der Reiz des Buches liegt vielmehr in der Verbindung von engagiertem Schreiben und dem Wissen um die Themen und das Selbstverständnis der Globalisierungskritiker. (nm)

Klein, Naomi, Über Zäune und Mauern. Bericht von der Globalisierungsfrente. Campus, Frankfurt/M. 2003, 303 S., 17,90 €/29,80 sFr;
ISBN 3-593-37216-9.



Flavin, C./Young, B./Scherrer, C. u.a.: Global Governance

In der globalisierten Ökonomie hat die Wirtschaft die Herrschaft über die Politik angetreten. Dem wollen NGOs und Gewerkschaften nicht tatenlos zusehen: Sie diskutieren die Frage, wie die Erde unter diesen Umständen zu regieren ist. Global Governance, verstanden als Regulierungskonzept, das neben Regierungen auch NGOs und Gewerkschaften mit einschließt, bietet eine Alternative.

In dem Sammelband beziehen Gewerkschafter und NGO-Vertreter sowie Wissenschaftler aus dem In- und Ausland Stellung. Globale Regulierungen sind auf dem Weg zu

ökom verlag politische ökologie 66



Jenseits des Wachstums

Deutschland im Jahr 2000: Wandel und Reformen werden allenthalben angelehnt, der Umbau von Industriegesellschaft und Sozialstaat beschworen, der Aufbruch in Internet, Biotech- und sonstige Zeitalter gefeiert. Wenn von Wandel die Rede ist, heißt das im Wesentlichen: Weiter so – nur besser, schneller und effizienter. Der Hinweis auf „Grenzen des Wachstums“, nun bereits fast 30 Jahre alt, scheint dagegen nicht mehr relevant zu sein. Die *politische ökologie* 66 bringt das Thema Wachstum wieder zurück auf die Tagesordnung. Sie versammelt prominente internationale Stimmen, die mahnen, dass das Problem nicht nur nicht gelöst ist, sondern immer drängender wird. So vielfältig wie die Diagnosen sind auch die Therapieansätze. Das Heft gibt einen umfassenden Überblick über den Stand der Wachstumsdiskussion und zeigt, wie aktuell diese Frage nach wie vor ist. Wohin wachsen wir?

Mit Beiträgen von F. Luchs, F. Hinterberger, H. E. Daly, G. Scherhorn, E. Altvater, K. Topfer, E. U. v. Weizsäcker und anderen.

www.oekom.de

Abonnement von 6 Ausgaben für

Einzelpersonen: 55,- € (+Online-Abo: 82,50 €)
Institutionen: 95,- € (+Online-Abo: 142,50 €)
Studenten: 45,- € (+Online-Abo: 67,50 €)
Minibab (2 Hefen): 18,- €
Einzel-/Doppelheft: 10,- €/15,- €
(zzgl. Versandkosten)

Erhältlich bei CONSODATA ONE-TO-ONE

SammelweisstraÙe 8, D-82152 Planegg
Fon ++49/(0)89/8 57 09-155
Fax ++49/(0)89/8 57 09-131
E-Mail kontakt@oekom.de

mehr Gerechtigkeit und Solidarität notwendig, etwa in der globalen Klimapolitik. Die bestehenden Organisationen wie IWF, Weltbank oder die Vereinten Nationen sind aber grundsätzlich zu reformieren. So der Tenor des Buches, das Diskussionsbeiträge der 3. Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung, der Fördereinrichtung der IG Metall, dokumentiert. Aber auch Kritiker, die die Lösung nicht in einer Reform internationaler Institutionen sehen, kommen zu Wort. Die Besonderheit des Tagungsbandes liegt darin, dass NGOs und Gewerkschaften sich gemeinsam dieser Diskussion stellen. (nm)

Flavin, Christopher; Young, Brigitte; Scherrer, Christoph u.a.: *Gewerkschaften und NGOs – Akteure für Gerechtigkeit und Solidarität*. VSA-Verlag, Hamburg 2002, 160 S., 12,80 €/23,20 sFr, ISBN 3-87975-846-8.



Walk, H./Boehme, N.: Globaler Widerstand

Tausende von Menschen protestieren in den letzten Jahren weltweit gegen die neoliberale Welthandelspolitik. Sie schließen sich in Aktionsnetzwerken zusammen, um Druck auf die Politik aufzubauen und Missstände öffentlich zu machen. Die Chancen global agierender Protestgruppen, untersucht dieser Sammelband. Dabei geht es um zweierlei: Zum einen um die Analyse der Erfolgsbedingungen sozialer Bewegungen, zum anderen um un-

terschiedliche Mobilisierungsansätze. Der Leser bekommt so einen Einblick in die Strategien so unterschiedlicher Gruppen und Kampagnen wie Peoples Global Action, Attac, kritische Mediennetzwerke, den mexikanischen Zapatistas, Friends of the Earth International oder der entwicklungspolitischen Kampagne erfassjahr.de.

Den Herausgebern ist es gelungen, Positionen und Einschätzungen von namhaften Wissenschaftlern und Aktivisten wie Elmar Altvater, Pierre Bourdieu, Dieter Rucht, Ulrich Brand oder Peter Wahl zusammenzustellen. Ein anregendes und abwechslungsreiches Buch über den Stand und Potenziale der globalisierungskritischen Bewegungen. (nm)

Walk, Heike; Boehme, Nele: *Globaler Widerstand – Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus*. Westfälisches Dampfboot, Münster 2002, 216 S., 20,50 €/37,00 sFr, ISBN 3-89691-515-0.

International Forum on Globalization (Hg.): *Alternatives to Economic Globalization*

Was sind die Alternativen zur wirtschaftlichen Globalisierung? Das International Forum on Globalization versucht, erste Antworten zu geben. Den Ausgangspunkt bildet die Kritik an der derzeitigen Situation. Parallel dazu stellen die 19 Autoren „10 Prinzipien für eine nachhaltige Gesellschaft“ vor, die die Grundlage für eine alternative Weltordnung bilden sollen. Davon ausgehend entwickeln sie einige konkrete Handlungsvorschläge: Etwa die Verlagerung des Streitschlichtungsverfahrens aus der WTO in die Vereinten Nationen oder die Einrichtung regionaler Währungsfonds. Spannend ist auch die Entstehung des Buches. Es ist das Ergebnis eines jahrelangen Diskussionsprozesses mit Globalisierungskritikern aus

aller Welt. Nach Auskunft der Autoren handelt es sich um den Versuch, ausgehend von der Kritik, den Schritt nach vorn, zu den Alternativen, zu machen. Der Prozess stehe dabei noch am Anfang. Die Leser werden aufgefordert, mitzudenken und in den Diskurs über die Zukunft der Welt einzutreten.

Zwar bleiben viele Fragen offen. Insgesamt ist dieses Buch jedoch ein gelungener Versuch, die Diskussion über Alternativen zur wirtschaftlichen Globalisierung voranzubringen. (nm)

International Forum on Globalization (Hg.): *Alternatives to Economic Globalization. A Better World is Possible*, San Francisco 2002, 286 S., US \$ 15,95, ISBN 1-57675-204-6.



Le Monde diplomatique (Hg.): Atlas der Globalisierung

Ein Atlas soll auf einen Blick den Zugang zu einem (Themen)Gebiet ermöglichen. Genau dies gelingt dem Atlas der Globalisierung, herausgegeben von der Le Monde diplomatique rund um die französischen Globalisierungskritiker Ignacio Ramonet und Bernard Cassen. Die politischen Veränderungen nach 1989 und das rasante Fortschreiten der neoliberalen Globalisierung haben die weltweiten Machtstrukturen grundlegend verändert. Der Atlas zeigt in übersichtlichen Grafiken und Karten, welche Folgen dies in unzähligen

Bereichen unserer heutigen Gesellschaft hat. Er kontrastiert unterschiedliche Interessen wie die der Supermacht USA mit den Problemen von Staaten der Subsahara. Die Darstellungen räumen mit dem in den Industriestaaten so populären Mythos auf, dass wirtschaftliche Globalisierung Wohlstand für alle bringt. Die tatsächliche Verteilung von materiellem Wohlstand, der ungleiche Zugang zu elementaren Dienstleistungen oder die Einschränkungen von Grundrechten werden klar skizziert.

Informative Texte erleichtern den Zugang zu so unterschiedlichen Themen wie Welthandel, Demokratie, Migration, technische Innovationen oder Demokratie und sozialer Fortschritt. Zahlreiche Internetlinks verweisen auf weiterführende Informationen. Schon beim ersten Blättern regt der Atlas zum Weichschmökern an. (nm)

Le Monde diplomatique: *Atlas der Globalisierung*. Taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin 2003, 191 S., 10,00 €/17,80 sFr, ISBN 3-9806917-6-4.

Attac-Basistexte

Einführende Basistexte zu globalisierungskritischen Themen gibt es bisher nur wenige. Die Reihe „Attac-Basis-Texte“ will diese Lücke schließen. Wissenschaftler und Aktive aus bundesweiten Arbeitsgruppen von Attac haben bisher zu folgenden Themen Einführungen geschrieben: Sozialstaat, GATS, WTO, Steueroasen und Tobinsteuer. Im Herbst 2003 erscheinen vier weitere Basistexte zu den Themen Umwelt und Ökologie, Krieg, Frauen und Privatisierung. Die Einführungen sind jeweils 96 Seiten stark und kosten 6,50 €/12,00 sFr. Mehr dazu unter www.vsa-verlag.de.

Kurz notiert**Auguiton, Christophe: Was bewegt die Kritiker der Globalisierung?**

Von Attac zu Via Campesina.
Neuer ISP Verlag, Köln 2002,
224 S., 16,80 €/30,00 sFr,
ISBN 3-89900-103-6.

Buchholz, Christine; Karrass, Anne
u.a. (Hg.): **Unsere Welt ist keine
Ware. Handbuch für Globalisie-
rungskritiker.** Kiepenhauer &
Witsch, Köln 2002, 352 S., 9,90 €//
17,70 sFr, ISBN 3-462-03164-3.

BUKO-Arbeitsschwerpunkt Welt-
wirtschaft, iz3w Freiburg (Hg.):

Wo steht die Bewegung? Eine Zwi-
schenbilanz der Globalisierungskri-
tik. Freiburg 2003, 76 S., 5,00 €.
Bestelladresse: www.iz3w.org.

Fritz, Thomas: **Die letzte Grenze
GATS: Die Dienstleistungsver-
handlungen in der WTO Sach-
stand, Probleme, Alternativen.**
Eine kritische Einführung. Bonn
2003, 61 S., € 7,50. Bestelladresse:
www.weed-online.org.

**Globalisierung der Weltwirt-
schaft.** Schlussbericht der Enquete-
Kommission, hrsg. v. Deutscher
Bundestag, Leske + Budrich, Opla-
den 2002, 620 S., 24,90 €//
43,00 sFr, ISBN 3-8100-3657-9.

Hempel; Gotthilf, Schulz-Baldes,
Meinhard (Hg.): **Nachhaltigkeit
und globaler Wandel.** Guter Rat
ist teuer. Peter Lang, Frankfurt
2003, 224 S., 20,80 €;
ISBN 3-631-50400-4.

Kemper, Peter; Sonnenschein,
Ulrich: **Globalisierung im Alltag.**
Suhrkamp, Frankfurt 2002, 304 S.,
8,50 €/15,20 sFr,
ISBN 3-518-39932-2.

Kopfmüller, Jürgen (Hg.): **Den glo-
balen Wandel gestalten.** For-
schung und Politik für einen nach-
haltigen globalen Wandel. Edition
Sigma, Berlin 2003, 358 S.,
24,90 €; ISBN 3-89404-576-0.

Leggewie, Claus: **Die Globalisie-
rung und ihre Gegner.** C. H. Beck,
München 2003, 192 S., 9,90 €//
17,40 sFr, ISBN 3-406-47627-9.

Mahnkopf, Birgit (Hg.): **Manage-
ment der Globalisierung.** Akteure,
Strukturen und Perspektiven. Editi-
on Sigma, Berlin 2003, 355 S.,
22,90 €; ISBN 3-89404-792-5.

Mander, Jerry; Cavanaugh, John
(Hg.): **Eine andere Welt ist mög-
lich.** Alternativen zur Globalisierung.
Bertelsmann, erscheint im Herbst,
22,00 €; ISBN 3-570-50048-9.

Osterhammel, Jürgen; Petersson,
Niels P.: **Geschichte der Globalisie-
rung.** C.H. Beck, erscheint im
Herbst, ca. 128 S., 7,90 €//
14,10 sFr, ISBN 3-406-48020-9.

Richter, Horst E.: **Ist eine andere
Welt möglich?** Für eine solidarische
Globalisierung. Kiepenhauer &
Witsch, Köln 2003, 224 S., 8,90 €//
16,00 sFr, ISBN 3-462-03253-4.

Sachs, Wolfgang: **Ökologie und
Menschenrechte.** Wuppertal Paper
131, Wuppertal 2003. Download:
[www.wuppertin.org/Publikatio-
nen/wp.html](http://www.wuppertin.org/Publikationen/wp.html).

Safranski, Rüdiger: **Wie viel Global-
isierung verträgt der Mensch?** Han-
ser, München 2003, 120 S., 14,90 €//
26,20 sFr, ISBN 3-446-20261-7.

Scharenberg, Albert; Schmidtke, Oli-
ver (Hg.): **Das Ende der Politik?** Glo-
balisierung und der Strukturwandel
des Politischen. Westfälisches Dampf-
boot, Münster 2003, 383 S., 24,80 €//
42,90 sFr, ISBN 3-89691-538-X.

Sen, Amartya: **Ökonomie für den
Menschen.** dtv-Verlag, München
2002, 424 S., 12,50 €/21,90 sFr;
ISBN 3-42336264-2.

Tagungsband des gemeinsamen
Kongresses „MCPlanet.com“: **Die
Umwelt in der Globalisierungsfal-
le.** VSA-Verlag, Hamburg, erscheint
im Herbst, 192 Seiten, 12,80 €//
23,30 sFr, ISBN 3-89965-029-8.

Webtipp**www.wto.org**

Die offizielle Seite der Welthandelsorganisation enthält neben Infor-
mationen zur Organisationsstruktur der WTO, Hinweise über aktuelle
Verhandlungsthemen und offizielle WTO-Dokumente. Interessant für
einen Einblick in die Leitlinien der WTO-Politik. In englischer, franzö-
sischer und spanischer Sprache.

www.weed-online.org/handel/index.htm

Texte und Links zum Schwerpunkt Internationale Handels- und Investitions-
politik/WTO. Betreut wird diese Seite von der NGO Weltwirt-
schaft, Ökologie & Entwicklung. Gut geeignet für einen ersten kriti-
schen Überblick zum Thema Welthandel.

www.forumue.de/themenundtags/handel/index.html

Die Webseite, zusammengestellt von der NGO Forum Umwelt und Ent-
wicklung, enthält eine informative Sammlung von Positionspapieren,
Publikationen und einführenden Informationen zum Thema Welthandel
und WTO.

www.attac.de/wto

Startseite der bundesweiten Arbeitsgruppe Welthandel und WTO von
Attac Deutschland. Sie informiert über aktuelle Arbeitsschwerpunkte
und Kampagnen von Attac zum Thema WTO und Welthandel. Auf der
Startseite unter www.attac.de sind einführende Texte bzw. Literatur-
hinweise zu globalisierungskritischen Themen zusammengestellt.

www.ifg.org

Homepage des Internationalen Forums Globalisierung (International
Forum of Globalization), einem weltweiten Zusammenschluss von 60
führenden Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Ökonomen, die sich kri-
tisch mit den Folgen der ökonomischen Globalisierung auseinander-
setzen. In englischer Sprache.

www.germanwatch.org/tw/cancun03.htm

Eine informative Sonderseite der NGO Germanwatch zur WTO-Minister-
konferenz in Cancún. Übersichtlich sind hier Hintergrundinforma-
tionen, offizielle Dokumente und Links so zusammengestellt, dass sie
einen ersten Überblick ermöglichen. Während der Konferenz in Can-
cún findet sich hier ein täglich aktualisierter Online-Pressespiegel.

www.cancun2003.org

Die Cancún-Webseite der Heinrich-Böll-Stiftung bietet Texte und Dis-
kussionen zu den Themen Globalisierung, Handel, Agrardienstleistun-
gen, Gender & GATS, Wasser, kulturelle Vielfalt und zu der Reform der
WTO sowie aktuelle Hintergrundinformationen zur WTO-Konferenz.
Hier kommt auch die Sicht von NGOs aus Ländern des Südens zu Wort.
In spanischer und englischer Sprache.

Gesundheitspolitik 2003

Einstieg in die Zukunft oder Verlängerung der Vergangenheit?

Von Michael Opielka (1)

Das sozialpolitische Mantra in Deutschland lautet, die Lohnnebenkosten seien zu hoch. Unter Führung von Ulla Schmidt (SPD) und Horst Seehofer (CDU) einigte sich am 21.7.2003 eine rot-grün-schwarze Koalition auf ein Papier, das vor allem darin Abhilfe schaffen soll. „Eckpunkte der Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform“ lautet dessen prosaischer Titel, als „das größte Reformwerk der jüngeren Sozialgeschichte“ beschreibt es enthusiastisch Co-Autor Seehofer. (2) Es geht darin auch um das Gesundheitswesen. Vor allem aber geht es um Geld. Das Ziel sei, „den Beitragssatz nachhaltig zu senken, die Lohnnebenkosten zu entlasten und wieder mehr Beschäftigung zu erreichen.“

Zahlreiche sozial- und damit auch gesundheitspolitische Reformen seit den 1990er-Jahren zogen ihre jeweilige Dringlichkeitsbehauptung daraus, die Lohnnebenkosten senken zu wollen. Nun zeigt ein Blick über die Grenzen, dass Deutschland hinsichtlich der Abgabenbelastung insgesamt keineswegs eine Spitzenstellung einnimmt. Ledige deutsche Geringverdiener werden zwar vergleichsweise stark belastet (13,8% Steuern, 34,2% Sozialabgaben), im OECD-Maßstab Platz 2; der Normalverdiener (20,2% Steuern, 40,6% Sozialabgaben) liegt auf Rang 5, auch der Geringverdiener mit zwei Kindern wird kräftig herangekommen. Anders jedoch Ehepaare, ob als Allein- oder Doppelverdiener-Ehe, für beide liegt die Abgabenbelastung insgesamt im OECD-Mittelfeld. (3) Das liegt vor allem an der im Wohlfahrtsstaatsvergleich niedrigen Steuerlast, hinsichtlich der obligatorischen Abgaben auf abhängige Arbeit nimmt Deutschland freilich einen Spitzenplatz ein.

Verteilungsproblem oder Arbeitsplatzgefährdung?

Worin liegt in der Betonung der Sozialabgaben das wirkliche Problem? Das verteilungspolitische Problem ist die einseitige Belastung der Lohneinkommen, während Vermögens-, Selbstständigen- und Beamteninkommen entlastet werden. Dieses Problem ist gravierend und jede sozialpolitische Reform sollte es berücksichtigen. Die von Schmidt und Seehofer konzipierte „Gesundheitsreform 2003“ geht dieses Verteilungsproblem jedoch nur marginal an, indem so genannte „versicherungsfremde“ Leistungen (Mutterschaftsgeld usw.) künftig aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden sollen. In der derzeit von (neo-)liberalen Nationalökonomern dominierten Sozialpolitikdebatte wird von der verteilungspolitischen Schiefelage abgelenkt. Man fokussiert auf die hohen Sozialabgaben nicht als verteilungspolitischen Skandal, der er ist, sondern interpretiert sie nur als Beschäftigungshindernis.

Die „Finanzierungslücke“ in Sachen Gesundheit könne man nicht über steigende Lohnnebenkosten decken, weil das „zu einer steigenden Arbeitslosigkeit“ führe, heißt es im Kompromisspapier. Doch Lohnnebenkosten an sich lassen die Arbeitslosigkeit weder steigen noch sinken. Die vergleichende Sozialpolitikforschung hat jedenfalls keinen Zusammenhang zwischen Sozialabgaben und Arbeitslosigkeit feststellen können. Der Grund ist klar: Aus Arbeitgebersicht sind Lohnnebenkosten einfach Lohnbestandteil. Wie sich die Lohnkosten auf Steuern, Sozialabgaben und den Nettolohn aufteilen, ist betriebswirtschaftlich recht gleichgültig: Wenn eine Firma gut wirtschaftet, kann sie mit dem Sozialstaat leben.

Neoliberalisierung oder Solidarität?

Die Frage ist freilich, welche Bürger mit weniger Sozialstaat noch gut leben können. Darum geht es bei der „Gesundheitsreform 2003“. Denn die „Besserverdienenden“ brauchen keine gesetzliche Krankenversicherung. Sie kommen mit privaten Versicherungen oder gar als Selbstzahler meist zurecht. Das sieht man gut in den USA, deren Gesundheitswesen gleichwohl das teuerste weltweit ist (gemessen am Anteil der Gesundheitskosten am Bruttoinlandsprodukt). Während die neoliberale ideologisierten Eliten in Deutschland den Sozialstaat gerne „verschlanken“ wollen, sieht die Bevölkerung die Dinge realistisch. Wie wir aus Umfragen wissen, präferieren die Bürger ziemlich ungebrochen eher die Option „mehr Geld ins System“ als Leistungseinschränkungen. Auch das Solidaritätsprinzip und seine Einkommensumverteilung innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) finden überwältigende Zustimmung. Die Politik muss das in ihr Kalkül einbeziehen.

Das führt zu eigentümlichen Paradoxien. Im Beschluss der so genannten Herzog-Kommission der CDU zur „Reform der gesetzlichen Krankenversicherung“ vom 18.6.2003 heißt es in sozialistischer Egalitätsrhetorik gleich zu Beginn: „Die Kommission lehnt jede Form von Zwei-Klassen-Medizin nachdrücklich ab“ – und dann im Folgenden (neben einigen beachtlichen und verteilungspolitisch positiven Vorschlägen) eine Vielzahl von Privilegien zu verteidigen, von der Beihilfe für Beamte über die Befreiungsmöglichkeit Besserverdienender in die Privatversicherungen, und zumindest das Risiko des sozialen Ausschlusses einzukalkulieren, wenn die Verlagerung zahlreicher Leistungen (Zahnersatz, Krankengeld, private Unfälle) aus der gesetzlichen in private Krankenversicherungen gefordert wird.

Das teils paradoxe Nebeneinander von Egalitäts- und Marktrhetorik durchzieht nicht nur die CDU-Programmatik, sondern den ge-

sundheitspolitischen Diskurs insgesamt. Aus diskursanalytischer Sicht liegt der Grund für die Verwirrung vermutlich in einer latenten Neubestimmung der öffentlichen Güter in der Folge von Globalisierung und gleichzeitiger gesellschaftlicher Ausdifferenzierung in immer subtilere Teilsysteme. Ist „Gesundheit“ noch immer das öffentliche Gut, das „Wohl“, zu dem sie seit der Krankenversicherungseinführung durch Bismarck im Jahr 1883 vergesellschaftet wurde – oder ist „Gesundheit“ schlicht ein „privates“ Gut, jenseits der Politik, wie dies der neoliberale Diskurs empfiehlt? Diskurse, die mit Dualitäten arbeiten, hier also „öffentlich vs. privat“ oder „Staat vs. Markt“, sind einerseits besonders eingängig und beständig, andererseits notorisch unterkomplex. Die moderne Soziologie (nach Talcott Parsons) bietet glücklicherweise einen Ausweg, indem sie über die beiden wichtigsten steuerungstheoretischen Tatsachen neben Markt und Staat aufklärte, nämlich Gemeinschaft und (Wert-) Legitimation.

So sind „gemeinschaftliche“ Steuerungsformen gerade im deutschen (subsidiären) Sozialstaat verbreitet: 35,8 Prozent der Krankenhausbetten in Deutschland finden sich in freigemeinnützigen Krankenhäusern (50,7% in öffentlich-kommunalen, 7% in privaten). (3) Pflege findet noch immer überwiegend in Familien statt und auch die Professionen, also die in Disziplinen ausdifferenzierten (Gesundheits-)Berufe, sind in sich selbst „gemeinschaftlich“ verfasst und anerkannt, mit Berufsverbänden und Professionsethik, aber auch mit der steuerlichen Bevorzugung der Freiberufler (Mehrsteuerbefreiung usw.).

Letzteres deutet darauf hin, dass das gesamte Hilfesystem und geradezu prototypisch darin das Gesundheitssystem eher gemeinschaftlichen als marktlichen (oder gar staatlichen) Charakter trägt. Auch hier helfen Fakten: Im Jahr 2001 arbeiten 4.122.000 Menschen im Gesundheitswesen, davon 71,4 Prozent Frauen. Das Ge-

sundheitswesen ist (wie das gesamte Sozial- und Bildungswesen) in den letzten drei Jahrzehnten das am kontinuierlichsten und stärksten wachsende Arbeitsmarktsegment und dabei zugleich ein Teil der produktiven, Werte schöpfenden Wirtschaft. 298.000 Ärztinnen und Ärzte, 493.000 Arzt- und Zahnarzthelferinnen, 697.000 Krankenschwestern und Hebammen und 223.000 Krankenpflegehelfer, 263.000 Altenpfleger oder 136.000 „Gesundheitshandwerker“ (Optiker, Zahntechniker etc.). (4) Dokumentieren, dass es im Gesundheitswesen vor allem um die Organisation von Hilfe geht und nicht um irgendwelche beliebigen und häufig verzichtbaren Dienstleistungen, wie Pizzadienste, UMTS oder Prostitution.

Abstrakter sind die „legitimativen“ Steuerungsformen, aber im Gesundheitswesen besonders wirksam: Zum einen die Steuerung durch die medizinische Wissenschaft – bis hin zum Auslieferungsein an das Expertentum – wie neuerdings durch ökonomische Diskurse. Zum anderen die Steuerung durch ethisch-religiöse Werte, die sich in einer pluralistischen Gesellschaft dem Diskurs unterziehen müssen: Die Medizinethik wird auch aufgrund des medizinischen Fortschritts zunehmend zur Handlungslehre. Triage, also Interventionssselektion nach „Lebenswert“, oder gar der teils erschreckend fahrlässige Umgang mit „Euthanasie“ (wie in den Niederlanden) deuten darauf hin, dass in hochkomplexen Systemen die Wertebene eine ganz neue und erhebliche Bedeutung erhält.

Sowohl das Gemeinschafts- wie das Legitimationssystem der modernen Gesellschaft haben sich modernisiert: Wo früher Familie (Sippe) und Kirche dominierten, sind heute mit dem gemeinschaftlichen Hilfe- und Bildungssystem und dem (legitimativen) Wissenschafts- und pluralen Religionssystem komplexe Regulierungsformen der Wohlfahrtsproduktion entstanden, die auf Wirtschaft (Markt) und Politik (Staat) eben nicht reduziert werden dürfen.

ökom Verlag – wir publizieren Zukunft

Jugend schreibt Zukunft

Gedanken und Bilder zur Nachhaltigkeit

„Das ist ein ungewöhnliches Buch. Wegen der nicht alltäglichen Art der Darbietung, weil über 200 Autorinnen und Autoren zu Wort kommen und weil sie alle zwischen 15 und 18 Jahre alt oder besser gesagt jung sind. [...]“

Hans-Jochen Vogel

Einen Blick in die Zukunft zu werfen, auf Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft – dazu hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung junge Menschen in Deutschland eingeladen. Entstanden sind literarische Formen, in denen Jugendliche ihre Gedanken und Wünsche, Ängste und Wut, Hoffnungen und Visionen zum Ausdruck bringen. Jetzt laden die jungen Autorinnen und Autoren Sie zu einer anregenden Bilder- und Lesereise ein.

Rat für Nachhaltige Entwicklung
(Herausgeber)
ökom Verlag, München 2002
128 Seiten, ISBN 3-928244-91-4
Preis 14,80 Euro (zogl. Versandkosten)

Erhältlich bei
CONSODATA ONE-TO-ONE
Semmelweisstraße 8
D-82152 Planegg
Fon ++49/(0)89/8 57 09-155
Fax ++49/(0)89/8 57 09-131
E-Mail kontakt@oekom.de



www.oekom.de

Verlängerung der Vergangenheit

Welche Antworten auf diese komplexe Lage gibt nun der rot-grün-schwarze Gesundheitskompromiss, so er denn bleibt? Angesichts der fragwürdigen Ausgangsfrage der ganz großen Koalition – Wie senken wir die Lohnnebenkosten? – stand zu befürchten, dass die vorgeschlagenen Lösungen zu kurz oder gar falsch greifen. Die Befürchtung war berechtigt:

1. So werden Kosten aus der solidarischen Absicherung – also der Finanzierung entsprechend dem Einkommen – auf die Beitragszahler („Arbeitnehmer“) verlagert und zwar sowohl beim Krankengeld wie beim Zahnersatz. Wenn die grüne Bundestagsfraktion stolz vermeldet (6), dass der Beitragsatz auf 13 Prozent abzusinken verspreche (dasselbe Niveau ist die Zielprojektion der CDU-Herzog-Kommission), so ist das Augenschwermerei. Im Gesundheitskompromiss vom 20.7.03 lesen wir, dass für das Jahr 2007, also das volle Wirksamwerden der „Gesundheitsreform“, zum einen schlicht die Verlagerung von Kosten vom Arbeitgeber auf den Arbeitnehmeranteil geplant ist: Arbeitgeberanteil: 6,08 Prozent, Arbeitnehmeranteil: 6,93 Prozent. Hinzu kommen aber noch erhebliche weitere Belastungen der Beitragszahler: Im Jahr 2007 möchte man durch Leistungsausgrenzungen und erweiterte Zuzahlungen allein 5,8 Milliarden Euro einsparen (zusätzlich zur Herausverlagerung von 3,5 Milliarden Euro für den Zahnersatz und fünf Milliarden Euro für das Krankengeld). Für den durchschnittlichen Bürger, vor allem aber für die einkommenschwächeren Haushalte ergeben sich aus diesen Rechenkünsten nur Nachteile: Man zahlt nicht weniger für die Krankenversicherungen, hat aber weniger Leistung. Für die gehobeneren Einkommensgruppen freilich ergeben sich Vorteile, vor allem für die Gesunden in diesen Gruppen.

Das heißt keineswegs, dass Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen politisch-ethisch abzulehnen ist. Nicht nur, weil in den meisten anderen Ländern die Selbstbeteiligungen weitaus höher sind – in Japan wurde beispielsweise die Zuzahlungsquote für unter 70-Jährige im April 2003 von 20 auf 30 Prozent angehoben. Gerade die komplexe Verschränkung von Gesundheit als zugleich privatem, weil körperlich-individuellem, und öffentlichem Gut erfordert einen Steuerungsmix. Individuelle Vorsorgebereitschaft und Risikoaversion erhöhen sich, wenn der eigene Geldbeutel im Spiel ist.

Unbegrifflich ist, warum (vor allem) die grüne Fraktion in der Vermarktlichung des Gesundheitswesens einen Königsweg zu erkennen glaubt. In einer Fraktionsstellungnahme an die „lieben Freunde“ heißt es, es sei „uns endlich gelungen, hier erste Schritte zu mehr Wettbewerb durchzusetzen“, „die Kostenträger- und Anbieterkartelle konnten durchbrochen werden“. Vermarktlichung mag zweifellos bei vorhandenen Kartellen zu Dynamisierung führen. Es ist gleichwohl im internationalen Vergleich kein Land bekannt, in dem eine Vermarktlichung des Gesundheitswesens zu einer Kombination von Leistungsverbesserung und Kostensenkung geführt hätte. Im Gegenteil: Die notwendige Stärkung von Prävention ist nur in den Ländern erfolgreich, die weniger auf den Markt und mehr auf Staat und Gemeinschaft setzen. Nichtsdestotrotz ist „mehr Wettbewerb“, hier ist den Grünen Recht zu geben, im Bereich

der Apotheken und der ambulanten Gesundheitsdienste („medizinische Versorgungszentren“, Ausbau der „integrierten Versorgung“) vorteilhaft.

3. Schließlich würde mit dem bisherigen „Gesundheitskompromiss“ kein Durchbruch zur überfälligen Bürgerversicherung erfolgen. Dabei wissen alle Nicht-Ideologen, dass das größte Finanzierungsproblem der gesetzlichen Kassen die Schrumpfung ihrer Beitragsbasis ist. Besserverdienende wandern in die Privatversicherungen, die am Risikostrukturausgleich nicht beteiligt sind. Und die relativ steigenden Vermögens- und Mieteinnahmen werden an den Sozialversicherungen vorbei geremert. Keiner der in der Rürup-Kommission verhandelten Vorschläge – ob eine Erweiterung der GKV für alle Berufsgruppen oder eine „Kopfpauschale“ nach Schweizer Vorbild für alle Bürger – wurde aufgegriffen. Endlich die Beihilfe-Regelung für Beamte abzuschaffen, die die öffentliche Hand unnötig kostet und wegen des unvollständigen Kostenerstattungsprinzips (statt des Sachleistungsprinzips der gesetzlichen Kassen) nicht einmal den Beamten wirklich nützt, auch das wurde verpasst.

Man kann also nur hoffen, dass die „Eckpunkte der Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform“ noch ordentlich zeredet werden. So nützen sie nur Teilgruppen – den Gesunden und den „Besserverdienenden“.

Anmerkungen

- (1) Dieser Artikel ist die überarbeitete Fassung eines Beitrages für die „Frankfurter Rundschau“ vom 24.7.2003.
- (2) Vgl. Financial Times Deutschland vom 22.7.03.
- (3) OECD (2002): Taxing Wages 2000/2001, Paris; Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht 9/2002, S. 77ff.
- (4) Stand 2000. Vgl. Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.) (2002): Statistisches Taschenbuch Gesundheit 2002, Bonn, Abschn. 7.3.
- (5) Alle Beschäftigtenzahlen: Statistisches Bundesamt Deutschland 2003 (aktualisiert 24.4.2003. www.destatis.de).
- (6) Pressemitteilung vom 21.7.2003.

Zum Autor

Michael Opielka, geb. 1956, ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena; Geschäftsführer des Instituts für Sozialökologie (ISO) in Königswinter.

Kontakt

Prof. Dr. Michael Opielka
Institut für Sozialökologie
Pützburgergt 21
D-53639 Königswinter
Fon ++49/(0)2244/8716-59, Fax -64
E-Mail michael.opielka@isoe.org.

Naturschutz und Nachhaltige Entwicklung

Heimaterfahrung und regionale Identifikation fördern

Von Hildegard Eissing, Nils M. Franke und Stefan Körner

Der Naturschutz hat seit Verabschiedung des ersten Bundesnaturschutzgesetzes eine Aufbau- und Konsolidierungsphase durchlaufen: Dabei ist viel erreicht worden. Er hat sich als gesellschaftspolitische Kraft, als Verwaltung und als Themen- und Aufgabefeld etabliert. Allerdings trifft seine Arbeit zunehmend auf Kritik. Die mangelnde Akzeptanz des Naturschutzes als Ursachen entdeckt und wird von unterschiedlichen Akteuren inner- und außerhalb des Naturschutzes beklagt und analysiert. Das hohe Engagement in der Auseinandersetzung belegt, dass Naturschutz als Aufgabe ernst genommen wird.

Vertreter des Naturschutzes sehen eine unzureichende Verankerung in der Bevölkerung und deren fehlendes Wissen als Ursachen mangelnder Akzeptanz. Die Adressaten des Naturschutzes kritisieren dagegen die „Menschenferne“ vieler seiner Aussagen und die „Weltfremdheit“ einiger seiner Akteure. Ursachen hierfür sind nicht nur mangelhafte Kommunikation oder eine zahlenmäßig unzureichende Personal- und Finanzausstattung, sondern vor allem unterschiedliche kulturelle Wertsysteme von Vertretern des Naturschutzes und großen Teilen der Gesellschaft. „Natur“ hat im Wertekanon des Naturschutzes einen ungleich höheren Stellenwert als in dem großen Teile der übrigen Bevölkerung. Naturschützer werden daher oft als „einwandsimmune Überzeugungstäter“ identifiziert.

Hier zeigt sich ein Problem, das die gegenwärtige Situation des Naturschutzes prägt, aber in den Diskussionen um seine Akzeptanz und Schwerpunktsetzungen bisher nicht immer ausreichend gewürdigt wurde. Dies geschieht zudem vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Akzeptanz für die Vision Nachhaltige Entwicklung, wie sie die Agenda 21 beschreibt. Sie rückt den Menschen – heutige und kommende Generationen – in den Mittelpunkt ihrer Ziele und Aktivitäten und verpflichtet zu Partizipation und Dialog. Ein mit „Expertenwissen“ arbeitender Naturschutz tut sich schwer, seinen Beitrag zur Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung glaubhaft darzustellen.

Kulturelle Dimensionen

Während die europäische Agrargesellschaft Natur als Bedrohung ansah, wurde sie in der Industriegesellschaft zur Basis für den „wirtschaftlichen Reichtum der Nationen“. Erst am Ende des 20. Jahrhunderts setzte sich in Europa das Bewusstsein für die Begrenztheit von Ressourcen durch. Ein Naturbild, das die Natur durch menschliche Eingriffe in ihrem „Gleichgewicht“ gestört, die Natur insgesamt als bedroht ansieht, ist seither weit verbreitet. Eine autoritäre Begrenzung von Ressourcenverbrauch scheidet infolge des freiheitlich-demokratischen Aufbaus der europäischen Gesellschaft als Lö-

sungsansatz aus. Der dominierende Politikansatz rekurriert vielmehr auf das individuelle Handeln des Einzelnen oder von Organisationen, das in der Summe einen vernünftigen, heute als nachhaltig bezeichneten Umgang mit der Natur erreichbar machen soll.

Nachhaltige Entwicklung ist auch für den Naturschutz eine Verpflichtung. Die Einbindung in diese Vision bedeutet für ihn, dass er in seiner Sicht auf die Mensch-Natur-Beziehungen vor einem Paradigmenwechsel steht. Der Beweggrund „Schutz der Natur um ihrer selbst willen“, der den Naturschutz lange Zeit vom Umweltschutz unterschieden hat, spielt angesichts der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine immer geringere Rolle. Auch im Naturschutz werden daher das Individuum und die Gestaltung seiner Umwelt zum Dreh- und Angelpunkt seiner Ziele und Strategien. Das individuelle Verhalten orientiert sich vor allem an kulturellen Werthaltungen und findet in seiner für den Naturschutz wirksamen Form im heimatlichen Raum statt. Die kulturelle Tradition des Naturschutzes, der Heimatschutz als historische Bewegung und als ein Teil der Naturschutzgeschichte, findet hier aktuell ihren Ansatzpunkt. In diesem Zusammenhang ist vor allem eine Ästhetik funktionaler Gestaltung von Landschaft und Siedlungen zu nennen.

Historie

Die Anfänge des Naturschutzes wurden entscheidend durch die Rezeption der Romantik seitens seiner Akteure, namentlich Ernst Rudorff (1840-1916), geprägt. Hier sind insbesondere die Poetisierung der Welt und ein Weltbild geordneter sozialer Verhältnisse, ein biedermeierliches und agrarisches „Idyll“ und eine antidemokratische Grundhaltung zu nennen. Die „malerische“ Landschaft war neben Architektur, Sprache, Liedgut, Dichtung und Tradition selbstverständlicher Bestandteil der Romantik und zentraler Bezugspunkt für den von der Romantik beeinflussten Naturschutz.

Festzuhalten bleibt, dass der Heimatbegriff, den die Begründer des Naturschutzes in Bezug zu Landschaft setzten, seinen Ursprung in der Romantik hat. Für sie kam die Motivation, sich zu engagieren, nicht aus ökologischen Argumenten, sondern aus dem Erleben von Landschaft und Heimat. Der Bezug zur Landschaft seitens des Heimatschutzes war folglich kein ökologischer, sondern sowohl ein praktischer als auch ein romantischer. Romantik wiederum hat ihre Basis im erlebenden Subjekt.

Heimat als Erfahrungsraum

Der Begriff Heimat beschreibt dementsprechend den emotionalen Blick des Individuums auf innere Bilder, die selektiv ausgewählte

werden und symbolisch einen Teil der bestehenden oder vergangenen Realität repräsentieren. Bei der Prägung der Symbole und Bilder spielen Kindheit und Sozialisation eine bedeutende Rolle. Grundsätzlich sind die genannten Bilder individuell, aber nicht beliebig: Es gibt einen kulturellen Kanon für eine Region, anhand dessen sie sich von anderen Regionen unterscheiden lässt und der ihre Identität beschreibt. Es ist somit von einer symbolischen Dimension von Landschaft auszugehen, die in ihrer spezifischen Ausformung als Ausgangspunkt für Heimatverfälschung und regionale Identifikationsprozesse wahrgenommen wird. Heimat ist insofern ein „Angebot einer Sinnordnung“, das von Menschen konstruiert wird.

Heimat beschreibt einen lokalen oder regionalen Begriffsinhalt. Sie ist nicht entlang geografisch-politischer Grenzen definiert, sondern als Erfahrungsraum. Im Hinblick auf den Missbrauch des Heimatbegriffs während der Zeit des Nationalsozialismus ist es wichtig, sich dies bewusst zu machen. Demgegenüber bezieht sich der Nationalismus, der besonders nach der Erfahrung des Nationalsozialismus oft mit Heimat verbunden wird, auf einen überregionalen Begriffsinhalt.

Heimat symbolisiert heute die Rückgewinnung der Autonomie über die eigene Lebenswelt und ist in ein demokratisches Gesellschaftsverständnis eingebunden. Heimat ist pluralistisch und Teil der gesamtgesellschaftlichen Vision Nachhaltige Entwicklung. Die so genannten drei Säulen der Nachhaltigkeit umfassen die ökonomisch, ökologisch und sozio-kulturell sinnvolle Entwicklung eines Gebietes. Sozio-kulturell sinnvoll bedeutet in diesem Zusammenhang die Wahrung der kulturellen Identität des Gebietes und damit auch seiner Landschaft unter Einsatz partizipativer Verfahren der Entscheidungsfindung. Der Nachhaltigkeitsgedanke ist daher als Ideal der individuellen, das heißt regional spezifischen Entwicklung sinnvoller Lebensverhältnisse Teil eines zeitgemäßen und demokratisch legitimierbaren Heimatideals.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der traditionelle Begriff des Naturschutzes für die Individualität des Erfahrungsraumes Heimat jener der Eigenart der Landschaft ist, die in der Präambel des Bundesnaturschutzgesetzes genannt wird. Landschaft wird in diesem Kontext zum Symbol.

Aufgrund der ideologischen Instrumentalisierung des Heimatideals für die nationalsozialistische Politik erscheint es angemessen, regionale Identität als alternativen Begriff für Heimat zu verwenden, um politische Missverständnisse zu vermeiden. Allerdings hat der Begriff regionale Identität bislang keinen Eingang in die Alltagssprache gefunden, ähnlich wie viele andere Begriffe der Ökologie.

Die Auseinandersetzung mit dem Begriff Heimat

Heimat war für den Naturschutz zu Beginn seiner Entwicklung ein zentrales Themen- und Aufgabenfeld: Naturschutz als soziale Bewegung entstand nach der Zeit der Romantik als Gegenbewegung zur Industrialisierung und die damit verbundenen Umwälzungen der gesamtgesellschaftlichen und persönlichen Lebenssituation. Dem Heimatschutz, einem der Ursprünge des Naturschutzes, ging es um die Bewahrung der traditionellen Lebensweise und um die

Sicherung der vorindustriellen Landschaftsstruktur vor einer rücksichtslosen Überformung. Die Eigenart der Landschaft war in diesem Zusammenhang ein Schlüsselbegriff, auf den sich die Schutzbestrebungen richteten. Spätestens seit der Wende zum 20. Jahrhundert aber war der Heimatschutz stark gestaltungsorientiert und versuchte, zeitgemäße Nutzungen in die Landschaft zu integrieren, um so die Bewahrung von Tradition mit industriellem Fortschritt zu vereinen.

Heimat ist ein durch den Nationalsozialismus ideologisch instrumentalisiert Begriff: Er geriet in den Bannkreis von Schlagwörtern wie „Blut und Boden“ und „Rasse“. Dabei wurde das Ideal einer in der bäuerlichen Gemeinschaft wurzelnden Gesellschaft propagiert, deren Angehörige der „germanischen Rasse“ entstammen und die genug Boden für eine ausreichende Lebensmittelproduktion besitzen sollten. Als kulturell angeblich höherwertige Rasse sprachen ihr die Nationalsozialisten die Legitimation zu, in andere Siedlungsgebiete gewaltsam vorzudringen. Der „Lebensraum im Osten“ sollte die geografische Basis für die Autarkiepolitik des Dritten Reiches schaffen. Das „Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums“ arbeitete ab 1939 mit dem Ziel, in besetzten oder annektierten Territorien rein deutsche Gebiete zu schaffen. Die ansässige Bevölkerung wurde deportiert oder umgesiedelt.

Ende der 1960er-Jahre begann der Naturschutz damit, die Zeit des Nationalsozialismus aufzuarbeiten. Dem Naturschutz ist es seither nicht mehr möglich, an den Begriff Heimat unbefangen anzuknüpfen. Seit der Umweltgesetzgebung der 1970er-Jahre gelten Heimat und kulturelle Interessen an der Natur zudem allgemein als subjektiv und daher in einem demokratischen Rahmen nicht transparent nachvollziehbar. Auch das gegenwärtige Naturschutzrecht ist dieser Vorstellung verhaftet.

Diese Auffassung ist allerdings ein technokratischer Irrglaube: Da Heimat und kulturelle Identität in allgemeine Deutungsmuster eingebunden sind, sind die Auffassungen über sie durchaus dialogfähig; darin liegt die Bedeutung des Partizipationsgedankens der Nachhaltigkeit.

Dem technokratischen Ansatz folgend konzentrierte sich der Naturschutz darauf, seine Ziele wertfrei aus den Erkenntnissen der Ökologie zu entwickeln: Er begründet seither seine Ziele weitgehend mit vermeintlich naturwissenschaftlichen Notwendigkeiten. Eine entsprechende Denkweise prägt die Naturschutzgesetzgebung in weiten Teilen, wenn es dort zum Beispiel um die Sicherung der Funktionen des Naturhaushaltes oder Ausgleich und Ersatz von Beeinträchtigungen geht. Aufgrund dieser Entwicklung dominiert das Aufgabenfeld „Arten- und Biotopschutz“ die Arbeit und das öffentliche Erscheinungsbild des Naturschutzes.

Letztlich basieren viele Naturschutzargumente auf der Vorstellung, dass Artenvielfalt mit der Stabilität des Naturhaushaltes notwendig verbunden ist. Diese Vorstellung ist aber in der ökologischen Debatte mittlerweile fragwürdig geworden. Der Naturschutz macht sich daher durch die Deklaration „ökologischer Sachzwänge“, die in seiner Darstellung nur eine bestimmte Landschaftsentwicklung

erlauben, ungläubwürdig. Zudem lässt sich naturwissenschaftlich nicht begründen, welche Landschaft gesellschaftlich gewollt ist, welche Werte und Ziele also der Naturschutz verfolgen soll. Vor diesem Hintergrund bleibt festzustellen, dass Naturschutzargumente heute vielfach auf tönernen Füßen stehen, aber – nicht zuletzt infolge der europäischen Naturschutzpolitik – mit Macht als Anspruch auf Rückstellung anderer Interessen, also meist als Anspruch auf Nutzungseinschränkung oder -verzicht an die Flächenutzer auftreten. Diese Situation ist extrem konfliktträchtig, wie sich zum Beispiel an der Entstehung von Bürgerinitiativen gegen Nationalparks oder an der Diskussion um die Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat- und der Vogelschutzrichtlinie zeigt.

Nachhaltigkeit mitgestalten

Naturschutz ist eine Kulturaufgabe, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht. In diesem Sinn stellt er einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung dar. In der konsequenten Einbettung des Naturschutzes in diese gesamtgesellschaftliche Vision liegt für ihn eine große Chance für mehr Wirksamkeit und Akzeptanz. Die Wahrnehmung dieser Chance setzt allerdings voraus, dass die kulturelle Dimension der Landschaftsgestaltung ernst genommen und Nachhaltigkeit nicht allein zum Ressourcenmanagement verengt wird. In diesem Zusammenhang gewinnt die Auseinandersetzung mit Heimat oder „regionaler Identität“ ihren aktuellen Stellenwert. Es geht darum, sie im Sinne der Kriterien für Nachhaltigkeit und damit letztlich demokratischer Auffassungen zu führen. Dabei steht zukünftig weniger das Idealbild der vorindustriellen Landschaft in ihren historisch entstandenen Strukturen als vielmehr eine zeitgemäße Gestaltung von Kulturlandschaft und Siedlungsbereichen im Mittelpunkt. In diesem Sinn muss Kern einer strategischen Neuorientierung des Naturschutzes sein Beitrag zur Erfahrung von Heimat oder regionaler Identität sein. Das setzt seine Bereitschaft zur Mitarbeit an landschaftsgestaltenden nachhaltigen Nutzungen voraus.

In diesem Kontext gewinnen Veränderungsmöglichkeiten der Landschaft entsprechend der Ausgestaltung des Verhältnisses von Mensch und Natur einen größeren Raum. Der rein konservierende Ansatz im Arten- und Biotopschutz wird hinterfragt und aufgebrochen. Das bedeutet aber nicht, dass der Verweis auf die Bedeutung von Arten im Konzept der Nachhaltigkeit verzichtbar oder dass der Arten- und Biotopschutz überflüssig geworden ist. Die ökologisch-wissenschaftlichen Inhalte des Naturschutzes haben die Funktion, Leitplanken für angestrebte Veränderungen zu benennen und Szenarien für unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten anzubieten, die dann im Hinblick auf den kulturellen Kanon der Gesellschaft zu bewerten sind.

Heimaterfahrung und regionale Identität zu fördern, bedeutet für den Naturschutz, seine Gestaltungsaufgabe für den Menschen in den Vordergrund seiner Aktivitäten zu rücken. Damit öffnet er sich zugleich neuen Bündnismöglichkeiten mit anderen gesellschaftlichen Akteuren. Das darin liegende Potenzial muss er sich erschließen und nutzen. Der Naturschutz muss in diesem Sinn eine

gesellschaftliche Diskussion um die Frage „Welche Landschaft wollen wir?“ anregen. Vor diesem Hintergrund muss der Naturschutz seine hergebrachten Ziele und Instrumente überprüfen und neue Schwerpunkte setzen. Hierbei wird die Mitwirkung an der Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der nachhaltigen Entwicklung in den Mittelpunkt rücken.

Anmerkung

Auf Nachfrage stellen die Autoren gern eine Literaturliste zur Verfügung. Wir freuen uns über Diskussionsbeiträge.

Zu den Autoren

Hildegard Eissing, geb. 1956, ist Landschaftsplanerin. Seit 1984 ist sie auf verschiedenen Ebenen der Naturschutzverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz tätig. Zurzeit leitet sie den Aufgabenbereich „Naturschutz und Gesellschaft“ im Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz, Mainz. Arbeitsschwerpunkte sind Kommunikation, Akzeptanz und Strategien des Naturschutzes.

Nils M. Franke, geb. 1971, ist Historiker und Kommunikationswissenschaftler. Seit 1998 ist er als Archivar der Stiftung Naturschutzgeschichte in Königswinter tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Mentalitätsgeschichte des Naturschutzes, die Verbandsgeschichte und die Auseinandersetzung mit der Romantik als historischer Zeitströmung.

Dr. Stefan Körner, geb. 1962, ist Landschaftsplaner und wiss. Mitarbeiter am Institut für Ökologie sowie Lehrbeauftragter am Institut für Landschafts- und Umweltplanung der TU Berlin. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich der Ideengeschichte des Naturschutzes und der sozio-kulturellen Begründungen des Naturschutzes und der Landschaftsgestaltung.

Kontakt

Hildegard Eissing
Prof. Dr. Pier Str. 29
D-55299 Nackenheim
Fon ++49/(0)6135/8492
E-Mail heissing@web.de

Dr. Nils M. Franke
Menckstr. 28
D-04155 Leipzig
Fon ++49/(0)341/583 14 69
E-Mail franke@naturschutzgeschichte.de

Dr. Stefan Körner
Modersenstr. 58
D-10245 Berlin
Fon ++49/(0)30/29 77 63 55
E-Mail spj.koerner@gmx.de

Die Auswirkungen von biologischen Invasionen

Globalisierung am Mühlbach

Von Hans Jürgen Böhmer

— Kennen Sie Amerikanischen Stinktierkohl? Nein? Das könnte sich bald ändern, wenn Sie sich eines Tages beim sonntäglichen Waldspaziergang plötzlich einer riesigen Gleitfallpflanze gegenüber sehen. *Lysichiton americanus*, wie der Exot wissenschaftlich heißt, wurde vor etwa 20 Jahren von einem Gärtner an Buchauern im Taunus ausgepflanzt. Mittlerweile hat die Population eine erstaunliche Eigendynamik entwickelt. Die Art steht vor der Einbürgerung, das heißt sie wird bald untrennbarer Teil der Natur im Taunus sein. Wenn man sich jetzt zur konsequenten Bekämpfung des Stinktierkohls entschließen würde, könnte die weitere Massenausbreitung vermutlich noch verhindert werden. (1)

Ein Beispiel unter vielen. Weitere, gegenwärtig in Deutschland verwildernde gebietsfremde Pflanzen- und Tierarten stehen auf dem Sprung zur Unkontrollierbarkeit. Wohin das führen kann, haben andere längst vorexerziert. Der bis vier Meter hohe Japanische Staudenknocherich kam vor über hundert Jahren als Zierpflanze in unsere Kurparks und verändert heute als außer Kontrolle geratene Riesenstaude manche Flusslandschaft. Das giftige, mit Wolltransporten aus Südafrika eingeschleppte Schmalblättrige Greiskraut blieb fast 80 Jahre ein harmloses Pflänzchen im Umgriff wollverarbeitender Industrie – ehe es sich fast schlagartig in Westdeutschland ausbreitete und heute nicht nur an Autobahn-Mittelstreifen leuchtend gelbe Massenbestände bildet. Der Amerikanische Nerz oder Mink dringt seit der Massenflucht aus einer Pelztierfarm im Jahre 1967 in Deutschland vor, ist aggressiver Fressfeind von Fröschen, Fischen, Wasservögeln und bedrängt den ohnehin fast verschwundenen Europäischen Nerz. Die Invasionsproblematik ist vielschichtig. (2)

Sollen diese Arten bekämpft werden? Sie müssen sogar. Deutschland ist gemäß Artikel 8 h des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (Konferenz von Rio, 1992) verpflichtet, der Einführung, Ausbringung und Ausbreitung gebietsfremder Tier- und Pflanzenarten entgegenzuwirken, sofern diese Arten einheimische Ökosysteme tatsächlich gefährden. Das zu beurteilen, ist nicht immer ganz einfach. Biologische Invasionen gelten zwar weltweit als bedeutender Gefährdungsfaktor der biologischen Vielfalt, doch kann ohne eingehende Analyse jedes Einzelfalles kaum festgestellt werden, ob und in welchem Umfang ein echtes Bedrohungspotenzial vorliegt.

Kostspielige Invasion

Dennoch ist die Liste erwiesener ökologischer Schäden in Mitteleuropa schon jetzt beängstigend. Sie reicht von der Verdrängung einheimischer Arten durch Konkurrenz, räuberische Lebensweise oder Parasitismus bis zur nachhaltigen Veränderung des Nährstoffhaushaltes in

Böden (3). Leider legen viele gebietsfremde Arten an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeitpunkten ein völlig unterschiedliches Verhalten an den Tag, was abschließende Urteile nicht gerade erleichtert. Artikel 8 h der Biodiversitätskonvention enthält deshalb ein Abwägungsgebot, ob Maßnahmen gegen Invasoren nötig und sinnvoll sind. Die Behörden müssen in schwierigen Entscheidungsprozessen erörtern, wie und gegen welche Arten sie ihre knappen Mittel einsetzen. Die Durchführbarkeit einer Bekämpfung hängt auch davon ab, ob sie technisch möglich und finanzierbar ist.

Doch selbst dort, wo entschlossen vorgegangen wird, ist der Erfolg nicht garantiert. Der um 1900 aus Nordamerika nach Mitteleuropa eingeführte Bisam wurde jahrzehntelang intensiv verfolgt, seine Bekämpfung schon früh institutionalisiert („Reichsbekämpfungsdienst“, Bisamverordnung), und doch sind die Tiere in Mitteleuropa heimisch geworden. Die wühlenden Nager untergraben weite Uferbereiche, im Zusammenwirken mit Hochwässern können sie Ufer, Dämme, Straßen- und Eisenbahnböschungen destabilisieren und beträchtlichen Schaden verursachen.

Die Folgekosten biologischer Invasionen sind hoch. Sie sind dort am besten abzuschätzen, wo Landwirtschaft, Naturschutz oder Fischerei direkt betroffen sind. Allein die Einwanderung der vermutlich mit Ballastwasser großer Frachtschiffe aus Europa nach Nordamerika verschleppten Dreikantmuschel hat im Gebiet der Großen Seen seit Ende der 1980er-Jahre Schäden von etwa fünf Milliarden US-Dollar verursacht. Insgesamt entstehen durch invasive gebietsfremde Arten in den USA gegenwärtig Kosten von circa 115 Milliarden Dollar pro Jahr (4). Solche Ausmaße sind in Deutschland kaum zu erwarten, doch auch hier werden biologische Invasionen teuer. Für 20 ausgewählte gebietsfremde Arten wurden jährliche Ausgaben von derzeit 167 Millionen Euro errechnet. Dabei wurden insbesondere direkte ökonomische Belastungen berücksichtigt, unter anderem Bekämpfungsmaßnahmen in Land- und Forstwirtschaft sowie Naturschutz, durch Vorratsschädlinge, aber auch Kosten im Gesundheitswesen. Diese Bilanz enthält aber nur eine kleine Auswahl problematischer Arten, die tatsächlichen Gesamtkosten dürften deutlich höher liegen. (5)

Eine Strategie fehlt

Wie kann sich ein Land wie Deutschland gegen biologische Invasionen schützen? Vorgaben für ein bundesweit einheitliches Vorgehen zur Erkennung und Bekämpfung invasiver gebietsfremder Arten gibt es bisher nicht. Überhaupt scheint das Problem von vielen Entscheidungsträgern lange Zeit nicht richtig ernst genommen worden zu sein. Deshalb muss unter Berücksichtigung internationaler Richtlinien rasch

eine nationale Strategie entwickelt werden, die eine deutschlandweit abgestimmte Bekämpfung von Problematiken ermöglicht. Notwendige Bausteine dieser Strategie sollten unter anderem die länderübergreifende Koordination der Maßnahmen, die Früherkennung und rasche Kontrolle problematischer Arten, effektives Management bereits etablierter Arten, die Renaturierung betroffener Ökosysteme, eine problemorientierte Invasionsforschung sowie eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit sein. Bereits bestehende nationale rechtliche Regelungen zu gebietsfremden Organismen (z. B. im Bundes-Naturschutzgesetz und im Bundes-Jagdgesetz) sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie internationales Recht, etwa das Übereinkommen über die biologische Vielfalt oder die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU.

Als Vorbild könnte der US-amerikanische Managementplan des National Invasive Species Council dienen. Wie wichtig die Problematik biologischer Invasionen dort genommen wird, zeigt schon ein Blick auf die Zusammensetzung des Rates. Unter den hochrangigen Politikern diverser Ressorts sind auch Außenminister Powell und Verteidigungsminister Rumsfeld. Der „Action Plan for the Nation“ entwirft klare Richtlinien zu den Punkten Koordination, Prävention, Früherkennung, Kontrolle, Renaturierung, Forschung, Internationale Zusammenarbeit, Informationsmanagement und Öffentlichkeitsarbeit. (6) Gerade der Entwicklung eines Informationssystems zur Sammlung und Verbreitung von Informationen über gebietsfremde Arten kommt auch in Deutschland zentrale Bedeutung zu. Eine solche Datenbank muss ökologische und genetische Informationen über problematische Arten ebenso enthalten wie Hinweise zu Kontrollmaßnahmen, aber auch zur potenziellen Gefährdung von Nachbarländern, um das Vorgehen effektiv abstimmen zu können. Die internationale Verbreitung dieser Informationen sollte über den „Clearing-House-Mechanism“ erfolgen, einer globalen Informationsdrehscheibe, die im Rahmen der Biodiversitätskonvention eingerichtet wurde.

Nicht frei von Ideologie

Allerdings – Joschka Fischer und Peter Struck gegen den Amerikanischen Stinktierkohl? Schwer vorstellbar, dass sich hierzulande eine ganze Riege von Spitzenpolitikern so für Belange des Naturschutzes ins Zeug wirft. In diesem Fall vielleicht auch gut so: Wenn gar der Außen- und der Verteidigungsminister als Galionsfiguren gegen gebietsfremde Arten zu Felde zögen, bekäme das Ganze eine heikle Note. Würden dann wirklich nur gebietsfremde Arten angegangen, oder auf einer symbolischen Ebene nicht eher das „Fremde“ an sich? Steht die Leidenschaft, mit der die US-Amerikaner gegen biologische Invasionen vorgehen, nicht auch für die scheinbar viel weiter reichenden Vorbehalte des Landes gegen den ziemlich großen Rest der Welt?

Ob das Vorgehen gegen gebietsfremde Arten nicht eher unter diesem Blickwinkel zu diskutieren ist, wird bereits gelegentlich hinterfragt. Im Handlungsfeld des Naturschutzes passiert es leicht, dass die in ökologischen Theorien enthaltenen Weltbilder mit ihren fundamentalen Werten in die Natur hineinprojiziert werden, um sie als scheinbar objektive ökologische Sachverhalte wieder aus der Natur herauszulesen. Das hieße in diesem Zusammenhang: Ein konservatives Weltbild, dessen Ideal einer stabilen Weltordnung sich im Drang zur Erhaltung der

„Eigenart“ von Landschaften und Ökosystemen manifestiert, wendet sich konsequenterweise auch gegen pflanzliche und tierische Neubürger in der heimischen Natur. Dieser Position wäre ein liberal-progressives Weltbild gegenüberzustellen, in dem das Ideal der Ordnung durch das des permanenten Wandels ersetzt ist, biologische Invasionen also eher als Normalität denn als Problem anzusehen sind. (7) Also alles doch nur ein ideologischer Sturm im Wasserglas? Aber da sind ja noch die oben skizzierten, harten Fakten. Invasionen haben konkrete Folgen. Wem die ökologischen egal sind, der lässt sich vielleicht von den direkten ökonomischen Schäden überzeugen. Dabei ist nicht zu vergessen, dass die Effektivität einer nationalen Strategie auch von der Wahrnehmung der Invasionsproblematik durch die Bevölkerung abhängt. Öffentliche Bewusstseinsbildung ist für die erfolgreiche Bekämpfung invasiver Arten von entscheidender Bedeutung. Wo Gegenmaßnahmen erforderlich sind, muss die Bevölkerung durch Aufklärungskampagnen sensibilisiert und einbezogen werden. Sonst bleiben alle Bemühungen letztlich nur kosmetische Korrekturen eines unabwehbaren Trends zur Globalisierung unserer Ökosysteme. _____

Anmerkungen

- (1) Kowarik, I., Starfinger, U. (Hrsg.) (2002): Biologische Invasionen: Herausforderung zum Handeln? – Neobiota, Bd. 1, 377 S. Berlin.
 - (2) Böhmer, H. J., Hege, T., Trepl, L. (2001): Fallstudien zu gebietsfremden Arten in Deutschland. Texte des Umweltbundesamtes (UBA-Texte) 13/01, 126 S. Berlin.
 - (3) Kowarik, I. (2003): Biologische Invasionen: Neophyten und Neozoen in Mitteleuropa. 380 S. Stuttgart.
 - (4) Secretariat of the Convention on Biological Diversity (ed.) (2001): Assessment and management of alien species that threaten ecosystems, habitats and species. Montreal, SCBD, 146 S. (=CBD Technical Paper 1).
 - (5) Cox, G. W. (1999): Alien Species in North America and Hawaii. Impacts on Natural Ecosystems. 387 S. Washington, D.C.
 - (6) US National Invasive Species Council (2001): Meeting the Invasive Species Challenge: National Invasive Species Management Plan. 80 S.
 - (7) Körner, S. (2000): Das Heimische und das Fremde: Die Werte Vielfalt, Eigenart und Schönheit in der konservativen und in der liberal-progressiven Naturschutzauffassung (= Fremde Nähe – Beiträge zur interkulturellen Diskussion 14), Münster.
- Weiterführende Internetadressen finden Sie unter www.oekom.de/verlag/gem-man/periodika/poe/links/poe85.htm

Zum Autor

Hans Jürgen Böhmer, geb. 1967, Studium der Geografie, Biologie, Geologie, Paläontologie und Kommunikationswissenschaft; Promotion 1998 über störungsbedingte Vegetationsdynamik; seit 1999 Post Doctoral Fellow am Department of Botany der University of Hawaii, U.S.A.; Core Member des Pacific-Asia-Biodiversity-Transact-Network (PABITRA), z. Zt. Habilitant am Lehrstuhl für Landschaftsökologie der TU München.

Kontakt

Dr. Hans Jürgen Böhmer
Technische Universität München
Department für Ökologie
Am Hochanger 6
D-85350 Freising-Weihenstephan
Fon ++49/(0)8161/713495
E-Mail juergen@dec.loek.agrar.tu-muenchen.de

Umweltkommunikation in lokalen Tageszeitungen

Mit begrenzenden Faktoren

Von Marie-Luise Braun

— Sensationsorientiert, kaum Hintergrundinformation, fehlende Zusammenhänge – diese und weitere Vorwürfe muss sich Umweltberichterstattung in den tagesaktuellen Medien gefallen lassen. Das zeigen zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen. (1) Ob sich diese Kritik auf den lokalen Tageszeitungsjournalismus übertragen lässt und wie sie vor dem Hintergrund seiner Entstehung zu bewerten ist, damit beschäftigt sich eine aktuelle Untersuchung. (2)

Lokalzeitungen im Fokus

Der Lokalteil von Tageszeitungen steht im Mittelpunkt der Analyse, da er in bisherigen Untersuchungen kaum berücksichtigt wurde. Zudem wird ihm eine besondere Bedeutung zugemessen, denn er dient den LeserInnen bei der Orientierung in der unmittelbaren Lebenswelt. Das spiegelt sich unter anderem darin wieder, dass die Nutzung des Lokalteils weit über der anderer Ressorts liegt. Betrachtet man die Bedeutung, die dem Umweltjournalismus bei der Ausbildung des Umweltbewusstseins in der Bevölkerung zugemessen wird, kann dem Lokaljournalismus hier noch einmal eine besondere Rolle zugesprochen werden.

Die zu Beginn gestellten Fragen werden in der Untersuchung in verschiedener Weise beleuchtet. Zunächst werden Zeitungsartikel ausgewählter Lokalblätter dahingehend analysiert, ob die bisher geübte Kritik der Sensationsorientierung, der mangelnden Hintergrundberichterstattung, der fehlenden Herstellung überregionaler

Zusammenhänge und der so genannten Harmonieberichterstattung in der aktuellen lokalen Umweltberichterstattung wieder zu finden ist. Im Anschluss daran werden in Interviews mit zuständigen Redakteuren die Hintergründe für die Umweltberichterstattung erhoben. Redaktionelle Strukturen sind hier ebenso Thema, wie persönliche Arbeitsweisen, die Ausbildungswege sowie Einstellungen der Redakteure bezüglich Umweltthemen.

Kritik trifft zunächst zu

Insgesamt zeigt sich, dass die genannten Kritikpunkte auf die analysierten Berichte zutreffen. Eine kleine Ausnahme bildet die Harmonieberichterstattung. Eine positiv ausgerichtete Darstellung umweltrelevanter Themen ohne das Aufzeigen von Konfliktpotenzial ist nur in Ansätzen auszumachen.

Den meisten befragten Redakteuren ist die Art der Berichterstattung in den kritisierten Punkten bewusst. Die Journalisten führen sie jedoch zurück auf die Anforderungen innerhalb der Medienstruktur, wie beispielsweise die Selektionskriterien, die bestimmen, was eine Information zu einer Nachricht macht. Deshalb stößt die Kritik bei einem Teil von ihnen auf Unverständnis, teils wird sie jedoch auch bestätigt. Beide Ergebnisgruppen begründen ihre Haltung mit der Wirtschaftlichkeit der Zeitungen bzw. ihrer Verlage. Als limitierende Faktoren nennen die Befragten die knapp bemessene Zeit für Recherche und Themenaufbereitung oder auch den begrenzten Platz im Blatt.

Politische Arbeitist zwar kein Synonym für **Spaß...**

...trotzdem ist Attac viel mehr als graue Theorie: globalisierungskritisches Netzwerk, Bildungs- bewegung, pluralistisches Diskussionsforum, frie- densbegeisterte soziale Bewegung – scharf in der Analyse, fantasievoll in Aktion,

Globalisierung ist kein Schicksal – eine andere Welt ist möglich. Davon sind wir überzeugt, und dafür kämpfen wir. In lokalen Attac-Gruppen, In Fußgängerzonen, Auf Podien, Bei den Treffen der Mächtigen dieser Welt. Mit Schülerinnen, Mit Rentnern, Mit Studentinnen, Mit Arbeiterinnen. Mit allen, die aufstehen für Gerechtigkeit und Frieden; mit allen, die dem globalen Ausverkauf nicht tatenlos zusehen wollen. Die Welt ist keine Ware!

Spendenkonto:

Share e.V./Attac, Kto.-Nr. 800 100 800,
GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67

Für mehr Informationen über Attac bitte unten stehenden Coupon ausschneiden oder kopieren und an das **Attac Bundesbüro, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M.** senden oder faxen an (069) 900 281-99.

attac
www.attac.de

- Ja, ich möchte mehr Informationen über Attac.
 Schickt mir bitte ein Infopaket
 Nehmt mich bitte in Euren Infoverteiler auf
 Ja, ich möchte Mitglied werden. Schickt mir bitte einen Mitgliedsantrag.

Name: _____ Tel.: _____

Str./Nr.: _____ E-Mail: _____

PLZ/Ort: _____ WC0379

Zeit ist auch als Grund für den fehlenden Einsatz der unterschiedlichen journalistischen Gattungen zu betrachten. Die meisten der untersuchten Artikel sind Berichte oder kurze Nachrichten. Kommentare, Interviews oder Reportagen, für deren Aufbereitung mehr Zeit benötigt wird, machen nur einen geringen Anteil der Berichterstattung aus. Darüber hinaus geben die Redakteure die Ansprüche ihrer Rezipienten an, die von einer Lokalzeitung nicht die gleiche Intensität in der Berichterstattung erwarten, wie von einem Fachmagazin.

Diffuses Leserbild

Hierzu ist allerdings anzumerken, dass das Bild, das die Redakteure von ihrem Publikum haben, weniger von konkreten, das heißt erfragten oder anders erhobenen Informationen geprägt ist. Meist orientiert sich dieses am Weltbild des jeweiligen Redakteurs selbst. Die Befragung zeigt außerdem, dass den meisten Redakteuren ein Verständnis für die Spannweite und Bezüge umweltrelevanter Themen fehlt. Unter Umweltberichterstattung verstehen die Journalisten meist Themen wie „Mülltrennung“, „Energiesparen“ und ähnliches, selten jedoch wirtschaftliche oder auch soziale Themen. Dies spiegelt sich in einer Reduzierung komplexer Sachverhalte und im mangelnden Aufzeigen von Zusammenhängen in der Berichterstattung wider. Ein solches Themenverständnis kann auch auf die Ausbildung der Journalisten zurückgeführt werden: Sie haben meist ein geisteswissenschaftliches Fach studiert und sind auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet nicht aus- oder fortgebildet. Sicherlich kann eine Zuständigkeit für umweltbezogene Themen im Lauf der Zeit zu einer adäquaten Kompetenz führen. Solche Zuständigkeiten sind im Lokaljournalismus jedoch selten, da die Journalisten meist sämtliche Themen des lokalen Raumes bearbeiten (müssen). Schließlich zeigt die Befragung, dass bei den meisten Lokalredakteuren kein besonderes Interesse an umweltrelevanten Fragen besteht und ein entsprechendes Engagement diesbezüglich nicht zu erwarten ist.

Vorschläge zur Veränderung

Frühere Untersuchungen nennen gewöhnlich verschiedene Veränderungsvorschläge, um künftig den kritisierten Punkten entgegenzuwirken. So wird die Einrichtung von Umweltressorts, speziellen Umweltseiten oder Projektredaktionen ebenso vorgeschlagen, wie die Herstellung von Bezügen zu Umweltfragen in sämtlichen Ressorts oder die Veränderung der Inhalte von Artikeln beispielsweise durch die Vermittlung eines „Gebrauchsverständnisses“. Bei der Frage nach der Umsetzbarkeit dieser Vorschläge bei den untersuchten Lokalzeitungen zeigt sich, dass die meisten Redakteure diese für nicht umsetzbar halten. Hierfür werden einerseits wirtschaftliche Gründe angegeben. Es wird aber auch angeführt, dass bei der Schaffung von Umweltseiten eine „Ghettoisierung“ erfolgen kann. So vermuten die Befragten, dass Themen, die den Stempel Umwelt tragen, nur von Lesern beachtet werden, die ohnehin für die Umweltproblematik sensibilisiert sind. Die Vermittlung eines Gebrauchsverständnisses wird von den meisten Befragten abgelehnt. Für die Bewertung der oftmals unter-

schiedlichen Informationen zu einem Thema und des daraus resultierenden „richtigen“ Verhaltens der Bevölkerung fühlen sich die Journalisten nicht kompetent. Eine Streuung von umweltrelevanten Themen in alle Ressorts oder auch die Behandlung von umweltrelevanten Aspekten bei der Aufbereitung sämtlicher Themen hingegen halten die meisten interviewten Redakteure für die interessanteste und am leichtesten umsetzbare Variante.

Neben diesen Ergebnissen wurden im Verlauf der Untersuchung weitere Punkte beobachtet. So zeigten sich beispielsweise Schwierigkeiten, Umweltberichterstattung eindeutig zu bestimmen. Beginnt Umweltjournalismus im Lokalen erst, wenn im Bericht auf Umweltschutz oder -probleme hingewiesen wird? In der Untersuchung wurde aus diesem Grund ein mehrstufiges Bestimmungsschema entwickelt. Wie die Themen allerdings bei den Lesern ankommen, ob sie Bezüge herstellen, beantwortet dieses Schema jedoch nicht.

Untersuchungen zum Thema Umweltjournalismus und auch eine generelle Auseinandersetzung mit dem Thema sind in den letzten Jahren zurückgegangen. Eine Ausnahme stellen Fragen des „Public understanding of science“ dar, die in der letzten Zeit verstärkt in den Blick geraten sind. Der Rückgang der Untersuchungen zum Umweltjournalismus mag damit zusammenhängen, dass Umweltthemen in der Öffentlichkeit, nach ihrer Hochzeit bis Anfang der 1990er-Jahre, inzwischen von anderen Themen überlagert werden. – Oder ist bereits alles zu Erforschende in diesem Zusammenhang erforscht? Hier mit ja zu antworten, wäre allein angesichts der offenen Fragen hinsichtlich Medienwirkung, Nutzungsverhalten, Aus- und Fortbildungssituation im Journalismus, Einfluss von Public Relations oder redaktionellen Strukturen auf die Berichterstattung der falsche Weg.

Anmerkungen

(1) Vgl. u.a.: de Haan, G. (1995): Umweltbewusstsein und Massenmedien. Perspektiven ökologischer Kommunikation; Nerf, J. (2000): Die Bewertung von Umweltschäden: Kognitive und emotionale Folgen von Medienmeldungen.

(2) Marie-Luise Braun (2003): Umweltkommunikation im Lokaleiten von Tageszeitungen. Eine Untersuchung zur Kritik am Umweltjournalismus. Frankfurt a. M., Peter Lang Verlag. ISBN: 3-631-50540-x.

Zur Autorin

Marie-Luise Braun, geb. 1969, hat Angewandte Kulturwissenschaften studiert und zum Thema „Umweltkommunikation in lokalen Tageszeitungen“ promoviert. Nach ihrer wiss. Mitarbeit am Institut für Umweltkommunikation der Universität Lüneburg war sie im Jahr 2002 als wiss. Mitarbeiterin am Zentrum für Umweltkommunikation der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gGmbH (ZUK). Seither arbeitet sie als freie Referentin und Autorin. Arbeitsschwerpunkte: Umweltkommunikation, insbesondere Umweltjournalismus und Ausstellungen.

Kontakt

Dr. Marie-Luise Braun
Bramscher Str. 41, D-49088 Osnabrück
Fon ++49/(0)541/685 33 36
E-Mail MaLu-Braun@web.de

reaktionen

pö 80 Wasser. Grundrecht oder großes Geschäft

Das GATS privatisiert die Trinkwasserversorgung. Welcher Mensch kennt sich schon mit den Details der Handelsliberalisierung aus? Ich zumindest nicht - und ich vermute, dass ich damit nicht allein stehe. Daher war es sehr erhellend, den Artikel von Thomas Fritz [„Der Zwang zur Privatisierung.“] zu lesen: Über ein Thema, von dem ich nicht viel wusste und aus einer Blickrichtung, die mir (noch) sehr fremd ist. Wenn ich mir vor diesem Hintergrund die Evianflaschen in den Bioläden oder Reformhäusern ansehe, dann überkommt mich eine gewisse Verzweiflung ob der Ahnungslosigkeit, mit der wir Umweltbewusste wohl häufig den gut gemeinten Griff zur falschen Flasche machen. Nicht nur dieser Artikel hat mir einen neuen Blick auf das alltägliche Lebenselixier Wasser gegeben. Ein sehr informatives Heft!

Stefan Münch, per e-mail

pö 84: Innovationen. Neugier & Nachhaltigkeit

Zu: „Leadmärkte für Umweltinnovationen“

Lieber Klaus Jacob, lieber Martin Jänicke, wieder einmal singen Sie das hohe Lied der Ökopioniere und des „first mover advantage“. Grüne Landschaften scheinen uns zu blühen, wenn nur alle Unternehmen endlich merken

würden, dass die wahren Zukunftsmärkte in den Umwelttechnologien liegen! Die besten Entfaltungsmöglichkeiten habe solch ein Unternehmen natürlich auf globalen Märkten. Die (implizite) Schlussfolgerung: Liberalisiert den weltweiten Handel! Doch diese Position ist nicht nur sehr einfach, sie ignoriert negative Umwelteffekte, die ein liberalisierter Weltmarkt mit sich bringen würde. Das „race to the bottom“ in der Umweltschutzgesetzgebung verneinen Sie. Zu Recht. Doch was ist mit dem „chilling effect“? Also dem Phänomen, dass die Regierenden dieser Welt in den letzten Jahren davor zurückschrecken, neue Umweltgesetze zu erlassen - aus Angst vor Standortnachteilen im globalen Wettbewerb? Wie steht es mit dem zusätzlichen Ressourcen- und Energieverbrauch, den die Produktion und Distribution solcher Produkte verursacht? Außerdem - wieso sollen offene Märkte eigentlich nur die „guten“ Produkte weltweit verbreiten? Warum findet nicht das AKW von Siemens ebenso seinen Weg rund um den Globus?

Nein, meine Herren, so einfach ist die Welt nicht. Schauen Sie sich die Macht- und Interessenkonstellationen an, die hinter globalen Handelsströmen verborgen liegen. Da muss man kein Verschwörungstheoretiker sein, um skeptisch zu werden, ob der Marktmechanismus tatsächlich der Schlüssel zum grünen Erfolg ist.

Martina Deeley, Zwickau

pö 83: Von Wegen. Routenplaner für eine nachhaltige Mobilität. Zu: „Der Nachbar als Vorbild“

Die demokratischen Elemente der Schweizer Verfassung waren offenbar ein wesentlicher Faktor für die vorbildliche Verkehrsplanung des Alpenlandes. Ein reizvoller Gedanke: Das Volk beschließt, sich den stinkenden Verkehr vom Leib zu halten und fortan auf zukunftsfähige Mobilität (die Bahn) zu setzen. Wenn das doch auch in Deutschland so wäre! Ein spezieller Aspekt - den ich ansonsten übrigens im gesamten Heft schmerzlich vermisst habe - spielt hier mit hinein. In kaum einem anderen Bereich wird die Verknüpfung von Ökologie und sozialer Benachteiligung so deutlich, wie beim Verkehr! Die am meisten unter Straßenlärm, Einflugschneisen und LKW-Abgasen zu leiden haben, sind diejenigen, die es sich nicht leisten können, in eine bessere Wohngegend umzuziehen. Die extrem hohe Mobilität unserer Gesellschaft, die in erster Linie den Reichen nutzt, wird also auf dem Rücken der Armen ausgetragen. Vielleicht ist dies ein Ansatzpunkt für Umweltverbände - zu mobilisieren gäbe es hier genug. Denn Arme sind leider auch in Deutschland keine Seltenheit mehr!

Anne Meinhardt, Weselberg

Ihre Meinung ist uns wichtig! Schreiben Sie uns:

ökom Verlag, Stichwort Leserbrief,
Waltherstr. 29, D-80337 München
oder per E-Mail oxenfarth@oekom.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe
sinnwährend zu kürzen. Bitte geben Sie immer
Ihren vollen Namen und Ihren Wohnort an.

Impressum 85

politische ökologie, Nr. 85
Machtspiel Globalisierung.
Pokern um Ökologie und Gerechtigkeit.
September/Oktober 2003
ISSN 0947-5028, ISBN 3-936581-20-7

Herausgeber: Jacob Radloff

Gesellschafter und Anteile: Jacob Radloff,
Redakteur, Feldafing, 100 Prozent

Verlag: ökom, Gesellschaft für ökologische
Kommunikation mbH, Waltherstraße 29
D - 80337 München
Fon ++49/(0)89/54 41 84-0, Fax -49
E-Mail redaktion@oekom.de

Chefredaktion: Jacob Radloff (verantwortlich)

Leitende Redakteurin: Anke Oxenfarth (ao)

CvD dieser Ausgabe: Nicola Menzel (nm)

Grafik/Satz: Dana Fidler, Gudrun Stachowitz
Franziskanerstr. 49, D- 81669 München

Anzeigenvertretung für den ökom Verlag:
Katja Muchow, c/o INKA e.V.

Gravelotstraße 6, D - 81667 München
Fon ++49/(0)89/45 91 19 19, Fax -20
www.oekom.de/verlag/german/media/index.htm
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1.4.2002

Anzeigenleitung/Marketing:

Christine Hürzeler, ökom GmbH (verantwortlich)

Bestellung, Aboverwaltung und Vertrieb:

Comsodata One-to-One, Aboverwaltung
Semmelweisstraße 8, D - 82152 Planegg
Fon ++49/(0)89/8 57 09-155, Fax -131
E-Mail oekom@comsodata.de

Vertrieb Bahnhofsbuchhandel:

VU Verlagsges. KG, Postfach 5707
D - 65047 Wiesbaden

Druck: Ulenspiegel Druck, Besenstraße 4,
D-82346 Andechs

Abonnement: Die politische ökologie erscheint
sechsmal im Jahr. Ein Abonnement von sechs Aus-
gaben kostet für Institutionen und Organisationen
95,00 € (171,00 sFr.), für Einzelpersonen 55,00 €
(99,00 sFr.) bzw. ermäßigt gegen Nachweis
45,00 € (81,00 sFr.), im Ausland zzgl. Porto. Das
Abonnement verlängert sich automatisch, wenn
nicht schriftlich gekündigt wird.

Der Einzelheftpreis der regulären Ausgabe beträgt
10,00 € (18,00 sFr.) zzgl. Porto, für größere Stück-
zahlen Rabatt auf Anfrage.

Konto: Postgiroamt München
(BLZ 700 100 80), Kto. 358 744-803.

Nachdruckgenehmigung wird nach Rücksprache
mit dem Verlag in der Regel erteilt. Vorausset-
zung hierfür ist die Quellenangabe und die Zusen-
dung von zwei Belegexemplaren. Artikel, die mit
dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind,
stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
dar. Für unverlangt eingesandene Manuskripte sind
wir dankbar, übernehmen jedoch keine Gewähr.

Bildnachweise: Titel, S. 15/21/29/30/38/40/41
/42/55 G. Stachowitz; S. 6/10/31 MEV; S. 7
ökom-Archiv; S. 9/26/36/45/49/56/58 K. Hen-
rig; S. 13 M. Steigenberger; S. 17 U. Freitag; S. 23
M. Engelhardt; S. 52/54 Greenpeace.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titelausatz für diese Publikation ist bei der
Deutschen Bibliothek erhältlich.



politische ökologie⁸⁶

Chemiepolitik am Scheideweg

Kaum eine Branche hat einen derart direkten Bezug zu unserem täglichen Leben wie die Chemieindustrie. Basis unseres heutigen Lebensstandards sind rund 30.000, in den letzten 50 Jahren synthetisch hergestellte Chemikalien. Zugleich sind wir ihren negativen Auswirkungen meist hilflos ausgeliefert. Nicht umsonst waren es die ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen von Chemikalien und Chemie-Unfällen, die der Umweltbewegung in den Achtzigerjahren Auftrieb gaben. Umweltpolitik ist und war im Wesentlichen immer Chemikalienpolitik – und Umweltberichterstattung wurde nicht umsonst als Präsentation eines „Schadstoffs der Woche“ verspottet.

Mit der geplanten Reform der Europäischen Chemiepolitik steht die EU nun vor einer der wichtigsten umweltpolitischen Weichenstellungen kommender Dekaden. Die so genannte „REACH-Verordnung“ soll ein Kontrollsystem schaffen, mit dem Chemikalien künftig registriert, beurteilt und genehmigt werden müssen. Die Lobbyverbände der Industrie entwerfen zurzeit ein Horrorgemälde über die wirtschaftlichen Auswirkungen. Experten sprechen von einer bahnbrechenden Reform. Verbraucherschützer und Umweltverbände schließlich werfen der Bundesregierung vor, als „Bremsen“ im Reformprozess aufzutreten.

Die *politische ökologie* 86 wird zum Abschluss des Jahres der Chemie die unterschiedlichen Positionen abbilden und Bilanz ziehen: Wo steht die internationale Chemiepolitik, was wird sich für wen ändern und wie wird der Reformprozess weitergehen? Sie blickt aber auch über die aktuelle politische Diskussion hinaus: Auf die Vision einer umwelt- und menschenfreundlichen Chemie.

Das Heft erscheint im November 2003 und kostet 10 Euro/18 sFr.,
ISBN 3-936581-32-0